

27. Sitzung

Freitag, den 11.11.2005

Erfurt, Plenarsaal

**Regierungserklärung zur Politischen
Kultur im Freistaat Thüringen
(Thüringen-Monitor 2005)**

2669

dazu: Entschließungsantrag der Fraktion
der Linkspartei.PDS
- Drucksache 4/1345 -

Die Regierungserklärung wird durch den Ministerpräsidenten Althaus abgegeben. Während der Aussprache zu der Regierungserklärung wird ein Entschließungsantrag der Fraktion der Linkspartei.PDS in Drucksache 4/1345 verteilt.

Der Abgeordnete Wehner (CDU) erhält während der Aussprache einen Ordnungsruf.

Der Entschließungsantrag wird mit Mehrheit abgelehnt.

MfS/AfNS-Mitarbeit und die Folgen für die Ausübung öffentlicher Ämter

2706

Antrag der Abgeordneten Mohring, Wetzel, Zitzmann, Kölbl, Lieberknecht, Holbe, Panse, Schwäblein, Seela, von der Krone, Stauche, Gumprecht, Primas, Jaschke, Bergemann, Dr. Krapp, Fiedler, Köckert, Prof. Dr. Goebel, Tasch, Grüner, Dr. Krause, Günther, Worm, Lehmann, Emde, Wehner, Rose, Schröter, Krauß, Heym, Diezel, Dr. Zeh, Reinholz, Groß, Kretschmer, Stauch
- Drucksache 4/1324 -

Nach Aussprache wird der Antrag in namentlicher Abstimmung bei 82 abgegebenen Stimmen mit 47 Ja-Stimmen, 29 Nein-Stimmen und 6 Enthaltungen angenommen (Anlage).

Während der Aussprache erhält der Abgeordnete Mohring (CDU) einen Ordnungsruf.

**Entwicklung der Pensionslasten
in Thüringen****2719**

Antrag der Fraktion der SPD

- Drucksache 4/1318 -

dazu: Alternativantrag der Fraktion
der CDU

- Drucksache 4/1337 -

Ministerin Diezel erstattet einen Sofortbericht zu den Nummern 1 des Antrags der Fraktion der SPD und des Alternativantrags der Fraktion der CDU.

Auf Verlangen der Fraktionen der CDU und SPD findet gemäß § 106 Abs. 1 GO eine Aussprache zu dem Sofortbericht i.V.m. einer Aussprache zu den Nummern 2 des Antrags der Fraktion der SPD und des Alternativantrags der Fraktion der CDU statt.

Die Erfüllung des Berichtersuchens wird gemäß § 106 Abs. 2 GO festgestellt.

Die Nummer 2 des Antrags der Fraktion der SPD wird mit Mehrheit abgelehnt. Die Nummer 2 des Alternativantrags der Fraktion der CDU wird mit Mehrheit angenommen.

Anwesenheit der Abgeordneten:**Fraktion der CDU:**

Althaus, Bergemann, Carius, Diezel, Emde, Prof. Dr. Goebel, Grob, Groß, Grüner, Gumprecht, Günther, Heym, Holbe, Jaschke, Köckert, Kölbl, Dr. Krapp, Dr. Krause, Krauß, Kretschmer, von der Krone, Lehmann, Lieberknecht, Mohring, Panse, Primas, Reinholz, Rose, Prof. Dr.-Ing.habil. Schipanski, Schröter, Schugens, Schwäblein, Seela, Dr. Sklenar, Stauch, Stauche, Tasch, Trautvetter, Walsmann, Wehner, Wetzel, Worm, Dr. Zeh, Zitzmann

Fraktion der Linkspartei.PDS:

Bärwolff, Berninger, Blechschmidt, Buse, Enders, Dr. Fuchs, Dr. Hahnemann, Hauboldt, Hausold, Hennig, Huster, Jung, Kalich, Dr. Klaubert, Kubitzki, Kummer, Kuschel, Lemke, Leukefeld, Nothnagel, Reimann, Dr. Scheringer-Wright, Sedlacik, Skibbe, Thierbach, Wolf

Fraktion der SPD:

Bausewein, Becker, Doht, Döring, Ehrlich-Strathausen, Gentzel, Höhn, Künast, Matschie, Pelke, Dr. Pidde, Pilger, Dr. Schubert, Taubert

Anwesenheit der Mitglieder der Landesregierung:

Ministerpräsident Althaus, die Minister Diezel, Dr. Gasser, Prof. Dr. Goebel, Reinholz, Schliemann, Dr. Sklenar, Trautvetter, Wucherpfennig, Dr. Zeh

Rednerliste:

Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski	2669, 2678, 2683, 2725, 2726
Vizepräsidentin Dr. Klaubert	2688, 2695, 2702, 2705, 2706
Vizepräsidentin Pelke	2709, 2710, 2713, 2715, 2716, 2717, 2718, 2719, 2722, 2723
Berninger (Die Linkspartei.PDS)	2705, 2706
Döring (SPD)	2715
Gentzel (SPD)	2702
Hausold (Die Linkspartei.PDS)	2678
Huster (Die Linkspartei.PDS)	2722
Dr. Klaubert (Die Linkspartei.PDS)	2709, 2710
Lieberknecht (CDU)	2688
Matschie (SPD)	2683, 2713, 2718
Mohring (CDU)	2706, 2716, 2717, 2725
Dr. Pidde (SPD)	2723
Stauch (CDU)	2719
Althaus, Ministerpräsident	2669
Diezel, Finanzministerin	2719
Dr. Gasser, Innenminister	2695

Die Sitzung wird um 9.03 Uhr von der Präsidentin des Landtags eröffnet.

Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:

Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten, ich heiße Sie herzlich willkommen zu unserer heutigen Plenarsitzung des Landtags, die ich hiermit eröffne. Ich begrüße auch unsere Gäste auf der Zuschauertribüne und ich begrüße herzlich die Vertreterinnen und Vertreter der Medien.

Als Schriftführer hat neben mir Platz genommen die Abgeordnete Wolf. Die Rednerliste fhrt der Abgeordnete Günther.

Für die heutige Sitzung liegen folgende Entschuldigungen vor: Herr Abgeordneter Fiedler, Herr Abgeordneter Gerstenberger, Herr Abgeordneter Ohl und Frau Abgeordnete Dr. Kaschuba.

Ich möchte heute zu Beginn dieser Sitzung recht herzlich Frau Tasch zum Geburtstag gratulieren. Wir wünschen ihr alles Gute, Gesundheit, Freude, Glück und natürlich Erfüllung in ihrem Beruf.

(Beifall im Hause)

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 1**

Regierungserklärung zur Politischen Kultur im Freistaat Thüringen (Thüringen-Monitor 2005)

dazu: Entschließungsantrag der Fraktion der Linkspartei.PDS
- Drucksache 4/1345 -

Ich bitte Herrn Ministerpräsidenten Dieter Althaus um die Regierungserklärung

Althaus, Ministerpräsident:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! „Die Thüringer haben sich dem deutschen Einheitsschiff ohne Wenn und Aber anvertraut und sie stehen zu dieser Entscheidung. Sie vertrauen der demokratischen Bauweise des Schiffes und lehnen Alternativen sozialistischer Ingenieure ab.“ Das ist das Fazit des diesjährigen Thüringen-Monitors. Es ist ein erfreuliches Bild, das die Wissenschaftler nach 15 Jahren deutsche Einheit beschreiben. Dieses aber bedarf einer differenzierten Betrachtung.

Erinnern wir uns: Vorgestern vor 16 Jahren, am 9. November 1989, ist die Mauer gefallen. Ein Ereignis von herausragender historischer Bedeutung, an das sich die überwältigende Mehrheit der Deut-

schen mit Freude und Dankbarkeit erinnert. Seit dem 13. August 1961 trennte ein „Todesstreifen“ die beiden Teile Deutschlands, an dem über 1.000 Menschen ihr Leben verloren.

Die Grenze, die unser Vaterland über Jahrzehnte geteilt hat, gibt es - Gott sei Dank! - nicht mehr. Gleichwohl sind die Folgen der Teilung immer noch spürbar: politisch, wirtschaftlich, aber auch mental.

„Jetzt wächst zusammen, was zusammengehört“, rief Willy Brandt am 10. November 1989 den Menschen in Berlin zu einen Tag nach der Maueröffnung. Helmut Kohl, der Kanzler der deutschen Einheit, sagte in der Bundestagsdebatte am 21. Juni 1990: „Nur die rasche Verwirklichung der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion bietet die Chance, dass Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt, Brandenburg, Sachsen und Thüringen bald wieder zu blühenden Landschaften werden können, in denen es sich für jeden zu leben und zu arbeiten lohnt.“ Ich möchte heute sagen, es gibt sie, diese blühenden Landschaften in Thüringen und anderswo in den jungen Ländern.

(Beifall bei der CDU, SPD)

Wer sich daran erinnert, wie unsere Städte und Dörfer Ende der 80er-Jahre aussahen, erkennt sie heute kaum wieder. Die Dunst- und Staubglocken über den Industriestandorten sind verschwunden. Die Innenstädte sind saniert und haben ihr historisches Gesicht zurückerhalten. Die Dörfer sind wieder lebenswert geworden.

Die Studie der Bertelsmann-Stiftung zum Standortwettbewerb der Länder bestätigt: Der Freistaat Thüringen macht gute Fortschritte - gegen den Bundestrend plus 0,41 Punkte beim Erfolgsindex. Zusammen mit Sachsen bilden wir das - so wörtlich - „ostdeutsche Spitzenduo“, wie es in der Studie ausgeführt ist. Im Dynamikranking der „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“ und der „Wirtschaftswoche“ verbessert sich Thüringen um drei Plätze und liegt jetzt auf Rang sieben, noch vor Baden-Würtemberg. Die Wissenschaftler erklären diesen erfreulichen Sprung unter anderem mit einem deutlichen Anstieg des Bruttoinlandsprodukts, einer hohen Arbeitsproduktivität und der geringsten Quote bei Firmeninsolvenzen. Die Wissenschaftler kommen zu dem Ergebnis, dass die „konomische Mauer“ inzwischen mitten durch den Osten verläuft, zwischen den stärkeren Ländern im Süden mit Sachsen und Thüringen und den schwächeren im Norden. Schwarzmalerei ist deshalb nicht angebracht; wir haben eine Lebensqualität erreicht, von der die Allermeisten zu DDR-Zeiten nicht einmal zu träumen wagten. Gemessen am realen Bruttoinlandsprodukt ist der Lebensstan-

dard in den jungen Ländern - ohne Berlin - zwischen 1991 und 2004 um 70 Prozent gestiegen (KfW-Studie aus dem Oktober 2005).

Meine sehr verehrten Damen und Herren, gleichwohl besteht kein Anlass zur Selbstzufriedenheit. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt ist nach wie vor unbefriedigend und viele Menschen machen sich deshalb zu Recht Sorgen. Im Rückblick wird deutlich, am 9. November 1989, der den Weg zur staatlichen Wiedervereinigung ebnete, herrschten nicht zuletzt im Westen falsche Vorstellungen vom wahren Zustand der DDR. Außerdem gab es allzu euphorische Erwartungen über das Zusammenwachsen, über Geschwindigkeit und Folgen des Transformationsprozesses.

Nicht Wenige sind enttäuscht oder ernüchtert, und zwar auf beiden Seiten. Ja, es gibt sogar das törichte Gerede, die Mauer müsse wieder her. Der Schriftsteller Lutz Rathenow stellt dazu trocken und durchaus süffisant fest: „Den Wiederaufbau der Mauer kann man sich als Nötigung zur stärkeren Wahrnehmung eigener Probleme umso leichter herbeiwünschen, je weniger er droht. Ein so gigantisches Bauvorhaben wäre heute schon finanziell nicht mehr planbar, höchstens als EU-Maßnahme.“ Wie lässt sich diese Stimmungslage Einzelner erklären? Scheinbar einfache monokausale Erklärungsversuche sind wenig hilfreich. Wir haben es, so meine ich, mit einem regelrechten Ursachengeflecht zu tun.

„Tickt der Osten anders?“, fragt der Jenaer Politikwissenschaftler Torsten Oppeland und antwortet mit einem wissenschaftlich abgewogenen „Ja und Nein“. Ja - weil es bis 1989 und darüber hinaus eine - so wörtlich - „unterschiedliche Erfahrungswelt in Ost und West“ gegeben habe, die Spuren hinterlassen habe und nachwirke; im Machtbereich der SED eine Diktatur, die auf Nichtanpassung aggressiv und repressiv reagierte, aber dem so genannten Normalbürger ein hohes Maß an Sicherheit bot; und jenseits der Mauer ein Prozess der - wörtlich - „Amerikanisierung und Verwestlichung“. Nein - weil es die in den jungen Ländern vorherrschenden Einstellungsmuster auch im Westen gibt. Die Annahme nämlich, hauptsächlich der Staat, nicht das Individuum sei für fast alle Bereiche des Lebens verantwortlich.

Ein weiterer Grund, der enttäuschte Erwartungen verständlicher macht: Es wurden unter enormem Zeitdruck westdeutsche Institutionen, Organisationen und Verfahren quasi eins zu eins in den Osten übertragen, obwohl sie bereits damals stark reformbedürftig waren. Das wollte in den alten Ländern aber kaum jemand hören und in den jungen Ländern gab es die falsche Vorstellung, mit der D-Mark und dem importierten Gesellschafts- und Wirtschaftssystem der alten Bundesrepublik könne

die staatliche Vollversorgung auf hohem Niveau fortgesetzt werden.

Bundespräsident Köhler hat es in seiner Rede zum 15. Jahrestag der deutschen Einheit gesagt: „Zur Ehrlichkeit gehört, den Menschen zu sagen, dass nicht überall in Deutschland die gleichen Lebensbedingungen geschaffen werden können.“ In der Tat, die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse, von der das Grundgesetz spricht, ist nicht zu verwechseln mit Gleichheit. Landsmannschaftliche, regionale und auch zum Teil wirtschaftliche und soziale Unterschiede hat es in Deutschland immer gegeben und sie wird es auch in Zukunft geben. Es sind doch gerade diese Unterschiede, die den Wert, die Stärke und Vielfalt des föderal strukturierten Bundesstaats ausmachen und wir brauchen den Mut zu noch mehr Gestaltungs- und damit Wettbewerbsföderalismus. Es ist sicher gut, dass wir, befreit von Illusionen, die Probleme und Herausforderungen des wiedervereinigten Deutschlands klar benennen und gemeinsam anpacken. Da sind die unerträglich hohe Arbeitslosigkeit, die im Osten der Republik immer noch mehr als doppelt so hoch ist, wie im Westen, die horrenden Staatsverschuldung auf Kosten nachfolgender Generationen und der drohende Kollaps der sozialen Sicherungssysteme und der dramatische demografische Wandel.

Der klare, unverfälschte Blick ergibt sich aber manchmal erst durch die Sicht von außen aus einiger Distanz. Eine Budapester Tageszeitung, die „Magyar Hirlap“, vom 21. September 2005, kommentierte den Ausgang der Bundestagswahl mit folgenden Worten: „Deutschland ist das Land der abstrakten Reformsehnsüchte. Im allgemeinen ist jeder für Reformen, nur eben im konkreten Fall nicht.“ Sicher eine unbequeme Kritik, aber, so meine ich, durchaus berechtigt. Bei der Lösung der komplexen Problemfelder kommt es also darauf an, die Sorgen der Menschen ernst zu nehmen, besonders aber die Existenzängste derjenigen, die keine Arbeit haben oder um die Sicherheit ihres Arbeitsplatzes fürchten. Wir dürfen deshalb aber als Politik nicht feige reagieren und mutlos sein oder nach dem Mund reden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, dies gilt umso mehr, als die Ängste in der deutschen Bevölkerung zunehmen, wie Studien belegen. Es mag ja sein, dass die Deutschen dafür besonders empfänglich sind, aber wir dürfen diese Ängste nicht kultivieren. Angst ist ein schlechter Ratgeber, denn, so sagt der Luxemburger Ökonom und Philosoph Guy Kirsch, in einem kürzlich erschienenen Beitrag: „Ein gezieltes und konstruktives Handeln ist dem Verängstigten unmöglich.“ Wer verängstigt sei, der flüchte vor allem und jedem, reagiere aggressiv oder erstarre. Kirsch begründet diese, wie er sagt, „Bewegungsunfähigkeit“ mit einer

„undefinierten Angst der Deutschen“ als „Folge eines Ordnungsrahmens, der die Suche und das Angehen von konkreten Gefahren und Herausforderungen erschwert, gar unmöglich macht.“ Mit anderen Worten: Es ist die mangelnde Bewegungsbereitschaft, die Folge einer zunehmenden, zum Teil jahrzehntelang gewachsenen Bevormundung, die den Menschen erst die Fähigkeit und schließlich auch den Willen nimmt, ihr Leben in Freiheit und eigener Verantwortung zu führen. Wer aber mit den Ängsten der Bevölkerung spielt und diese sogar noch schürt, wer unfinanzierbare Versprechungen macht und so tut, als ob Deutschland ohne Reformen aus der Krise geführt werden könne, der handelt verantwortungslos und spielt den Gegnern der Demokratie in die Hände.

(Beifall bei der CDU)

Zu einer verzagten Ängstlichkeit besteht auch gar kein Anlass! Was anderswo bei vielen unserer europäischen Nachbarn durch Zupacken gelingt, was die Nachkriegsgeneration in Deutschland unter ungleich schwierigeren Bedingungen geschafft hat, das können wir heute auch schaffen mit Mut und Zuversicht! Aber wie gewinnt man die Zweifler und Skeptiker für Demokratie? Was können, was müssen wir tun, damit aus potenziellen Gegnern und unzufriedenen Demokraten zufriedene und überzeugte Anhänger der Demokratie werden? Die Bürgerinnen und Bürger in den jungen Ländern, die bei der letzten Bundestagswahl Protestparteien an den Rändern gewählt haben, verbindet nach Ansicht des Jenaer Parteienforschers Oppeland ein ausgeprägtes Bedürfnis nach sozialer Sicherheit und Gerechtigkeit. Soziale Gerechtigkeit, verstanden als Gleichheit, sei in der Bevölkerung Ostdeutschlands stark verwurzelt.

Ich bezweifle, dass wir allein mit einer abstrakten Wertedebatte diese Menschen erreichen, so notwendig diese Diskussion auch ist. Was vor allem zählt, worauf es in erster Linie jetzt ankommt, sind Arbeitsplätze! Das heißt: individuell positive Demokratieerfahrung über konkrete Partizipation und Erfolgserfahrung. Und erlauben Sie mir die Bemerkung: Das war nach 1945 - nach Ende des Zweiten Weltkriegs - nicht anders. Mit der Sozialen Marktwirtschaft Ludwig Erhards wuchs materieller Wohlstand und soziale Sicherheit und damit war die Akzeptanz der westlichen Demokratie verbunden. Das heißt, die politische Kultur Westdeutschlands war bis Ende der 50er-Jahre - also 15 Jahre nach Niederlage und Befreiung vom Nationalsozialismus durch die westlichen Alliierten - gekennzeichnet durch eine Untertanenmentalität, die sich über Jahrhunderte herausgebildet hatte. „Die alten deutschen Tugenden wie Gehorsam und Unterordnung fanden größere Zustimmung als die demokratischen wie Selbstständigkeit und freier Wille“, schreiben die Soziologen Martin und Sylvia Greiffenhagen, die sich dabei auf

eine Vergleichsstudie der Amerikaner Gabriel Almond und Sidney Verba stützen.

Obrigkeitsstaatliche Traditionen haben - so das Ehepaar Greiffenhagen - in der DDR nicht nur fortgelebt, „sondern wurden durch die sozialistische Staatsbürokratie und SED-Herrschaft sogar noch verstärkt.“ Mitte der 50er-Jahre gingen die Politikwissenschaftler Almond und Verba davon aus, dass es rund 100 Jahre dauern werde, bevor die Westdeutschen zuverlässige Demokraten würden. Glücklicherweise haben sich die beiden Amerikaner in diesem Punkt geirrt. Ich bin zuversichtlich, dass wir auch in den jungen Ländern den Prozess verkürzen können, der zur Entwicklung einer demokratischen Bürgerkultur dringend notwendig ist. Die Erziehungsinhalte, die während der zwölfjährigen Herrschaft der NSDAP sowie in den 43 Jahren der SED galten, aber auch die noch älteren obrigkeitsstaatlichen Traditionen der Kaiserzeit - sie alle wirken leider immer noch nach!

Imre Kertész, der gleich zwei Diktaturen erlebt und erlitten hat, schreibt in seinem „Roman eines Schicksallosen“: „Wenn es ein Schicksal gibt, dann ist Freiheit nicht möglich. Wenn es aber die Freiheit gibt, dann gibt es kein Schicksal. Das heißt also, wir selbst sind das Schicksal.“ Wir haben vor 16 Jahren begonnen, die Erfahrung zu machen, wie viel Kraft im freien Denken steckt. Wir hatten den Mut zur Veränderung. Die friedliche Revolution hat gezeigt, dass ein totalitäres System der Freiheit nicht standhalten kann. Freiheit setzt Kräfte frei im Privaten, in der Gesellschaft und auch in der Wirtschaft. Das ist unsere Erfahrung, die sollten wir heute einbringen für den Reformprozess in ganz Deutschland.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Thüringen-Monitor 2005, den wir heute vorstellen, zeigt den Weg, den die Thüringerinnen und Thüringer in den letzten 15 Jahren gegangen sind. Er befasst sich mit wesentlichen Aspekten der politischen Kultur in Thüringen, insbesondere mit den politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen seit 1990. Gerade die Zusammenhänge zwischen den Positionen der Thüringerinnen und Thüringer zur Einheit und ihre Einstellung zur Demokratie werden deutlich. Die Basis bildet wie in den Vorjahren eine wissenschaftliche Studie der Universität Jena, in der die Ergebnisse einer Telefonbefragung von Infratest dimap zwischen dem 20. Juni und dem 3. Juli 2005 unter 1.000 wahlberechtigten Thüringerinnen und Thüringern ausgewertet wurden. Ich danke dem Forscherteam für seine umfangreiche Arbeit - ein gelungener Beitrag zum besseren Verständnis der politischen Kultur im Freistaat Thüringen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, bei den Einstellungen und Empfindungen zur Herstellung der staatlichen Einheit überwiegen die positiven Be-

urteilungen sehr deutlich. Insgesamt ziehen 82 Prozent die Vereinigung beider deutschen Staaten einem Weiterbestehen der DDR vor und 71 Prozent empfinden die Beendigung des SED-Regimes als Befreiung. Befragte mit niedrigem Bildungsabschluss sowie finanziell schwächer gestellte Personen haben die meisten Probleme mit der Wiedervereinigung. 22 Prozent der Befragten, die ihre wirtschaftliche Situation als weniger gut oder schlecht bewerten, sind der Meinung, dass es besser wäre, wenn es eine eigenständige DDR geben würde. Das glauben auch 19 Prozent der Frauen, 10 Prozent der Männer, 18 Prozent der Thüringerinnen und Thüringer mit Hauptschulabschluss bzw. mittlerer Reife und 8 Prozent der Abiturienten - eine bemerkenswerte Differenzierung.

Über die konkrete Gestaltung der Einheit gibt es unterschiedliche Meinungen. 54 Prozent aller Thüringerinnen und Thüringer sehen für sich persönlich mehr Vor- als Nachteile. Besonders erfreulich ist, dass 63 Prozent der 18- bis 24-Jährigen und sogar 66 Prozent der 25- bis 34-Jährigen meinen, dass für sie persönlich die Vorteile der Vereinigung überwiegen. Aber nach wie vor hält sich die Mär, dass der Sozialismus als Idee gar nicht so schlecht sei. Obwohl diese Ideologie auf deutschem Boden und anderswo grundsätzlich gescheitert ist, hält fast ein Drittel der Befragten den Sozialismus immer noch für die überlegene Staatsidee. 23 Prozent der Befragten wollen sogar zur sozialistischen Ordnung zurückkehren und das sind meines Erachtens noch zu viele.

In der Regierungserklärung zur Vorstellung des letztjährigen Thüringen-Monitors habe ich gesagt: „Bei der Lösung der aktuellen Probleme helfen uns ostaligisch verklärte Rückblicke auf ein System, das die Lebenschancen vieler Menschen beeinträchtigt oder gar zerstört hat, nicht weiter.“ Dennoch muss man dies verstehen. Verklärung ist aber kein Ostphänomen; es ist eine menschliche Eigenschaft, die überall anzutreffen ist. Schlechte Erfahrungen in der Vergangenheit treten dabei in den Hintergrund und man erinnert sich an die schönen Seiten. Dies macht auch ein Vergleich mit früheren Studien deutlich, wenn heute mehr Thüringer die deutsche Einheit skeptisch bewerten. Die Freude über die überwundene Teilung - mehr Vorteile als Nachteile - wird getrübt durch die Sorge über die Probleme, die mit dem anhaltenden Transformationsprozess verbunden sind. Zwar wird die Bundesrepublik Deutschland insgesamt deutlich besser bewertet als die DDR, sowohl aktuell als auch in der Erinnerung an das Jahr 1990, aber die Forscher stellen auch fest, dass das DDR-Bild im Rückblick - so wörtlich - „bemerkenswert aufgehellt“ erscheint, gemessen an den tatsächlichen Protesten und Zuständen zur Wendezeit. Nur 30 Prozent der Befragten sagen heute, sie hätten die DDR 1990 negativ beurteilt. Und gerade 2 Prozent mehr, also

32 Prozent, beurteilen die DDR heute aus jetziger Sicht negativ. Dass eine positive Einstellung zur DDR vor allem unter den Älteren anzutreffen ist, kann nicht überraschen. Denn, so sagen die Forscher: „Je länger der Lebensabschnitt ist, der in der DDR verbracht wurde, umso schwerer fällt es, dieser Zeit mehr schlechte als gute Seiten abzugewinnen.“ Die Wissenschaftler erklären diesen auffällig verklärten Blick damit, dass „die Befragten faktisch im Rückblick ihr eigenes Leben in der DDR beurteilen“, weniger also das politische System. Dies ist aber zugleich diejenige Gruppe, die sich zu 89 Prozent über die Wiedervereinigung freut - ein widersprüchliches Ergebnis. Wir benötigen also beides: Kritik und Verständnis.

Sowohl die gezielte Aufklärung im Schulunterricht, durch Stiftungen und Gedenkstätten über das Unrecht des SED-Regimes, das nicht verdrängt werden darf, die Vermittlung historischer Kenntnisse über Ausmaß und Folgen der Unfreiheit, aber ebenso wichtig ist es, die individuellen Lebensleistungen stärker anzuerkennen. Die individuellen Lebensentwürfe der Menschen zu respektieren, die weder zu den Tätern zählten noch sich als Opfer gesehen haben, die aber unter den Bedingungen einer Diktatur leben mussten, ist eine wesentliche Voraussetzung für gemeinsame Kenntnis und ein gemeinsames Verständnis.

Die Ergebnisse der Studie zeigen einmal mehr, dass wir viel stärker als bisher unterscheiden müssen zwischen dem System und der persönlichen Situation der Menschen. Zu den Lebensbereichen, die von der Mehrheit der Befragten im Rückblick als sehr positiv bewertet werden, zählen das DDR-Bildungswesen, die Gesundheitsversorgung und die Entwicklungschancen von Kindern. Mir ist wichtig, dass wir heute ein Bildungssystem haben, das nicht mehr indoktriniert, dass Kinder individuell gefördert werden, dass das Elternrecht gestärkt wurde und man den Menschen heute mehr zutraut und vertraut, als dies früher der Fall war.

(Beifall bei der CDU)

Zum Gesundheitssystem möchte ich nur anfügen: Auch wenn das aktuelle Krankenversicherungssystem Mängel hat und unbedingt reformiert werden muss, die Gesundheitsversorgung in Thüringen hat sich in den letzten 15 Jahren vorbildlich entwickelt.

(Beifall bei der CDU)

Der größte Einflussfaktor liegt - so die Wissenschaftler - in der Beurteilung der eigenen finanziellen Situation. Dagegen spielt die Wahrnehmung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage eine untergeordnete Rolle, die im Vergleich zu 1990 von 53 Prozent der

Befragten als etwas bzw. viel besser sogar beurteilt wird. Ein überraschend niedriger Wert, wenn man bedenkt, wie marode die DDR-Planwirtschaft war und wie viel seit 1990 aufgebaut worden ist. Entscheidend ist die finanzielle Situation der Thüringerinnen und Thüringer, die sich nach eigener Wahrnehmung im Vergleich zu 2004 deutlich verschlechtert hat. Der Rückgang um 12 Prozent im Vergleich zu 2004 spiegelt den enger gewordenen finanziellen Spielraum wider. Nur noch knapp die Hälfte beurteilt ihre persönliche Situation als gut bzw. sehr gut. Fast 60 Prozent der Befragten in schlechter finanzieller Lage verbinden mit der Vereinigung demzufolge mehr Nachteile, während es umgekehrt bei einem zufriedenstellenden Kontostand nur 10 Prozent sind, die Nachteile sehen. Der Maßstab, der hier offensichtlich zur Bewertung der deutschen Einheit angelegt wird, bemisst sich also nach Euro und Cent. Eine, wie ich finde, bedenkliche Einstellung, die wir nicht einfach ignorieren dürfen. Die Studie zeigt: Die deutsche Einheit, der Sieg der Freiheit, wird vor allem unter materiellen Gesichtspunkten bewertet, und zwar wie sie individuell erlebt werden. Nicht das Maß der bürgerlichen Freiheiten, der Rechtsstaat und die Demokratie, die mit der friedlichen Revolution von 1989 und dem Beitritt zur Bundesrepublik gewonnen wurden, entscheiden letztlich über die Bewertung. Einheitsbefürworter unterscheiden sich von den Einheitsgegnern im Wesentlichen durch zwei Aspekte:

1. die Verfügung über finanzielle Mittel, mit denen Verwerfungen im Transformationsprozess kompensiert werden können und
2. durch den vergleichsweise geringeren Verlust von Vorteilen, die die Einheitsgegner zu DDR-Zeiten besaßen.

Problematisch ist auch das weit verbreitete Gefühl der sozialen Desorientierung, die Empfindung, man sei mit den gesellschaftlichen Veränderungen überfordert. Die Forscher verwenden dafür den Begriff der Anomie. Die Aussage - so wörtlich - „Heute ändert sich alles so schnell, dass man nicht weiß, woran man sich halten soll“ bejahen fast 80 Prozent der befragten Thüringerinnen und Thüringer. Bemerkenswert ist die Feststellung, dass sich unter den sozial Desorientierten sowie unter den Befragten mit autoritärer Persönlichkeitsstruktur jeweils dreimal so viele Einheitsgegner befinden wie in den Kontrastgruppen. Selbst nach 15 Jahren staatlicher Einheit meinen noch fast 60 Prozent der Befragten, dass sie durch Westdeutsche abwertend behandelt würden, ein Fünftel stimmt dieser Aussage ohne Vorbehalte zu. Dabei handelt es sich aber vorwiegend um Vorurteile und Unkenntnis, die es nach wie vor gibt, in West und in Ost, denn bei denjenigen Thüringerinnen und Thüringern, die wöchentlich Kontakt mit

ihren westdeutschen Landsleuten haben, glaubt dies nur eine - wenn auch starke - Minderheit von 43 Prozent. Dort, wo es überhaupt keine Verbindungen zu Menschen aus den alten Ländern gibt, fühlen sich erstaunlicherweise über 70 Prozent diskriminiert.

Ich bin überzeugt: Wer Arbeit hat, wer offen ist für Kontakte zu Menschen aus allen Ländern im beruflichen wie im privaten Bereich, der verliert auch schrittweise das Gefühl der wirtschaftlichen Benachteiligung, der fühlt sich auch weniger als Ostdeutscher diskriminiert oder ungerecht behandelt, der findet wieder Halt und Orientierung.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, „Wer über Freiheit reden, aber über Geld schweigen will, sollte lieber gleich ganz den Mund halten.“ Dieses Zitat las ich kürzlich in der „Frankfurter Rundschau“. Ich meine, diese Aussage lässt sich mit einiger Berechtigung auch umdrehen. Wer über Geld und Konsum redet, aber über Freiheit und andere Werte schweigen will, der vergisst, dass Werteverständnis und Wertepreferenz auch die Wahrnehmung der deutschen Einheit beeinflussen - und die Beantwortung der Frage, wie wir die zweite Halbzeit beim Aufbau Ost gewinnen. Genau darum geht es aber bei der weiteren Gestaltung Deutschlands, sie wird auch durch diese Wertepreferenzen mit beeinflusst. Auch in diesem Jahr gibt der Thüringen-Monitor darüber Aufschluss, welchen grundlegenden Werten sich die Thüringerinnen und Thüringer verpflichtet fühlen. Dabei ist festzustellen, dass die im Vorjahr im Vergleich zu den anderen jungen Ländern hohe Wertschätzung der Freiheit stark abgenommen hat und sich nur noch knapp vor den Gleichheitsidealen behaupten kann. Für 48 Prozent der Befragten ist die Freiheit wichtiger als die Gleichheit, für die sich 46 Prozent aussprechen. Zum Vergleich: Im vergangenen Jahr betrug das Verhältnis 60 zu 36 Prozent. Bei der Alternative Freiheit oder soziale Sicherheit konstatieren die Forscher ebenfalls eine weitere Verschiebung zulasten der Freiheit. Nur noch ein Fünftel der Thüringerinnen und Thüringer entscheidet sich für die Freiheit, fünf Prozentpunkte weniger als 2004. Befragte, die in beiden Kombinationen der Freiheit den Vorzug geben, sind in Thüringen eine Minderheit von 15 Prozent. Eine, wie ich meine, bedenkliche Entwicklung, die andeutet, dass der freiheitliche Staat - im Gegensatz zum Versuch oder dem Wunsch nach staatlicher Vollversorgung - gerade in einer schwierigen Wirtschaftslage, in der wesentliche Strukturreformen zwingend sind, an Unterstützung verliert. Aber immerhin unterstützt noch eine Mehrheit von 52 Prozent den Staat, der seinen Bürgern maximale Freiheit gewähren will.

Zweifellos stellt neben der Freiheit die Gerechtigkeit eine übergeordnete Zielvorstellung dar, der sich Politik und Gesellschaft verpflichtet fühlen. Aber die

Frage, was gerecht, was angemessen und fair ist, birgt natürlich Konfliktpotenzial. Es gibt, so meine ich und das wird in der Studie deutlich, verschiedene Gerechtigkeitsbegriffe, die miteinander konkurrieren und die von den Menschen je nach Interessenslage und individuellen Fähigkeiten unterschiedlich akzentuiert werden. Nur ein Beispiel: Wer unter Gerechtigkeit vor allem Leistungsgerechtigkeit versteht, der möchte auch leistungsgerecht bezahlt werden und mehr verdienen als diejenigen, die weniger leisten wollen oder können. Wenn aber eine Gesellschaft über gigantische Umverteilungsapparate jedem möglichst das Gleiche zukommen lässt, wenn sie Ungleiches gleich behandelt, dann bleibt der Leistungsgedanke auf der Strecke. Schließlich stehen immer weniger Mittel für den notwendigen sozialen Ausgleich zur Verfügung. Worauf es mir also ankommt, ist, die Anreize für individuelle Leistungsbereitschaft in unserer Gesellschaft wieder zu stärken und deutlich zu machen, dass der notwendige soziale Ausgleich differenziert, maßvoll und effizient gestaltet werden muss.

Beim Thema Gerechtigkeit, das auch im letzten Bundestagswahlkampf eine große Rolle gespielt hat, gibt es in der Wahrnehmung der Thüringerinnen und Thüringer keine Veränderung. Nach wie vor bewerten drei von vier Befragten die erlebte Gesellschaft als ungerecht. Sogar viele Thüringer, die sich persönlich fair behandelt fühlen, sind dieser Meinung. Die Forscher sprechen von einer - wörtlich - "schweren Hypothek", die mit diesem Gerechtigkeitsempfinden verbunden ist. Aber was ist gerecht, was verstehen die Menschen unter sozialer Gerechtigkeit? Ist es gerecht, wenn ich meine persönliche Bewegungsfreiheit und Entscheidungsfreiheit weitgehend verliere, weil der Staat meint, vieles bis ins kleinste Detail regeln und damit die Eigeninitiative im Keim ersticken zu dürfen? Ist es gerecht, dass der ausufernde und längst unfinanzierbare Umverteilungsstaat die Ressourcen aufsaugt, die der Einzelne viel besser und effektiver einsetzen könnte? Ist es gerecht, dass wir über Gebühr auf Kosten der nachfolgenden Generation leben, nur weil wir unwillig sind, mit dem auszukommen, was wir selbst erarbeiten? Ist es gerecht, dass in Deutschland seit Jahren Millionen von Menschen arbeitslos sind, auch weil wir nicht alles tun, um die Verkrustungen auf dem Arbeitsmarkt endlich aufzubrechen? Es lohnt sich, über diese Fragen nachzudenken. Europa ist an dieser Stelle eine Hilfe und eine Herausforderung.

(Beifall bei der CDU)

Wir brauchen neue Antworten: Was ist sozial gerecht? Wir dürfen diese Antwort nicht denjenigen in der Gesellschaft überlassen, die sich so gern als soziales Gewissen darstellen und die Deutungshoheit über den zentralen Begriff der sozialen Gerechtig-

keit beanspruchen. Fest steht, solange mit sozialer Gerechtigkeit vor allem Gleichheit und damit Umverteilung und Nivellierung assoziiert wird, lassen wir die Chancen der Freiheit ungenutzt. Es geht um die „Ordnung der Freiheit“, wie Bundespräsident Köhler in seiner Rede am 15. März 2005 sagte, wenn wir Deutschland zukunftsfähig machen wollen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, inwieweit gibt es Zusammenhänge zwischen der Bewertung der Einheit und den Einstellungen der Thüringer zur Demokratie? Auch dieser Frage sind die Wissenschaftler nachgegangen. Sie vermuten, dass sich die beiden Bewertungsmuster gegenseitig beeinflussen. Mit anderen Worten, wer von der Idee der Demokratie überzeugt ist, der bewertet auch die Einheit positiv. Umgekehrt wirkt eine negative Bewertung des Transformationsprozesses auch auf die Beurteilung der Demokratie zurück.

Zunächst fällt das ausgeprägte politische Interesse der Thüringerinnen und Thüringer auf. Mit knapp 41 Prozent liegt dieser Wert um etwa zehn Prozentpunkte über dem Ergebnis der anderen jungen Länder; ein, wie ich finde, bemerkenswertes und auch erfreuliches Resultat. Gleichwohl konnten vier von zehn Thüringern, die sich selbst als politisch interessiert bezeichnen und damit auch eine höhere Eigenkompetenz zuschreiben, den Tag der Wiedervereinigung nicht korrekt terminieren; ein nicht minder bemerkenswertes Ergebnis. Entweder haben die Befragten bei der Selbstauskunft über ihr politisches Interesse übertrieben oder das historisch einschneidende Ereignis der Wiedervereinigung spielt in der aktuellen Befindlichkeitslage der direkt Betroffenen nicht die Rolle, die man eigentlich erwarten könnte.

Nach wie vor unterstützen vier von fünf Thüringern die Demokratie als Staatsidee, demokratische Werte und Verfassungsordnung werden hoch bewertet. Allerdings hat die Unzufriedenheit mit der Demokratie, so wie sie in der Praxis funktioniert, um rund zehn Prozentpunkte zugenommen und liegt damit wieder auf dem Niveau des Jahres 2003. Wir müssen ernst nehmen, dass es mehr unzufriedene als zufriedene Demokraten gibt. Die im vergangenen Jahr erhoffte Trendumkehr ist leider nicht eingetreten.

Von dem Vertrauensverlust, der die politiknahen Institutionen erfasst, ist die Landesregierung geringfügig, vor allem aber die abgewählte Regierung von Bundeskanzler Schröder betroffen. Ihr vertrauten nach Umfrage nur noch 15 Prozent der Thüringer, während 34 Prozent der Landesregierung ihr Vertrauen schenken.

Politische Teilhabe findet statt - am häufigsten als Teilnehmer einer genehmigten Demonstration.

32 Prozent haben das schon mal getan und 47 Prozent würden es tun. Die Bereitschaft, in einer politischen Partei mitzuarbeiten, ist aber begrenzt. Es käme für 21 Prozent in Frage und nur 12 Prozent haben es tatsächlich getan. Das Bewusstsein, dass es in einer Demokratie auf die Beteiligung jedes Einzelnen ankommt, ist erfreulicherweise aber gestiegen. Aber für eine Mehrheit der Befragten zählt nach wie vor nur das Ergebnis, d. h., sie sind output-orientiert.

Fehlendes politisches Engagement erklären die Forscher mit drei auffälligen Persönlichkeitsmerkmalen: autoritäre Einstellungen, das Gefühl sozialer Desorientierung sowie die Geringschätzung der Kritikfähigkeit. Hier müssen wir ansetzen, und zwar schon bei der Erziehung. Dabei sind die Eltern besonders gefordert, aber auch die Schule.

Wenn es darüber hinaus stimmt, dass in Deutschland und besonders in den jungen Ländern die Akzeptanz des politischen Systems stark von seiner ökonomischen Effizienz abhängt, dann kann man diesen Aspekt der politischen Kultur zu Recht beklagen, aber man darf ihn nicht ignorieren.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wer die Einstellungen zur Demokratie beleuchtet, der muss sich auch mit der Problematik von Extremismus und Fremdenfeindlichkeit auseinandersetzen. Der Innenminister wird in der anschließenden Debatte ausführlich zu diesem Themenkomplex Stellung nehmen, auch zu dem repressiven und präventiven Instrumentarium, das bei der Auseinandersetzung mit Extremisten zur Verfügung steht. Deshalb beschränke ich mich auf wenige wesentliche Bemerkungen.

Die Stimmenzuwächse für die Protestparteien sind alarmierend. Mehr als ein Viertel der Wähler hat am 18. September ihre Stimme der Linkspartei.PDS gegeben und die NPD hat ihre Zweitstimmenanteile in Thüringen im Vergleich zu 2002 vervierfacht und liegt bei 3,7 Prozent. Zweifellos steckt hinter diesen Stimmen nicht automatisch eine extremistische Gesinnung.

(Beifall Abg. Kuschel)

Aber wir dürfen nicht die Augen davor verschließen, dass die Zahl der Menschen wächst, die für extremistische Propaganda, gleich welcher Couleur, empfänglich sind; übrigens auch in den alten Ländern. Die Frage ist, warum entwickelt sich eine solche Einstellung? Eine Studie, die Wissenschaftler der Universität Bonn, des Institutes zur Zukunft der Arbeit und der Universität Zürich im März dieses Jahres herausgegeben haben, belegt einen ebenso komplexen wie signifikanten Zusammenhang zwischen Rechtsextremismus und Arbeitslosigkeit. Da-

nach gab es in den letzten Jahren in den jungen Ländern rund dreimal so viele rechtsextremistische Straftaten pro Einwohner wie in Westdeutschland. 80 Prozent dieser Diskrepanz führen die Forscher auf unterschiedlich hohe Arbeitslosenzahlen in Ost und West zurück. Demnach gelte ab einer kritischen Mindestarbeitslosigkeit folgende Faustregel: Je höher die Arbeitslosenquote, desto mehr rechtsextreme Straftaten werden verübt. Das bedeutet aber nicht, dass rechtsextreme Straftaten vor allem von Arbeitslosen begangen werden, und das ist auch wichtig und als wesentlich zu benennen. Vielmehr entsteht ein Klima, in dem die Bereitschaft steigt, politische Ziele mit Gewalt durchzusetzen. Gleichzeitig wächst die Angst vor dem und den Fremden. 60 Prozent der Thüringerinnen und Thüringer haben, so wörtlich: „ausgeprägte Überfremdungsängste“, obwohl der Ausländeranteil nur etwa 2 Prozent beträgt. Ich meine, wir müssen diese Entwicklung ernst nehmen, das Kennenlernen von Ausländern, die Begegnung mit dem Fremden fördern. Andererseits erwarten die Thüringerinnen und Thüringer zu Recht, dass sich Ausländer, die bei uns wohnen, auch integrieren. Thüringen ist ein weltoffenes Land, das seine Zukunft im zusammenwachsenden Europa findet und wir müssen die Bevölkerung auf diesem Weg mitnehmen, auch damit sie die Chancen für sich nutzen kann.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der diesjährige Thüringen-Monitor zeigt aber auch darüber hinaus, dass es noch einen weiteren bedeutsamen Zusammenhang gibt zwischen Rechtsextremismus und dem Wunsch nach einer Rückkehr zur sozialistischen Ordnung. Wörtlich heißt es: „Entgegen dem antifaschistischen Selbstverständnis des einstigen Arbeiter-und-Bauern-Staats ist dieser Zusammenhang positiv“. Antidemokraten, das heißt, diejenigen, die im „nationalen Interesse unter bestimmten Umständen auch eine Diktatur für die bessere Staatsform“ halten, fallen - so die Studie - „durch eine größere Neigung zur Idee des Sozialismus auf“. Nicht jeder Extremist wendet Gewalt an, um seine politischen Ziele zu erreichen, aber wer Gewalt als Mittel zur Konfliktlösung ansieht, steht mit einem Fuß bereits im extremistischen Lager. Auch deshalb ist es problematisch, dass mehr als 20 Prozent der 18- bis 24-Jährigen bereit sind, ihre politischen Ziele mit Gewalt durchzusetzen. Deshalb muss friedliche Konfliktlösung elementarer Bestandteil der Erziehung sein. Das muss eingeübt werden in den Familien, die eine wesentliche Integrationsleistung für die gesamte Gesellschaft erbringen. Weitere wichtige Impulse zur friedlichen Konfliktlösung leisten die Schulen und die in der Jugendarbeit tätigen Vereine und Initiativen. Aber auch jeder von uns muss ein Vorbild sein. Die sich anbahnende große Koalition in Berlin zum Beispiel zeigt, dass - trotz ganz unterschiedlicher politischer Orientierungen - Ziele und Kompro-

misse unter Beachtung demokratischer Spielregeln selbstverständlich vereinbart werden können.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir Thüringerinnen und Thüringer können stolz sein auf das, was wir in den zurückliegenden 15 Jahren gemeinsam aufgebaut und geleistet haben. Ich bin allen dankbar, die geholfen haben, unsere Heimat voranzubringen, denen, die im Land zugepackt und die Chancen des Neuanfangs genutzt haben, aber auch denen, die uns dabei mit Geld, pfiffigen Ideen und ehrlichem Engagement unterstützt haben.

(Beifall bei der CDU)

„Wenn man die Menschen für das Bootbauen begeistern will, muss man ihnen die Sehnsucht nach dem Meer vermitteln“, hat der Schriftsteller Antoine de Saint-Exupéry gesagt. Die Menschen in Thüringen haben gezeigt, dass sie begeisterte Bootsbauer sind. Sie wollen in ihrer Mehrheit frei leben und arbeiten; sie wollen ihre persönlichen Wünsche verwirklichen; sie schätzen eine bunte Medienlandschaft höher als den früheren SED-Parteiargon und sie wissen um den Wert des Austauschs von Wissenschaft und Kultur, die Begegnung von Menschen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, jetzt geht es darum, die Sehnsucht nach dem Zielhafen zu vermitteln, damit die Menschen den Kurs fortsetzen, auch in der gegenwärtigen Wirtschaftsflaute. Mit anderen Worten: Jedes Besatzungsmitglied, um im Bild zu bleiben - und damit meine ich jede Thüringerin und jeden Thüringer -, muss nach vorn rudern, eine Rückkehr zu alten Ufern ist ausgeschlossen.

„Die Kultur der Freiheit lebt von hohen Erwartungen an jeden einzelnen Menschen“, sagt Udo di Fabio, Richter am Bundesverfassungsgericht. Und er macht deutlich: „Der freie Mensch soll etwas leisten, soll etwas geben, bevor er etwas von anderen verlangt.“ Ohne Zweifel, das wird Kraft kosten. Aber weil wir für Thüringen und seine Menschen eine positive Zukunftsperspektive wollen, lohnt sich dieser Einsatz.

Wie stelle ich mir das Land im Jahr 2020, also nach Ablauf des so genannten Solidarpakts II, vor?

- Als ein modernes Land, das sich seiner Verantwortung für die kommenden Generationen bewusst ist und deshalb nicht mehr ausgibt, als es einnimmt;

- als ein kinder- und familienfreundliches Land, das sich über steigende Geburtenraten freuen kann, weil Kinder als Bereicherung empfunden werden, weil sie in einem Klima aufwachsen, um das uns andere Länder beneiden, ein Klima, zu dem jeder Einzelne etwas Positives beisteuert;

- als einen innovativen Wirtschaftsstandort mit moderner Infrastruktur - ich hoffe, der ICE fährt dann auf der Hochgeschwindigkeitstrasse von Erfurt nach Berlin -, und als einen Wirtschaftsstandort,

(Beifall bei der CDU)

der einen selbsttragenden Aufschwung vorweisen kann und nicht nur unter den jungen Ländern, sondern bundesweit eine der niedrigsten Arbeitslosenquoten verzeichnet und über ein ausreichend qualifiziertes Fachkräftepotenzial verfügt;

- als die dynamische Region Mitteldeutschlands, in der es mehr Ein- als Auspendler, mehr Zu- als Abwanderer gibt und

- als ein weltoffenes Land, in der die politischen Ränder marginalisiert sind und Extremisten, gleich welcher Couleur, keine Chance haben;

(Beifall bei der CDU)

- als ein Land mit einer aktiven Bürgerkultur, in der Demokratie und Freiheit als Werte an sich erkannt, geschätzt und verteidigt werden;

- als ein Land, das die Chancen der Freiheit in den zurückliegenden 30 Jahren konsequent genutzt hat.

Ich bin kein Prophet und kann Ihnen nicht sagen, ob diese Zukunft am Ende sich auch einstellt, aber eines kann ich sagen und bei einem bin ich sicher: Jede demokratische Partei, jede Thüringerin und jeder Thüringer kann dazu beitragen, dass wir diese Ziele erreichen. Dafür müssen auch die bundespolitischen Rahmenbedingungen stimmen. Die Aufgaben, vor die unser Land - nicht nur Thüringen - gestellt ist, sind gewaltig. Bundespräsident Köhler hat es noch einmal deutlich gesagt: „Unsere Zukunft und die unserer Kinder steht auf dem Spiel. Millionen von Menschen sind arbeitslos, viele seit Jahren. Die Haushalte des Bundes und der Länder sind in einer nie da gewesenen kritischen Lage. Die bestehende föderale Ordnung ist überholt. Wir haben zu wenig Kinder und wir werden immer älter und wir müssen uns im weltweiten scharfen Wettbewerb behaupten.“

Deshalb bin ich auch froh, dass wir - aller Voraussicht nach noch heute - mit Blick auf die große Koalition einen wichtigen Verhandlungsschritt vorankommen. Denn wir brauchen - auch gerade nach dem, was der Bundespräsident ausgedrückt hat - endlich Klarheit und eine handlungsfähige Bundesregierung. Die Föderalismusreform muss verabschiedet werden. Der Staatshaushalt muss konsolidiert werden. Für Familien muss mehr getan werden. Für den Wirtschaftsstandort und neue Arbeitsplätze brauchen wir Schritte einer Steuerreform, mehr Engagement für

Forschung und Entwicklung, Impulse und Entlastungen für den Mittelstand, Planungsbeschleunigung und Entbürokratisierung, Flexibilität am Arbeitsmarkt, Reformschritte bei den sozialen Sicherungssystemen und Kontinuität beim Aufbau Ost.

Ich bin optimistisch, dass wir vorankommen mit dieser neuen Politik. Das ist für Thüringen und die anderen Länder ebenfalls von entscheidender Bedeutung. Dabei ist es wichtig, dass wir der Wirtschaftsentwicklung besondere Bedeutung beimessen. Ich zitiere Ludwig Erhard, den Vater der Sozialen Marktwirtschaft: „Erst auf dem Boden einer gesunden Wirtschaft kann die Gesellschaft ihre eigentlichen Ziele erfüllen.“ Das heißt, es muss darum gehen, die Regionen Ostdeutschlands, Thüringen, weiter zu einem zukunftsfähigen Lebensraum zu entwickeln, zu einer lebens- und liebenswerten Heimat, die auf einem soliden wirtschaftlichen und sozialen Fundament steht.

Thüringen muss deshalb den eingeschlagenen Reformweg fortsetzen. Die Landesregierung vertritt eine nachhaltige und glaubwürdige Politik, die über den zeitlichen Rahmen einer Legislaturperiode hinausgeht. Wir müssen uns etwas zutrauen, weil wir für die Thüringerinnen und Thüringer eine gute Zukunft wollen.

In meiner Regierungserklärung am 9. September 2004 habe ich angekündigt, dass diese Politik auch Zumutungen und individuelle Härten bedeutet. Wie der Bundespräsident es für ganz Deutschland formuliert hat, bin ich aber der festen Überzeugung, dass dieser Weg für den Freistaat ohne Alternative ist. Wir sagen, was wir tun und wir tun, was wir sagen. Die Verwaltungsstrukturreform ist eingeleitet, das Haushaltsbegleitgesetz mit vielen Gesetzesnovellen liegt dem hohen Hause vor und wir betreiben konsequent die nötige Haushaltskonsolidierung. Weitere Schritte werden folgen.

Jeder weiß, dass die Kassen leer sind. Die unerträglich hohe Arbeitslosigkeit verursacht nicht nur hohe Kosten im Sozialbereich, sondern verringert auch Steuereinnahmen. Die demografische Entwicklung wird zu weiteren Einnahmeverlusten führen. Gleichzeitig werden die Sonderleistungen zur Bewältigung der Teilung unseres Vaterlandes 2019 auslaufen. Das heißt, wir müssen sparen, aber wir sparen mit Augenmaß. Das bedeutet, vor allem die konsumtiven Ausgaben zu kürzen, um den Spielraum für Investitionen so weit wie möglich zu erhalten.

Es geht um den schlanken Staat; das heißt, Deregulierung und Entbürokratisierung, auch verbunden mit Personalabbau. Auf Dauer müssen wir uns an den Personalausstattungsquoten der alten Länder orientieren, die derzeit bei rund 19,5 Beschäftigten

im öffentlichen Dienst pro 1.000 Einwohner liegen - Tendenz sinkend. Deshalb habe ich in der Regierungserklärung angekündigt, dass etwa 7.400 Stellen bis zum Jahr 2009 in der Landesverwaltung abgebaut werden. Und da ist der demografische Wandel in Thüringen, in Deutschland und in weiten Teilen Europas.

Es wird deshalb von der Politik erwartet, dass sie Antworten gibt. Die Gesamtattraktivität des Landes ist für diese Entwicklungsperspektive entscheidend. Wir müssen Wachstums- und Schrumpfungsentwicklungen im Auge behalten und die Attraktivität Thüringens wird darüber entscheiden, wie wir in den nächsten Jahren auf diesem Weg vorankommen.

Da sind die Kinder unsere Zukunft und deshalb stärken wir mit der Thüringer Familienoffensive die Familien. Nur ein Beispiel: Künftig haben alle Kinder bereits ab zwei Jahren einen Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz - ein Novum in ganz Deutschland.

(Beifall bei der CDU)

Damit wird die Vereinbarkeit von Familie und Beruf deutlich verbessert und die Eltern können frei entscheiden, in welchen Kindergarten ihr Nachwuchs geht. Wichtig dabei ist: Das lückenlose Netz an Kindertageseinrichtungen und die hohe Qualität der Betreuung bleiben erhalten. Wir wollen durch den Systemwechsel, den die Thüringer Familienoffensive im Hinblick auf die Finanzierung von Kindertagesstätten vornimmt, die individuelle Entscheidungsfreiheit stärken. Mehr Selbstverantwortung von Eltern, Trägereinrichtungen und Kommunalpolitik ist das Ziel und wir folgen damit theoretischen Diskussionen und praktischen Reformmodellen in anderen Regionen Europas, in anderen Nationen, die nicht nur im Kindertagesstättenbereich, sondern insgesamt im Bildungssystem in den letzten Jahren entwickelt worden sind.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist wichtig, gerade jungen Menschen aber auch Kenntnisse über die historischen Zusammenhänge zu vermitteln, in der Hoffnung, dass wir auch künftig aus den leidvollen Erfahrungen mit zwei überstandenen Diktaturen, die es im 20. Jahrhundert auf deutschem Boden gab, die richtigen Konsequenzen ziehen. Dazu trägt auch das umfangreiche Angebot der Landeszentrale für politische Bildung bei. Ich danke der Landeszentrale, den Grenzlandmuseen, den Stiftungen und allen, die mit ihrer Arbeit die Erinnerung an das nationalsozialistische Verbrechen und auch die Schrecken des SED-Regimes wach halten und damit zur Entwicklung und Beibehaltung einer Bürgerkultur, die sich demokratisch begründet, entscheidend beitragen.

(Beifall bei der CDU)

15 Jahre nach der Wiedervereinigung Deutschlands beginnt, so könnte man sagen, wenn man auf den Solidarpakt schaut, die zweite Halbzeit. Und um im Fußballjargon zu bleiben, auf dem Spielfeld kämpft nicht Ost gegen West, sondern nach meinem Eindruck eine Reformmannschaft aus allen Teilen Deutschlands gegen ein ebenfalls gesamtdeutsches Team der Skeptiker und Besitzstandswahrer, also gegen die Reformunwilligen.

(Beifall bei der CDU)

Ich bin fest davon überzeugt, wir müssen reformieren, wir müssen den ordnungspolitischen Rahmen anpassen, damit die innovativen und kreativen Unternehmen wachsen können. In Thüringen steht diese Legislaturperiode deshalb auch unter dem Motto „Wirtschaft, Familie und Bildung“. Wir wollen die Familien stärken, die Bildung im umfassenden Sinn weiter verbessern und nicht zuletzt durch Wirtschaftswachstum Arbeit schaffen. Die politischen Entscheidungen der letzten Monate dienen genau diesen Zielen. Sie dienen damit auch der politischen Kultur in unserem Land. Wenn es der großen Koalition gelingt, durch klare ordnungspolitische Entscheidungen Deutschland zu neuer Wachstumsdynamik zu führen, bedeutet das Rückenwind für unsere Entwicklung in Thüringen. Es bleibt aber neben den konkreten Reformen die wesentliche Aufgabe aller Demokraten, unmissverständlich deutlich zu machen: Die freiheitliche Demokratie ist ein Wert an sich. Freiheit ist nicht alles, aber ohne Freiheit ist alles nichts. Ihre Qualität für den Einzelnen und für die Gesellschaft definiert sich nicht in erster Linie nach wirtschaftlichen Kriterien. Worauf es ankommt, was wir nie preisgeben dürfen, sind die in Jahrhunderten erkämpften Menschenrechte und die bürgerlichen Freiheiten. Sie zeichnen selbst in einer angespannten wirtschaftlichen Lage die Demokratie aus und sind Grundbedingung für jeden Wohlstand.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Fundamente, auf denen wir stehen, sind fest gefügt. Die Orientierungslinien - Menschenwürde, Freiheit und Gerechtigkeit - haben Bestand und prägen unser Handeln. 15 Jahre nach der Wiedervereinigung dürfen wir Deutschen und vor allem wir Thüringerinnen und Thüringer dankbar und stolz auf das gemeinsam Erarbeitete sein. Der Thüringen-Monitor 2005 motiviert uns für unseren Weg, zeigt uns aber auch die besonderen Probleme auf. Wir werden tun, was immer möglich ist, damit Thüringen weiter gut vorankommt als lebens- und liebenswertes Land in der Mitte Deutschlands und in der Mitte Europas. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:

Ich eröffne die Aussprache zur Regierungserklärung und erteile das Wort dem Abgeordneten Hausold, Die Linkspartei.PDS.

Abgeordneter Hausold, Die Linkspartei.PDS:

Verehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine verehrten Damen und Herren, Herr Ministerpräsident Althaus, Sie sprachen in Ihrer Regierungserklärung von einer neuen Politik. Nun, politische Kultur, die die Menschen in diesem Land sicher zu Recht erwarten, verlangt sowohl Bewertung und Innehalten, sie verlangt aber auch zukünftige Entwicklungen und Vorhaben zu skizzieren. Das, Herr Ministerpräsident, habe ich in Ihrer Rede ausdrücklich vermisst. Sie haben erneut bekräftigt, für uns gibt es keine Alternative und alles bleibt so, wie es ist. Das ist eigentlich das, was Bürgerinnen und Bürger in diesem Land nicht unter Demokratie verstehen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Insofern war Ihre Regierungserklärung geprägt von allerhand Vermutungen und Deutungen im Zusammenhang mit dem vorliegenden Bericht, man könnte auch sagen, es war mehr eine Regierungsver-denn-erklärung. Ich glaube, eben darin liegt das Problem. Darin liegen die Zumutungen Ihrer Politik für die Bürgerinnen und Bürger in diesem Land.

Ich glaube, zwei Dinge sind es, die nun aus dem vorliegenden Monitor sehr deutlich werden. Die erste Frage ist: Eine ganz deutliche Mehrheit der Thüringerinnen und Thüringer bekennt sich zur Demokratie und zu ihren Prinzipien. Eine große Mehrheit in diesem Land stützt den Fakt der Vereinigung vor 15 Jahren, meine Damen und Herren von der CDU und der Landesregierung, wenn Sie das auch ständig wieder in Frage stellen. Das trifft im Übrigen auch für die Linkspartei.PDS in diesem Land Thüringen zu; ich sage es hier eindeutig noch einmal von dieser Stelle aus.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Aber wir befinden uns auch in Übereinstimmung mit diesen Positionen, denn die Bürgerinnen und Bürger sagen auch Ja zum Prinzip Demokratie, aber sie haben Kritiken - Sie haben das selbst erwähnt - zu ihrer Umsetzung, zu ihrer derzeitigen Praxis in diesem Land. Es ist andererseits auch so, dass sie natürlich zur Art des Vereinigungsprozesses, zu dem, wie das in den vergangenen 15 Jahren vonstatten gegangen ist, ihre Kritiken haben. Und ich sage, die sind auch sehr wohl angebracht. Deshalb wäre die wichtigste Schlussfolgerung für die Landesregierung

und für Sie, Herr Ministerpräsident, aus diesem erneut vorliegenden Monitor, Ihre politischen Positionen einmal von Grund auf zu überprüfen

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

und zu versuchen, einen anderen politischen Weg zu gehen, der dem entgegenwirken kann.

Wenn ich sage, die Wertungen sind differenziert, dann stimme ich Ihnen selbstverständlich zu, dass unsere Städte und Dörfer, Ortschaften, historische Stadtkerne, Infrastruktur, Straßenwesen sich in den vergangenen 15 Jahren sehr positiv entwickelt haben. Aber andererseits ist es auch so, dass das allein die Lebenswirklichkeit der Menschen natürlich nicht ausmacht oder gar vordergründig prägt. Andererseits ist es auch so, dass zu den 15 Jahren Vereinigungsgeschichte eben auch eine Treuhandpolitik gehört, die Industrie in diesen Ländern nicht nur aus Wettbewerbsgesichtspunkten und -nachteilen, die tatsächlich bestanden haben, sondern auch einfach, um Konkurrenz zu beseitigen, hier ins Abseits geführt hat, eine Deindustrialisierung in unserem Land herbeigeführt hat.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Das muss in die kritische Betrachtung eingeführt werden. Aber gehen wir von den mehr historischen Betrachtungen in die aktuelle Situation.

Wie, meine Damen und Herren, ist denn heute die Nachrichtenlage? Wir hören, man hat sich nun geeinigt bei den Koalitionsverhandlungen, ab 2007 die Mehrwertsteuer auf 19 Prozent in diesem Land zu erhöhen. Ich will gar nicht über unsere Position an der Stelle sprechen. Aber, meine Damen und Herren, dass gestern der Zentralverband des Deutschen Handwerks und der Deutsche Gewerkschaftsbund deutlich gemacht haben, dass das ökonomisch und sozial die falsche Politik ist, muss doch deutlich machen, dass das dann auch eine Mehrheit von Menschen im Land so empfindet, dass sie erneut angesagt bekommen, vor allen Dingen Arbeit wird dadurch behindert und vor allen Dingen niedrige Einkommen werden dadurch belastet. Das sind nicht die Signale,

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

meine Damen und Herren, für Demokratie und für den positiven Fortgang des Vereinigungsprozesses. Das sind die kritischen Fragen des Nachdenkens. Wir haben vor einiger Zeit, damals, weil Sie andere Aufgaben wahrnehmen mussten, ohne Ihre Anwesenheit, Herr Althaus, hier über den Haushalt debattiert. Ich habe damals an einigen Punkten deutlich gemacht, dass ich Ihre Politik in bestimmter Hinsicht

zumindest mit der Gefahr der weiteren oder einer neuen politischen Spaltung im Lande verbinde. Frau Lieberknecht - im Moment ist sie leider nicht da - hat das stark kritisiert in ihrer Erwiderung oder ihrer Rede hier im Parlament. Sie haben vergangene Woche den Vorschlag gemacht oder zumindest die Überlegung gehabt, man könne die Bezüge der Hartz IV-Empfänger in der Richtung West an Ost, also mit Absenkung, angleichen. Ich frage Sie allen Ernstes: Wie sollen da Deutsche in Ost und West weiter an ihre Chancen im Vereinigungsprozess glauben, wenn wir eine solche Politik in Gang setzen wollen? Damit müssen wir uns doch auseinander setzen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Die Fragen, die sich gegenwärtig in den Koalitionsverhandlungen verbinden mit dem Abschmelzen des Kündigungsschutzes und anderer Probleme, will ich hier gar nicht alle im Einzelnen nennen.

Sie haben mehrfach in Ihrer Rede aufmerksam gemacht auf Zukunftsfragen im Zusammenhang mit Jugendlichen und Kindern. Aber ich muss natürlich - es ist wohl deutlich, dass ich eine andere Auffassung als Sie in der Frage habe - erklären: Ihr Kindertagesstättengesetz, Ihre Familienpolitik oder Familienoffensive, wie auch immer genannt, die führen eben nicht zur Stärkung von Kindertagesstätten in dem Land. Die führt auch nicht dazu, dass es sozusagen eine größere Auswahl und Wahlfreiheit für Eltern gibt. Die führt einfach dazu, dass es für ganz viele Menschen nur noch die Alternative eines finanziellen Zuwachses, der dringend gebraucht wird, oder des Kindergartens gibt. Sie wird dazu führen, dass unsere Kindertagesstätten im Land gefährdet sind insgesamt.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Wenn man schon wie Sie nicht dieser Auffassung ist, dann sollte man doch wenigstens innehalten, wenn es so viel öffentliche Meinungsbildung und Proteste dagegen im Lande gibt, und noch einmal nachdenken und nicht noch voreilig am 8. Dezember diese Sache hier durch dieses Haus einfach bringen wollen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Dadurch werden doch demokratische Institutionen in Frage gestellt bei den Bürgerinnen und Bürgern und das sollten wir uns keinesfalls leisten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie, Herr Ministerpräsident, haben ja mit dem Zitat begonnen, das dieses Schiffsbild aus dem Monitor aufnimmt. Es mag ja schon sein, aber man sollte dieses Zitat

aus meiner Sicht noch ein Stück weiterführen, denn da ist, ich zitiere mit Ihrer Erlaubnis, ja zu lesen: Der Kurs und die Geschwindigkeit des Schiffes, auch der Zeitpunkt, zu dem das Reiseziel erreicht werden kann, erscheint Ihnen - gemeint sind hier die Passagiere - zunehmend fraglich und dies verunsichert sie gewaltig. Ich glaube, dass Sie nicht diese Passage weiter zitiert haben, macht ein Stück weit deutlich, dass Sie offensichtlich wie auch die Thüringer CDU einige Realitäten, die in diesem Land und im Meinungsbild der Bürgerinnen und Bürger aufgrund der aktuellen Situation Bestand haben, nicht gerne zur Kenntnis nehmen möchten. Aber Kenntnisnahme ist die erste Voraussetzung für eine Politik im Interesse von Mehrheiten und von Bürgerinnen und Bürgern in diesem Land.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Gestatten Sie mir einige Bemerkungen zu Punkten aus der Regierungserklärung, die wir als widersprüchlich betrachten und die, glaube ich, auch ein Stück weit Ursache für die politische Situation im Lande und deren Bewertung durch die Bürgerinnen und Bürger ausmachen.

Eine erste Bemerkung: Was mich und auch meine Fraktion an Ihrer Diktion, Herr Althaus, eigentlich grundsätzlich bedenklich macht oder stört, ist die unterschwellige und - ich muss das so sagen - leider mehrfach wiederholte Tadelung der Bürgerinnen und Bürger des Freistaats,

(Zwischenruf Abg. Dr. Scheringer-Wright,
Die Linkspartei.PDS: Genau!)

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

die nicht so denken oder nicht so empfinden wie Sie oder wie die Landesregierung. Und ich muss mal sagen, das ist für meine Begriffe ein Stück Entlarvung Ihrer Positionen in der Frage. In Ihrer Rede bemängeln Sie eine obrigkeitsstaatlich orientierte Haltung der Menschen - vorzüglich natürlich aus der Vergangenheit sozusagen heraus erwachsen. Aber Sie klagen auf der anderen Seite gerade obrigkeitsstaatliches Verhalten ein, indem Sie sagen, unsere Politik ist alternativlos und wieso können nicht alle Bürgerinnen und Bürger im Land ihr zustimmen.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Das ist doch kein Herangehen, wie wir es heute brauchen. Ich muss schon mal die Frage aufwerfen, dass wir dann wahrscheinlich auch bei Ihnen mal anmahnen müssen, über eine solche Art des Denkens vielleicht wirklich nachzudenken. In Ihren Ausführungen zeigt sich nach meiner Auffassung ein außerordentlich bedenkliches Verhältnis in der Be-

wertung zwischen Freiheit und Gerechtigkeit.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

In Ihrer Rede erwecken Sie, Herr Ministerpräsident, zumindest den Eindruck, als stünden sich Freiheit und Gerechtigkeit wie zwei diametral entgegengesetzte Begriffe gegenüber und der Bürger habe sich zwischen den beiden zu entscheiden oder müsse zumindest eine Priorität dabei setzen. Hier sage ich: Das ist ein grundfalsches Verständnis von Gesellschaftspolitik in heutiger Zeit.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Die Frage heißt nicht „entweder, oder“, sondern die Frage kann heute doch nur heißen in unserer Gesellschaft: Freiheit und Gerechtigkeit und Solidarität.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Im Zusammenhang mit Gerechtigkeit ist auch die Frage auf die Chancen der Menschen in diesem Land zu richten. Sie klagen zum Beispiel Leistungen ein und sprechen sich sozusagen für die aus oder stellen sich auf deren Seite, die die so genannten Leistungsträger dieser Gesellschaft sind. Aber das ist doch ein Stück weit Diffamierung all derjenigen Menschen, die in unserem Land, und das ist die große Mehrheit, gerne Leistungen erbringen möchten, aber nicht in der Lage sind, diese Leistungen zu erbringen aufgrund von Arbeitslosigkeit, von anderweitiger sozialer Ausgrenzung und all den Fragen, die wir kennen. Ich will in diesem Zusammenhang auch noch mal deutlich aus unserer Sicht sagen: Was ist denn ungerecht daran, wenn Menschen fordern, dass alle gleichberechtigt zur Finanzierung des Staatswesens herangezogen werden? Was ist ungerecht daran, wenn Menschen fordern, dass der Stärkere die Schwächeren mit stützt? Was ist ungerecht daran, wenn Menschen die im Grundgesetz festgelegte Gleichberechtigung einfordern, meine Damen und Herren?

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Gerechtigkeit stärkt Freiheit und Demokratie in diesem Land - das ist unsere Sicht auf die Dinge - und in dieser Hinsicht möchten wir gern Politik entwickeln.

Eine dritte Bemerkung: Das Datenmaterial des Thüringen-Monitors nutzen Sie zu einer aus meiner Sicht gewagten Interpretation, ausschließlich Ihre Politik biete Alternativen. Und noch schlimmer: Sie lassen ja eigentlich nicht einmal eine Diskussion dieser gewagten Interpretation im umfänglicheren Sinne zu. Sowohl die ersten und leider viel zu spät für eine tiefgründige Debatte vorgelegten Daten des Monitors als auch die Ergebnisse der Bundestags-

wahl machen doch deutlich, dass die Menschen Ihrer Interpretation der Alternativlosigkeit immer weit weniger Glauben schenken, Herr Althaus. Ich halte diesen Fakt im Übrigen für sehr eindrucksvoll und einen bemerkenswerten Beleg dafür, dass die Menschen souverän ihre Meinung in diesem Land zum Ausdruck bringen können.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Deshalb kann ich auch nicht verstehen, wie man zwischen dem Grad des politischen Interesses der Bürger in diesem Land, der glücklicherweise sehr hoch ist, und ihrer Meinungsäußerung im Rahmen der Einschätzung, die Sie dazu haben, eine solche Diskrepanz entwickeln kann, wie Sie das getan haben. Und wenn wir wieder dabei sind, dass der Maßstab - das muss ich allerdings auch zum Monitor sagen - politischen Verständnisses ist, dass man sozusagen die Staatsfeiertage kennt, also, meine Damen und Herren, die Zeit sollten wir doch wohl überwunden haben.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Eine vierte Bemerkung: Ich komme noch mal auf die Eingangsworte des Ministerpräsidenten zurück: „Die Thüringer haben sich dem deutschen Einheitschiff ohne Wenn und Aber anvertraut“. Lassen wir einen Moment dieses Bild auf uns wirken. Ohne Wenn und Aber, ohne Bedingungen und Kritik hätten sich die Menschen dem Schiff anvertraut. Sie wissen zwar nicht so genau, wohin die Reise geht, sitzen aber still auf ihren Plätzen, harren dessen, was da kommen wird. Ich kann mir ja vorstellen, dass ein solches Bild sich gut aus Sicht der Landesregierung oder aus Sicht der CDU-Fraktion ansehen lässt, aber ich glaube, es führt uns einfach nicht weiter, weil das Wichtige an Passagieren ist, dass sie doch das Ziel mitbestimmen möchten, darüber diskutieren müssten, wenn wir das Gesellschaftsbild nehmen, dass sie Kurs und Geschwindigkeit mit debattieren und beeinflussen möchten, dass sie letzten Endes auf der Reise sozusagen auch mit am Steuer sein wollen, dass sie den Kurs mit besprechen wollen und dass sie die Maschinen mit bedienen wollen und dass sie schließlich auch am Ende eines Reisetages die Annehmlichkeiten an Bord genießen möchten. Dies zusammen zu beachten und gemeinsam zu diskutieren, wäre doch eine neue Politik, allerdings mindestens für unsere Landesregierung und die Thüringer CDU.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Es ist sicher richtig, in diesen Tagen in verschiedenen Zusammenhängen an den 9. November zu erinnern und auch an die Ereignisse, die wir heute als friedliche Revolution 1989 bezeichnen und die eine

solche war. Aber wir müssen natürlich auch fragen im Hinblick auf die 15 Jahre, die darauf folgten: Was ist aus den vielen, auch damals sehr unterschiedlichen Vorstellungen zu Demokratie, zu Gesellschaft und zu Staat geworden, die 1989 formuliert wurden? Wo sind viele dieser Ansätze zum Beispiel im Zusammenhang mit mehr direkter demokratischer Beteiligung der Menschen an den staatlichen Entscheidungen und Interessen in den vergangenen 15 Jahren geblieben? Wir werden bei dieser Fragestellung feststellen, dass es dazu viele Defizite zu sagen gäbe in dem, was wir nach 1989/90 hier an politischen Realitäten erlebt haben.

Eine Forderung wird im Mittelpunkt stehen bleiben: Die Menschen in Thüringen wollen Partizipation, sie wollen Teilhabe am Arbeitsleben, sie wollen in der Bildung und Kultur Chancen sich erwerben und bei ihrer Gestaltung mitgestalten. Deshalb unterstützen eben vier von fünf Thüringern die Demokratie als eine Staatsidee, wie wir das auch tun.

In wachsendem Maße unzufrieden sind die Menschen allerdings mit dem - ich hatte das schon erwähnt -, wie sich gegenwärtig Demokratie in Praxis entwickelt und wie sie funktioniert. Wenn sich der Anteil der so genannten unzufriedenen Demokraten um 10 Prozent erhöht hat, so sollte dies für uns ja kein alleiniger Anlass zur Sorge sein, sondern uns auch dazu anhalten, nach den Ursachen weiter zu forschen und zu fragen und Veränderungen für Politik daraus zu schlussfolgern.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

In diesem Jahr hat die etablierte Politik in Bund und Land allerdings aus unserer Sicht das Ansehen der demokratischen Praxis durchaus weiter beschädigt. Viele Bürgerinnen und Bürger haben gespürt, dass die Herbeiführung von Neuwahlen sozusagen per Ausrufung durch den Kanzler das Parlament entwertete und beschädigte. Nach der Wahl ist das Unbehagen der Menschen weiter angewachsen. Für viele ist jetzt offensichtlich, es geht überhaupt nicht um Inhalte, es geht nicht vor allem um politische Probleme, sondern ganz viel auch um persönlichen Machtanspruch und Parteiinteressen, wie denn nun was im Bundestag zu verteilen sei und bei der Regierungsbildung.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Anders können sich doch die Menschen die Eskapaden und Rochaden in den großen Volksparteien überhaupt nicht erklären. Und obendrauf - ich hatte das eingangs erwähnt - packt die Politik noch ein Paket aus Kürzungen und neuen Belastungen, denn - ich sage es hier noch mal - wer bezahlt denn die Mehrwertsteuererhöhung, die Heraufsetzung des

Rentenalters, die Kürzung der Pendlerpauschale? Man könnte das an dieser Stelle noch fortsetzen. Die großen Parteien haben aus meiner Sicht bei den Wahlen eine deutliche Quittung erfahren. Es ist nämlich die Tatsache, dass ihre Politik des Sozialabbaus, die sie ständig in den Mittelpunkt gestellt haben, eben keine solide Mehrheit für eine Regierungsbildung im Bundestag hat. Wenn es nun so ist, dass wir eine große Koalition bekommen werden, dann ist das parlamentarisch ein normaler Gang. Aber damit ist doch noch lange nicht verbunden, dass man die Rezepte weiter betreibt, die man vor den Wahlen schon hatte und für die man die Quittung von den Wählerinnen und Wählern bekommen hat.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Was ist denn das für eine Ignoranz in der Politik! Wir können die so nicht gebrauchen, denke ich einfach, wir müssen hier umdenken.

Eine fünfte Bemerkung: Was muss denn nun geschehen - die Frage stellen sich sicherlich alle -, damit aus unzufriedenen wieder zufriedene Demokraten werden? Die Menschen wollen in ihrem unmittelbaren Lebensumfeld mitentscheiden - Beschäftigte in ihrem Betrieb, Schülerinnen und Schüler, Lehrerinnen und Lehrer in der Schule, Einwohner in ihrer Kommune. Gemeinsam mit der SPD hatten wir gestern Vorschläge zu mehr direkter Demokratie auf kommunaler Ebene hier in einem Gesetzentwurf in erster Lesung vorgestellt. Das, was wir allerdings aus der Mitte des Hauses und auch von der Landesregierung gehört haben, stimmt mich für diesen Prozess wenig optimistisch. Das zentralste Argument war: Wir haben doch eine gerade erst einige Zeit in Kraft befindliche Kommunalordnung, da machen wir doch nicht wieder alles neu.

Meine Damen und Herren, was ist denn das für eine inhaltliche Debatte, wenn es um die Mitbestimmung, die Fragen der Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern geht?

(Beifall bei der Linkspartei.PDS, SPD)

Ich weiß auch gar nicht, woher diese Abkehr von schon einmal gemachten Erfahrungen bei der CDU-Fraktion in dieser Frage kommt. Wir haben auf der Landesebene solide und mit Kompromissen - das ist bei politischen Auseinandersetzungen immer so - eine gemeinsame Verbesserung in diesem Hause erbracht. Warum, meine Damen und Herren, gehen Sie jetzt einen Schritt zurück und verweigern sich quasi schon von vorn herein bei der Überlegung, dies nun auch auf der kommunalen Ebene zu tun? Ist das Ihre Antwort auf die Tatsachen, die zum Beispiel auch in dem jetzt vorliegenden Monitor hinsichtlich des Zutrauens der Bürgerinnen und Bürger

zu Demokratie vorliegen, was Vertrauen in Institutionen, in Politik und Parteien bringen soll? Ist das Ihre Antwort, frage ich Sie? Dann sage ich: Die Reise, um beim Schiff zu bleiben, geht in die verkehrte Richtung, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS, SPD)

Da haben Sie politischen Besserungsbedarf, und das ganz deutlich.

Der Bildungsbereich ist angesprochen. Ja, Herr Althaus, Sie haben sich auch darauf bezogen - es gibt eine relativ positive Sicht auf das Bildungswesen der DDR. Ich will hier ausnahmsweise noch einmal zitieren. Es ist ja von Ihnen nicht gesagt worden, dass Entwicklungen von Kindern in der DDR positiver bewertet werden mit 81 Prozent, die Gesundheitsvorsorge mit 88 Prozent und das Bildungswesen sogar mit 90 Prozent. Nun will ich, um nicht Missverständnisse aufkommen zu lassen, hier klar sagen, auch wir stehen zu den Entwicklungen, die Indoktrination, wie sie in der DDR üblich war, aus der Schule entfernt haben, und sind sehr damit einverstanden, dass dies heute zumindest in der Art und Weise nicht mehr der Fall ist. Aber ich will noch auf ein anderes Problem hinaus. Wir können natürlich jetzt nachforschen, warum denn nun so viele Menschen so positiv über das Bildungs- oder Gesundheitswesen der DDR nachdenken. Das ist sicher auch richtig, das zu tun, aber nur dann, wenn wir damit nicht eine DDR-Forschung, die dieses oder jenes belegen soll, hauptsächlich betreiben, sondern dann, wenn wir unser heutiges Bildungssystem in Frage stellen. Wenn das nämlich so unwidersprochen wäre, dann würde überhaupt niemand in dem Maße über die Erkenntnisse und Erfahrungen aus der DDR reden. Heute muss geändert werden!

(Beifall bei der Linkspartei.PDS, SPD)

Aber Ihre Antworten sind bekannt. Wir haben das Beste oder zumindest ein sehr gutes Bildungssystem. Die Frage, dass man schon ab der 5. Klasse über den weiteren Bildungsweg entscheiden muss, ist goldrichtig, obwohl alle Beteiligten im Lande anderes debattieren.

(Zwischenruf Abg. Wehner, CDU: Das gibt's doch gar nicht.)

Auch alle weiteren Fragen behandeln Sie in dieser Art und Weise: Wir bleiben bei dem, was wir haben. Das ist aus unserer Sicht keine richtige politische Schlussfolgerung aus den aktuellen Situationen.

(Zwischenruf Abg. Wehner, CDU: Man kann auch in der 6. Klasse wechseln. Dummschwätzer!)

(Zwischenruf Abg. Dr. Klaubert, PDS: Er hat Klugschwätzer gesagt.)

(Glocke der Präsidentin)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist hier gesprochen worden zum Anwachsen extremistischer Positionen, rechtsextremistischer Positionen.

(Unruhe im Hause)

Kommen Sie zur Ruhe? Ein Stück müssen wir uns schon, denke ich, gegenseitig zuhören, weil es ja um politische Kultur in diesem Hause geht.

(Beifall Abg. Kuschel, Die Linkspartei.PDS)

Ich möchte einige Bemerkungen machen im Zusammenhang mit dem anwachsenden Rechtsextremismus in der Gesellschaft. Dies wird entsprechend benannt. Alle haben insgesamt erkannt, dass wir uns auch aufgrund der aktuellen Wahlergebnisse weiter mit diesen Fragen auseinander setzen müssen. Aber ich will auch ganz deutlich an dieser Stelle sagen, da geht es um mehr als nur um Lippenbekenntnisse. Ich gehe auch hier noch mal auf den gestrigen Tag zurück. Wir haben die Fragen einer antifaschistischen Klausel für die Thüringer Verfassung debattiert. Das, was wir öffentlich erleben in diesen Zusammenhängen, sollte uns noch einmal Anlass sein, darüber wirklich gründlich nachzudenken und zu diskutieren. Ich fordere Sie ganz einfach auf, meine Damen und Herren von der CDU-Fraktion und der Landesregierung, Ihre bisherige Haltung auf diesem Gebiet noch einmal zu durchdenken.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Ich bleibe auch dabei, dass wir mehr gemeinsame Aktivitäten brauchen, auch im Sinne eines Landesprogramms gegen Rechtsextremismus.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS, SPD)

Das steht auf der Tagesordnung aus meiner Sicht und ist eigentlich erneut aufzurufen, auch wenn wir den Monitor hernehmen.

Ich will aber andererseits hier auch noch mal auf eine Tatsache aufmerksam machen, die Sie auch in Ihrer Regierungserklärung, Herr Althaus, wieder in diesem Zusammenhang gestellt haben. Ihr Herr Minister Schliemann hat gestern vom Linksextremismus im Zusammenhang mit der RAF gesprochen. Den Positionen, die Herr Schliemann dort kurz entwickelt hat, kann ich mich durchaus anschließen, das sehe ich auch so. Wer aber nun, wie Sie das erneut getan

haben, Herr Ministerpräsident, die Linkspartei.PDS in eine extremistische, sozusagen ja auch gesellschafts- und staatsgefährdende politische Position bringen will, die sie ausgesprochen nicht einnimmt - und das möchte ich hier deutlich sagen -, der begibt sich immer wieder in die Gefahr, da mal den real in der Gesellschaft vorhandenen Rechtsextremismus zu relativieren, zu bagatellisieren und deshalb nicht angemessen sich damit auseinander zu setzen. Die Frage muss ich schon mal aufgreifen.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS, SPD)

Wir sind, meine verehrten Damen und Herren, der Auffassung, dass der vorliegende Thüringen-Monitor einer gründlicheren Aussprache und Debatte und gesellschaftlichen Widerspiegelung bedarf, als dies innerhalb einer solchen vormittäglichen Parlamentsdebatte möglich ist. Wir haben deshalb einen Entschließungsantrag Ihnen vorgestellt, in dem wir auf eine gesonderte Veranstaltung verweisen, die wir durchführen sollten und wofür wir die Unterstützung der Landesregierung und die Mitarbeit der Autoren erbitten möchten, weil wir ganz einfach der Auffassung sind, dass das vorliegende Material, was uns ja auch nur sehr kurzfristig zugegangen ist, einer weit eingehenderen Debatte bedarf. Der sollten wir uns insgesamt ohne ideologische Vorurteile, aber mit viel Ernsthaftigkeit in der Bewertung der Situation in unserem Lande stellen. Danke schön.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS, SPD)

Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:

Herr Abgeordneter Wehner, ich erteile Ihnen einen Ordnungsruf für den Ausdruck Dummschwätzer.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Ich führe die Debatte fort. Das Wort hat der Abgeordnete Matschie, SPD-Fraktion.

Abgeordneter Matschie, SPD:

Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Herr Althaus, Ihr Vortrag war heute ein Lehrstück. Jedes Erstsemester Soziologie hätte heute hier lernen können, welche Fehler man bei Referaten vermeiden muss, wenn man durch die Prüfung kommen will. Sie haben hier Zahlen über Zahlen referiert, aber Sie haben keine stimmigen Schlüsse daraus gezogen, stattdessen haben Sie das Ganze mit Allgemeinplätzen und Zitaten garniert. Als angehender Soziologe wären Sie wahrscheinlich so nicht durch die Prüfung gekommen. Vielleicht sollten Sie auch aufhören, in irgendwelchen Budapester Tageszeitungen nach hübschen Zitaten zu stöbern. Ich glaube, es ist lehrreicher, sich etwas genauer umzuschauen,

was hier im Land eigentlich passiert: Denn, Herr Althaus, Sie sind kein Schnupperstudent in der Soziologie, Sie sind vor 2 Jahren als Ministerpräsident gewählt worden und deshalb reicht es nach meiner Überzeugung nicht, wenn Sie hier Umfrageergebnisse vorlesen. Die Menschen erwarten Antworten von Ihnen auf die Probleme hier im Land und das zu Recht, aber diese Antworten sind Sie uns auch heute wieder schuldig geblieben.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS, SPD)

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, vielleicht geht es Ihnen ja auch so. Wenn ich den Ministerpräsidenten reden höre, frage ich mich oft: Von welchem Land spricht er da eigentlich? Welche Menschen trifft er? Was erlebt er so, wenn er unterwegs ist? Und auch heute hatte ich wieder diesen Eindruck, denn Sie ignorieren nach meinem Eindruck häufig Realitäten und lesen lieber vor, was Sie für klüger halten als das, was Ihnen die eigene Erfahrung sagen müsste, wenn Sie sich im Land umschauchen.

Wenn Sie zum Beispiel den Menschen hier im Land Bewegungsunfähigkeit vorwerfen, Herr Ministerpräsident, wenn Sie behaupten, es fehle hier viel zu vielen Menschen noch immer am Willen und an der Fähigkeit zum selbstbestimmten Leben, dann reden Sie doch an der Wirklichkeit hier in Thüringen komplett vorbei. Wer denn, wenn nicht wir Thüringerinnen und Thüringer, wer, wenn nicht die Menschen in Ostdeutschland, haben denn gezeigt, dass Sie zu Veränderungen fähig sind. 80 Prozent der Menschen hier in diesem Land haben einen neuen Beruf erlernt, oft mitten im Leben stehend, zu einer Zeit, wo man das normalerweise nicht mehr tut. Und nirgendwo anders nehmen die Menschen so weite Wege zur Arbeit in Kauf wie hier in Thüringen. Jeder siebente Thüringer pendelt, um einen Job haben zu können. Nirgendwo sonst leben die Menschen mit so niedrigen Durchschnittslöhnen monatlich. Ein Thüringer Facharbeiter verdient im Monat rund 700 € weniger als der Bundesdurchschnitt. Das alles nennen Sie Bewegungsunfähigkeit. Ich finde, Sie beleidigen damit viele, die Anerkennung verdient hätten.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS, SPD)

Aber, mit dem, was Sie hier vorgetragen haben, übersehen Sie nicht nur die tatsächlichen Leistungen, Sie verkennen auch viel von der Stimmung im Land. Ich glaube, man muss in der Geschichte der Bundesrepublik schon weit zurückblicken, um eine Zeit zu finden, in der die Menschen vor ähnlich vielen Veränderungen standen wie heute. Wenn wir einmal die Anfangsjahre der Bundesrepublik ausnehmen, da gibt es vielleicht keine vergleichbare Epoche, in der in so kurzer Zeit so viel verändert wurde wie in den letzten Jahren, insbesondere in Ostdeutschland,

aber auch in Gesamtdeutschland, wenn man sich die letzten Jahre anguckt. Die Rentenversicherung ist umgestellt worden, das Gesundheitssystem ist reformiert worden, die Arbeitslosenversicherung, viele Dinge, die neu für die Menschen sind, die Verunsicherung bewirken, bei denen man sich zunächst einmal zurechtfinden muss. Politik muss erklären, was sie da tut, sie muss die Menschen mitnehmen, sie muss Orientierung geben und - das sage ich auch sehr selbstkritisch - das haben wir als SPD in den letzten Jahren auch schmerzlich lernen müssen.

Sie, Herr Althaus, haben anstatt Orientierung zu geben, anstatt zu erklären, an vielen Stellen mit Worthülsen jongliert. Ich will da ein Beispiel sagen. Was meinen Sie zum Beispiel damit, wenn Sie davon sprechen, es komme Ihnen darauf an, die Anreize für individuelle Leistungsbereitschaft zu stärken? Werden Sie doch einmal konkret. Was haben Sie denn vor? Herr Althaus, an einem Punkt schien es dann, als werde jetzt sichtbar, was Sie wollen. Thüringen 2020: Wer genau hinhörte, bekam mit, dass Sie heute die Sehnsucht nach dem Meer wecken wollten und ich erkenne ja an, dass Sie meiner Empfehlung nach Ihrer Regierungserklärung vom September letzten Jahres gefolgt sind. Wie sieht Thüringen 2020 aus? Bis an dieses Ufer wollten Sie heute rudern. Aber Sie haben weder glaubhaft Sehnsucht wecken können, noch haben Sie ein Boot gebaut, Sie haben lediglich heute ein paar Planken ins Wasser geworfen, das war alles.

(Zwischenruf Abg. Buse, Linkspartei.PDS: Ist im Wattenmeer liegen geblieben.)

(Beifall bei der Linkspartei.PDS, SPD)

Begeisterung wollte dabei nicht einmal in Ihrer eigenen Fraktion aufkommen. Aber schauen wir uns trotzdem einmal die Thüringen-Vision etwas genauer an. Sie haben gesagt, 2020 ist Thüringen ein modernes Land, das nicht mehr ausgibt, als es einnimmt. Das war Ihre erste Wunschvorstellung.

Aber, Herr Ministerpräsident, Hand aufs Herz: Glauben Sie wirklich, dass Ihnen das jemand abnimmt? Sie sind inzwischen der Schuldenkönig unter den ostdeutschen Ministerpräsidenten. Kein anderes Land hat im Verlauf der letzten Jahre mehr öffentliche Schulden aufgenommen als Thüringen, und auch 2006 wird Thüringen im Ostvergleich wieder die meisten Schulden machen. Sie werden am Ende des nächsten Jahres insgesamt mehr Schulden aufgehäuft haben, als Thüringen innerhalb von vier Jahren an Steuern einnimmt. Was Sie hier als Vision ankündigen und was Sie tun, liegt meilenweit auseinander.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb kann eine solche Vision auch keine begeisternde Wirkung entfalten.

Der gleiche Zwiespalt bricht bei Ihrem zweiten Vorhaben auf: Thüringen soll bis 2020 ein kinder- und familienfreundliches Land sein. Mal ganz abgesehen davon, Herr Ministerpräsident, dass Sie in anderen Reden davon gesprochen haben, dass Thüringen dies längst ist, aber glauben Sie wirklich, dass Sie mit massiven Einschnitten und Kürzungen bei den Kindergärten diesem Ziel näher kommen, glauben Sie das wirklich?

(Beifall bei der SPD)

Auch dazu vielleicht mal ein Fakt: Die OECD hat vor wenigen Monaten eine Studie über die Zukunft der Kindergartenbetreuung in Deutschland erstellt, und das Forscherteam „Kindergarten PISA“ war auch in Thüringen vor Ort. Das Fazit dieses Forscherteams: Das Umstellen der Finanzierung auf eine Pro-Kopf-Förderung schadet der Qualität. Sie ignorieren solche Untersuchungen einfach. Sie setzen, und davon bin ich überzeugt, mit dem, was Sie in der Familienoffensive vorhaben, letztendlich unsere guten Betreuungsstrukturen aufs Spiel. Visionär und familienfreundlich ist das aus meiner Sicht nicht.

Nehmen wir ein drittes Ziel: Sie sprachen vom innovativen Wirtschaftsstandort. Was machen Sie dafür? Was tun Sie da? Wir haben gerade im Moment die Koalitionsverhandlungen in Berlin noch laufen. Die Arbeitsgruppe Ost hat sich in den Koalitionsverhandlungen auch mit dieser Frage beschäftigt und sie hat auch konkrete Beschlüsse dazu gefasst. Sie hat nämlich gesagt, wir wollen uns verstärkt um die Verbundforschung kümmern, weil gerade in Ostdeutschland Unternehmen häufig zu klein sind, um eine eigene Forschung vorantreiben zu können. Deshalb sollen solche Kooperationen zwischen Universitäten, Forschungseinrichtungen und Unternehmen stärker gefördert werden, mit dem Ziel, einen innovativen Wirtschaftsstandort zu schaffen und zu stärken. Was machen Sie? Sie formulieren das gleiche Ziel, aber Sie haben die Verbundforschung massiv zusammengestrichen in den letzten Jahren. 1999 standen uns hier noch 33 Mio. € zur Verfügung, im kommenden Jahr wird noch ein Viertel davon übrig sein. Wollen Sie so den innovativen Wirtschaftsstandort fördern?

Oder Punkt 4: Sie sprachen davon, dass Sie ein Land wollen ohne Heerscharen von Berufspendlern. Aber auch hier lassen Sie die Antwort offen. Sie sagen nicht, was Sie konkret tun wollen, um diesem Ziel näher zu kommen. Deswegen kann ich Sie an dieser Stelle eigentlich nur an den Aussagen, die Sie in der Vergangenheit dazu gemacht haben, messen. Ich erinnere mich noch gut: Im Januar wollten Sie alle

steuerlichen Ausnahmen abschaffen, auch die Pendlerpauschale. Und nach solchen Attacken wie der Ihren ist es nur mühsam gelungen, jetzt in den Koalitionsverhandlungen die Pendlerpauschale wenigstens für die Langstrecke zu erhalten. Also, Ihre Vision ist es, Pendlerströme zu stoppen, und Ihr einziger konkreter Vorschlag war bisher, die Unterstützung für Pendler zu kappen. Es tut mir Leid, Herr Althaus, aber da hilft für mich nur eine kräftige Prise Helmut Schmidt. Wer solche Visionen hat, sollte wirklich lieber zum Arzt gehen.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS, SPD)

Und, Herr Althaus, Sie haben gesagt, Sie sind kein Prophet. Ich sage, das hätte nach dieser Rede auch niemand vermutet.

(Heiterkeit bei der Linkspartei.PDS)

Aber das würde auch niemand von Ihnen verlangen, Herr Ministerpräsident. Aber etwas anderes kann man verlangen: Ein Ministerpräsident muss klar und deutlich sagen können, welche Schlussfolgerungen er aus den Ergebnissen des Thüringen-Monitors, wie er in den letzten Jahren vorgelegt worden ist, zieht. Aber das tun Sie nicht, das lassen Sie offen. Sie referieren hier Zahlen, Umfrageergebnisse, aber Sie sagen nicht, was Sie selbst tun wollen.

Wenn Sie es nicht tun, will ich Ihnen sagen, welche Schlussfolgerungen ich für das politische Handeln in Thüringen aus den vorgelegten Untersuchungen ziehe: Es gibt einige Fragen, die sich seit längerem in den letzten Jahren durch diese Untersuchung des Thüringen-Monitors ziehen. Da geht es einmal um das Bedürfnis nach sozialer Sicherheit und Gerechtigkeit, auch im Spannungsverhältnis zur Freiheit. Da geht es zum Zweiten um die Haltung zur Demokratie. Und da geht es zum Dritten um die Angst vor dem und den anderen bis hin zu rechtsextremen Einstellungen.

Zum ersten Punkt: Ich glaube - und an dieser Stelle will ich auch Herrn Dieter Hausold Recht geben -, dass die Studie zum Thema „Freiheit“ falsch interpretiert wird. Die Studie konstruiert nämlich einen abstrakten Gegensatz zwischen Freiheit und Gleichheit, um soziologische Typen abzugrenzen. Sie beschreibt aber in dieser Art und Weise keine real existierenden Gegensätze. Freiheit ist ohne Zweifel ein hohes Gut, aber sie ist ja nie nur eine abstrakte Größe und Freiheit hat auch immer einen doppelten Charakter. Sie ist Freiheit von etwas, also zum Beispiel Freiheit von staatlicher Willkür, sie ist aber auch Freiheit zu etwas, nämlich die Freiheit, menschliche Bedürfnisse zu erfüllen, beispielsweise das Bedürfnis nach Bildung zu verwirklichen. Und Freiheit ist für den Einzelnen - und das verkennen Sie auch

in dem, was Sie hier vorgetragen haben - konkret erfahrene Freiheit. Deshalb macht die Frontstellung „Freiheit gegen Sicherheit“ oder „Freiheit gegen Gerechtigkeit“ in der Praxis aus meiner Sicht überhaupt keinen Sinn. Denn, Herr Althaus, wer die Freiheit hat,

(Beifall bei der SPD)

zu jeder Tages- und Nachtzeit durch die Straßen zu schlendern, aber in einem Viertel lebt, wo er jeden Abend damit rechnen muss, einen Knüppel auf den Kopf zu kriegen, der wird weniger von dieser Freiheit begeistert sein als jemand, der in einem sicheren Viertel lebt. Oder wenn jemand die Freiheit hat, an jeden Ort der Welt zu reisen, aber sich eben keinen Urlaub leisten kann, dann wird er diese Freiheit anders betrachten als jemand, der jedes Jahr zweimal in den Urlaub fährt. Oder wer die Freiheit hat, jeden Bildungsweg zu beschreiten, aber im Elternhaus nicht die notwendige Förderung bekommt und vielleicht in ein Bildungssystem gerät, was ihn frühzeitig als lernschwach aussortiert, der wird Bildungsfreiheit anders wahrnehmen als jemand, der alle Förderung bekommt, die er auf seinem Weg braucht. Das heißt für mich, wir müssen uns doch der Frage stellen: Was kann der Staat dazu beitragen, damit Freiheit, individuelle Freiheit, nicht nur abstrakt gewährleistet ist, sondern konkret ermöglicht wird? Dieser Frage, Herr Althaus, der sind Sie heute vollkommen ausgewichen. Sie beklagen lediglich, dass der freiheitliche Staat an Unterstützung verliere, und vermuten dahinter den Wunsch - ich zitiere Sie - „nach staatlicher Vollversorgung“. Ich bin überzeugt, und das ist mir in vielen Gesprächen begegnet, das geht völlig an der Wirklichkeit hier in Thüringern vorbei. Niemand ruft heutzutage nach staatlicher Vollversorgung. Natürlich, Herr Ministerpräsident, gehören die bürgerlichen Freiheiten als unverzichtbarer Bestandteil zur Sicherung der Freiheit des Einzelnen. Aber dazu gehört eben auch noch mehr. Dazu gehört eben auch ein Sozialstaat, der die großen Lebensrisiken absichert und damit erst eine halbwegs sichere Lebensplanung und Freiheit ermöglicht. Dazu gehört eben auch ein Bildungssystem, was Chancengleichheit fördert, was Aufstieg durch Bildung unterstützt und dadurch Freiheit ermöglicht. Dazu gehört, dass der Staat den Einzelnen vor Gewalt schützt, und zwar sowohl durch staatliche Macht, aber eben auch dadurch, dass er soziale Ursachen von Gewalt bekämpft.

Sie stellen, anstatt sich darüber Gedanken zu machen, die Frage, ich zitiere Sie noch einmal: „Ist es gerecht, dass der ausufernde und längst unfinanzierbare Umverteilungsstaat die Ressourcen aufsaugt, die der Einzelne viel besser und effektiver einsetzen könnte?“ Was meinen Sie eigentlich damit, Herr Althaus? Was meinen Sie damit? Kann der Einzelne die Altersvorsorge besser absichern als unser

gesetzliches Rentensystem? Kann der Einzelne Krankheit besser absichern als unser solidarisches Versicherungssystem? Oder kann der Einzelne seine Bildung besser organisieren als unser staatliches Bildungswesen? Oder ist es falsch, dass der Staat denen, die viel verdienen, mehr Steuern abnimmt, als denjenigen, die wenig verdienen? Oder kann der Einzelne vielleicht noch besser Straßen bauen oder Forschung fördern als der Staat, als die Gemeinschaft? Was also meinen Sie mit einem solchen Zitat?

Ich bin sicher, es gibt Dinge, die der Staat nicht unbedingt finanzieren muss. Ich nehme jetzt mal die Eigenheimzulage. Aber das ist nun gerade ein Beispiel, wo Sie entgegen Ihrer Aussage, die Sie hier machen, als einer derjenigen dagestanden haben, die diese Eigenheimzulage mit Zähnen und Klauen bis zum Schluss verteidigt haben. Obwohl das nun gerade eine Aufgabe ist, die nicht unbedingt der Staat, sondern viel eher der Einzelne erfüllen könnte. Oder wenn Sie uns mit der Familienoffensive hier vorschlagen, eine zusätzliche Sozialleistung ins Leben zu rufen, und zwar den Eltern jetzt ein Elterngeld zu zahlen, die bisher über der Einkommensgrenze lagen und deshalb keins bekommen haben, die auch nicht danach gerufen haben, weil sie in der Lage waren, selbst als Einzelne mit ihrer Situation finanziell klarzukommen. Was also meinen Sie mit dem ausufernden Umverteilungsstaat, der die Ressourcen aufsaugt, die er Einzelne viel besser und effektiver einsetzen könnte?

Herr Althaus, ich bin überzeugt, wenn sich der Staat allein darauf beschränkt, bürgerliche Freiheiten zu sichern und Regeln für den Wettbewerb zu setzen, dann wird die Gesellschaft auseinanderdriften und dann wird sie irgendwann nicht nur auseinanderdriften, sondern auch auseinanderbrechen und auch dafür gibt es genügend Beispiele.

(Beifall bei der SPD)

Eins ist doch klar: Im Wettbewerb nehmen die Unterschiede zu. Der Stärkere setzt sich durch, was denn sonst, und wer nicht mithalten kann, bleibt auf der Strecke. Das kann aber nicht unsere Vorstellung von einer humanen Gesellschaft sein. Deshalb muss der Staat umverteilen, deshalb muss der Staat für Chancengleichheit sorgen und deshalb muss der Staat auch für gesellschaftlichen Zusammenhalt sorgen. Was denn sonst, Herr Althaus?

(Beifall bei der Linkspartei.PDS, SPD)

Bei den anderen beiden Themen, die sich in den letzten Jahren durch den Monitor ziehen, nämlich dem Verhältnis zur Demokratie und beim Rechts-Extremismus, liegen die Fakten und die Interpreta-

tionen offenerer und klarer zu Tage, deshalb will ich hier an dieser Stelle nur noch einmal kurz den Kern in Erinnerung rufen. Hier geht es nach meiner Auffassung einmal um die Frage: Können wir als politisch Handelnde, als politisch Verantwortliche etwas tun, um die konkrete Demokratieerfahrung etwas positiver zu gestalten? Die theoretische Zustimmung zur Demokratie ist sehr hoch, das ist gut so, aber die Demokratie in der Praxis findet viel weniger Zustimmung. Können wir etwas dafür tun, damit die Zustimmung zur demokratischen Praxis wächst?

Zweitens geht es für mich um die Frage: Können wir etwas tun, um Angst vor Fremden abzubauen und wie können wir dem Rechtsextremismus, der sich in der Gesellschaft breit gemacht hat, entgegenzutreten? Lassen Sie mich der Frage nachgehen, die Sie hier offengelassen haben: Was können wir in Thüringen tun? Ich will Ihnen einige Handlungsmöglichkeiten nennen, die ich sehe. Ich beginne beim Erhalt eines Staates, der für Gerechtigkeit und Sicherheit sorgt und auf diese Weise auch konkrete Freiheit ermöglicht. Wir können, Herr Althaus, im Bundesrat, aber auch in unseren Parteien mit dafür Sorge tragen, dass es auch in Zukunft ein Steuersystem gibt, was Wenigverdiener wenig belastet und Vielverdiener entsprechend stärker belastet.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS, SPD)

Dafür können wir etwas tun und das entspricht auch dem Gerechtigkeitsempfinden der meisten Menschen. Sie haben ja nun erklärtermaßen zum Fanclub von Prof. Paul Kirchhoff gehört. Ich hoffe, Ihr Ausflug in die Welt von Paul Kirchhoff ist Ihnen eine Lehre gewesen, denn das ist nicht die Gerechtigkeitsvorstellung, die sich in den Köpfen der Menschen in dieser Gesellschaft wiederfindet, und zwar weder im Osten noch im Westen.

Wir können, Herr Althaus, im Bundesrat und in unseren Parteien mit dafür sorgen, dass Rentenversicherungen, dass Krankenversicherungen, dass Arbeitslosenversicherungen, dass Pflegeversicherungen auch unter veränderten Bedingungen funktionsfähig und verlässlich bleiben. Das schließt Veränderungen ein, ja, an manchen Stellen auch Leistungseinschränkungen, wie sie gerade für die Rentenversicherungen diskutiert werden. Aber wir müssen doch dafür sorgen, dass die Grundpfeiler stabil bleiben, dass die Menschen das Gefühl haben, dass ein verlässliches System, das nicht nur in fünf Jahren, sondern auch in 15, in 20 und in 30 Jahren noch funktioniert, dafür können wir gemeinsam sorgen.

(Beifall bei der SPD)

Die Föderalismuskommission und die Verhandlungsgruppe der Koalition haben sich darauf verständigt

- ich selbst finde das falsch, aber sie haben sich darauf verständigt -, dass die Länder in der Frage des Bildungssystems noch mehr Verantwortlichkeiten bekommen sollen, dass sich der Bund weiter aus dieser Frage zurückzieht. Hier haben wir auch eine Handlungsmöglichkeit, wenn wir jetzt noch mehr Kompetenzen im Bildungsbereich haben. Wir können dafür sorgen, dass es größere Chancengleichheit durch Bildung gibt. Wir haben doch die Zahlen auf dem Tisch. In Deutschland ist der Bildungserfolg immer noch so stark wie in kaum einem anderen Industrieland von der Herkunft vom Elternhaus, vom Geldbeutel der Eltern abhängig. Auch hier müssen wir etwas tun. Wir können etwas tun, um bessere Frühförderung durch Kindergärten zu machen, indem wir unser System ausbauen, indem wir die Qualität weiter verbessern. Wir haben ein hervorragendes Kindergartensystem, aber gerade das stellen Sie jetzt zur Diskussion. Jetzt wollen Sie die Förderung umstellen und Sie riskieren, dass Qualität verloren geht, Sie riskieren, dass ein erheblicher Teil an Kindergartenplätzen verloren geht. Das ist doch der Rückwärtsgang, Herr Ministerpräsident.

(Beifall bei der SPD)

Wir können etwas tun für mehr und bessere individuelle Förderung in Ganztagschulen, um Chancengleichheit für Kinder und Jugendliche zu ermöglichen. Wir können etwas tun, um Kinder nicht so frühzeitig auszusortieren und viele schon im jugendlichen Alter zu Verlierern zu machen. Wir können etwas dafür tun, um Lehrer besser als Pädagogen auszubilden, um der Entwicklung von Kindern und Jugendlichen noch besser gerecht zu werden. Wir haben viele Handlungsmöglichkeiten, aber Sie sagen nichts dazu, Sie referieren Ihre Umfrageergebnisse und das war es.

(Beifall bei der SPD)

Herr Ministerpräsident, Sie haben die Arbeitslosigkeit erwähnt. Die ist ja nicht nur ein wirtschaftliches Problem, das zeigt auch die Studie. Natürlich führt Perspektivlosigkeit auch häufiger dazu, dass Menschen sich radikalieren, weil sie keine Auswege mehr für sich sehen. Auch da kann man natürlich etwas tun. Man kann zum Beispiel statt für die Abschmelzung der Wirtschaftsförderung in Ostdeutschland - so wie Sie das in den letzten Wochen getan haben - auch dafür eintreten, dass diese Wirtschaftsförderung erhalten bleibt und dass Sie uns hilft, schneller Arbeitsplätze hier in Thüringen zu schaffen.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS, SPD)

Oder wie wäre es beispielsweise mit einem Wettbewerb „Wirtschaftsfreundliche Kommune“, den man in Thüringen fördern könnte und damit zusätzliche

Wachstumsimpulse setzen? Die IHK Erfurt hat dazu sehr gute Vorschläge gemacht. Die Landesregierung hat das bisher nicht aufgegriffen. Oder, Herr Althaus, die Landesregierung könnte eine Verwaltungs- und Gebietsreform endlich in Angriff nehmen und auf den Weg bringen.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS, SPD)

Sie könnte Thüringen wieder fit machen für eine Zeit, in der wir weniger Einwohner haben, für eine Zeit, in der wir weniger Einnahmen haben. Wie wollen Sie denn sonst Ihrem Ziel - ausgeglichene Einnahmen und Ausgaben - näher kommen? Oder, Herr Althaus, wir könnten zum Beispiel ein breit angelegtes Schüleraustauschprogramm mit unseren Nachbarländern initiieren, um die Angst vor Fremden abzubauen

(Beifall bei der Linkspartei.PDS, SPD)

um Thüringen tatsächlich zu einem weltoffenen Land zu machen. Das wäre nach meiner Überzeugung jedenfalls eher eine logische Konsequenz aus dem, was Sie hier zu den Monitor-Ergebnissen vorgetragen haben als das, was Sie im Moment tun. Sie haben in diesem Haushalt die Mittel für den Schüleraustausch um ein Drittel gekürzt. Das widerspricht doch dem, was Sie hier an Notwendigkeiten vorgetragen haben. Wir könnten auch ein breit angelegtes Programm zur Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus verabreden hier in diesem Hause. Ich bin sicher, dass wir uns da verständigen können.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS, SPD)

Die SPD-Fraktion hat das zu Beginn dieses Jahres beantragt. Und wir könnten, und auch das wird ja in diesen Tagen diskutiert, uns verabreden, eine Politik aktiver Bürgerbeteiligung zu betreiben. Bei der Frage Volksentscheide auf Landesebene haben Sie sich ja am Schluss dann doch über die Hürde helfen lassen. Ich hoffe, das gelingt uns auch bei der Frage, wie viel Mitspracherecht haben die Bürger in ihren Kommunen und Kreisen. Ja, warum denn nicht? Das wäre doch ein Beitrag dazu, dass die Demokratiezufriedenheit steigen könnte.

Herr Althaus, Sie sehen, es gibt ausreichend Handlungsmöglichkeiten für einen Ministerpräsidenten. Ich wünsche mir, dass Sie bei Ihrer nächsten Regierungserklärung klar und deutlich sagen, was Sie tun wollen. Nehmen Sie die Verantwortung wahr, für die Sie gewählt worden sind! Und wenn Ihnen partout nichts einfällt, Herr Althaus, dann helfen wir Ihnen als Opposition mit guten Ideen gern aus.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS, SPD)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Bevor ich für die CDU-Fraktion Frau Abgeordnete Lieberknecht das Wort erteile, möchte ich Ihnen Folgendes sagen: Der Entschließungsantrag der Fraktion der Linkspartei.PDS in Drucksache 4/1345 ist inzwischen verteilt worden. Der Abgeordnete Hausold hat darauf hingewiesen. Frau Abgeordnete Lieberknecht, bitte schön.

Abgeordnete Lieberknecht, CDU:

Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben mit dem Thüringen-Monitor 2005 eine, wie ich finde, sehr beachtliche, wissenschaftlich fundierte Arbeit zur politischen Kultur in unserem Land vorliegen. Wissenschaftler wie Michael Edinger, Andreas Hallermann, Karl Schmitt stehen dafür mit ihrem guten Namen hilfreich, wie ich finde, für unsere politische Arbeit. Nur leider, Herr Kollege Hausold und auch Herr Kollege Matschie, haben Sie offensichtlich weder richtig gehört, was der Ministerpräsident in seiner Regierungserklärung sehr richtig zitiert und auch bewertet hat. Sie haben das, was Sie gelesen haben, zugegeben in einer kurzen Zeit, offensichtlich aus dem Monitor selbst auch nicht richtig gelesen. Das finde ich schade.

(Beifall bei der CDU)

(Zwischenruf Abg. Becker, SPD: Sie hatten vielleicht länger Zeit.)

So nach dem Motto „Klassenkämpfer Hausold und Schulmeister Matschie“ werden wir der Diskussion hier nicht gerecht.

(Beifall bei der CDU)

Ich will das nur an einem einzigen Punkt von Ihnen, Herr Matschie, aufgreifen, das Thema Freiheit, aber auch Herr Hausold, Sie haben es ja beide angesprochen. Wir unterscheiden uns eben hier grundsätzlich.

(Zwischenruf Abg. Buse, PDS: Ja, das ist klar.)

Der Herr Ministerpräsident hat sehr wohl seine Schlussfolgerungen gezogen aus den Daten, die hier auch der Thüringen-Monitor vorlegt. Wir haben dafür nicht die Mehrheit, die Mehrheit der Menschen im Land, die das genauso sehen von den Grundsätzen her. Wir halten es aber für richtig, dass die Priorität bei uns deutlich bei der Freiheit ansetzt. Die Freiheit, aus der das geschaffen wird, woraus wir dann Gerechtigkeit und auch Solidarität leben können. Denn in einer Gesellschaft, die dieses Verhältnis andersherum wertet, wissen wir ja, wohin wir kommen: Da wird am Ende immer weniger an immer

mehr verteilt. Das war ja die Abwärtsspirale, in der wir uns befinden auch in diesem Land. Es ist immer weniger, was zur Verfügung steht. Es soll an immer mehr verteilt werden, bis irgendwann der Bankrott ansteht. In einem Gesellschaftssystem, wo wir das ja erlebt haben, wo wir das hinter uns gebracht haben, denke ich, muss man hier ganz deutlich sagen, der Ansatz ist bei der Freiheit. Dafür gibt auch der Thüringen-Monitor die entsprechenden Zahlen, dass diejenigen, die die eloquentesten, die kreativsten, die in dieser Gesellschaft den unternehmerischsten Geist haben, die Existenzen gründen, genau die sind, die diese Freiheit an erster Stelle haben, um eben tatsächlich auch dazu beizutragen, dass die Gesellschaft Gerechtigkeit

(Zwischenruf Abg. Höhn, SPD: Freiheit ist aber die Grundlage.)

und Solidarität leben kann. Ich möchte jetzt nicht die einzelnen Punkte der Tagespolitik, die Kollege Matschie angesprochen hat, hier durchgehen, denn das birgt die Gefahr in sich, dass wir dem Thüringen-Monitor in seinen sehr grundsätzlichen Aussagen, die wirklich auch eines grundsätzlichen Nachdenkens bedürfen, nicht gerecht werden, und das in einer Situation, wo demokratische Verhältnisse keine Selbstverständlichkeit sind. Deswegen, finde ich, ist es schon richtig, nicht sofort in die Tagespolitik einzusteigen, sondern auch grundsätzlich noch einmal das zu reflektieren, was der Thüringen-Monitor uns sagt, und das will ich schon hier noch einmal wiederholen, selbst auf die Gefahr hin, dass Sie dies dann auch nicht verstehen oder nicht so werten, wie ich das hier sage. Aber ich denke, das ist einfach der Gewinn, den wir aus dem Thüringen-Monitor auch für uns ziehen sollten. Die Erkenntnis, demokratische Verhältnisse sind keine Selbstverständlichkeit, fordert eben von uns, dass wir auch über die Demokratie in unserem Land wirklich vom Grundsatz her immer wieder gerufen sind nachzudenken. Die Demokratie, für die ja viele Generationen Opfer gebracht haben, die eben auch bei vielen schlichtweg im Alltag nicht präsent sind, auch deswegen müssen wir daran erinnern, eine politische Daseinsform, die Demokratie, die kulturell weit mehr voraussetzt, als uns bewusst ist, und auch in Europa letztlich ja über Jahrhunderte zurückreicht, mit großen Traditionen bis hin zum Mittelalter, um auch das noch zu zitieren, weil das alles Voraussetzungen sind, auch in dem Dialog der Kultur, in dem wir uns im Übrigen befinden. Wir sind hier in Thüringen nicht in dem großen Gespräch im Blick auf andere Religionen und auch anderes Verständnis von Staatsform. Aber insgesamt spielt das, denke ich, eine große Rolle. Ich komme ja gerade von der EKD-Synode, da hat es eine Rolle gespielt mit den Großstadtzentren in Frankfurt, in Berlin, in München und anderswo. Wie abhängig demokratische Institutionen, Verfahren,

Verhaltensweisen von kulturellen Voraussetzungen sind, zeigt sich immer dann, wenn man versucht, demokratische Systeme einzuführen, wo sie bisher gar nicht oder nur ganz schwach ausgeprägte Traditionen hatten und haben. Das heißt auch, Demokratie ist nicht einfach ein Exportartikel, der mit einfachen Bastelanleitungen verschickt werden kann, sondern sie ist eine Aufgabe für Generationen. Auch wir stehen bei der Weiterentwicklung unserer Demokratie, bei der Festigung in unserem Land nach 15 Jahren, weiter mitten in der Arbeit, zu festigen, was wir haben, und weiterzuentwickeln. Diese Aufgabe ist vor Rückschlägen, ja der gänzlichen Vernichtung, wie wir leider auch aus der Geschichte wissen, nicht gefeit. Die Geschichte des vergangenen Jahrhunderts zeigt es zur Genüge. Auch der 9. November, den wir ja in dieser Woche am Mittwoch hatten, zeigt es ja auch über die Jahrhunderte und die Generationen hinweg, von 1848 angefangen, über den Tiefststand dann am 9. November 1938, aber dann eben auch der Gewinn der Freiheit am 9. November 1989. Demokratie gerät manchmal an die Grenzen ihrer Handlungsfähigkeit, selbst dann, wenn sie sehr alte Wurzeln hat wie in unserem Nachbarland Frankreich - ein Land, was ja schlechthin mit der Französischen Revolution 1789 für Demokratie steht. Und wir wissen, wie sich dort Räume herausgebildet haben in den Vororten der Großstadtzentren, wo letztlich der Staat sich weitgehend zurückgezogen hatte und seine Regeln nicht mehr ohne Weiteres durchsetzen konnte. Wegsehen, Ignoranz, Nicht-wahrhaben-wollen - das rächt sich immer und das gefährdet Demokratie, auch heute. Freilich, Demokratie ist auch nicht immer begeisternd. Sie lebt vom Streit, einer Streitkultur und Kompromissen, von der Bereitschaft, Konzepte, manchmal auch große Konzepte, und Visionen am Ende in kleiner, manchmal auch nur in ganz kleiner Münze bekommen zu können. Ich denke, wir haben alle im Moment auch Schmerzprozesse im Blick auf die Verhandlungen in Berlin, die wir uns alle anders gewünscht hätten. Aber es ist eben auch eine Aufgabe der Demokratie, die Kompromisse, die am Ende möglich sind, um des Gemeinwohls wegen zu schmieden.

Die Demokratie lebt auch von der Bereitschaft der Bürgerinnen und Bürger, ihre Rechte wahrzunehmen, dann aber auch zu akzeptieren, was im Wege der vereinbarten demokratischen Verfahren entschieden worden ist; auch dann, wenn es für einen selbst mit Nachteilen verbunden ist. Demokratie braucht Freiheitsliebe, die Einsicht, dass die Ordnung der Freiheit ein Wert an sich ist und nicht abhängig gemacht werden darf von eigenen Gewinnen und Verlusten. Ich erinnere hier an die große Rede des Bundespräsidenten Horst Köhler „Die Ordnung der Freiheit“. Und auch nicht zufällig, sondern sehr bewusst hat Dieter Althaus, unser Ministerpräsident, seine Regierungserklärung vom September im letzten Jahr unter

die Überschrift „Die Freiheit nutzen“ gestellt. Das ist für uns ein ganz zentraler Terminus und er kam auch in der Rede des Ministerpräsidenten heute wieder wie ein roter Faden zum Ausdruck. Um es mit Ricarda Huch zu sagen, unserer Alterspräsidentin, unmittelbar nach den bitteren Erfahrungen der nationalsozialistischen Diktatur zu Beginn des Freistaats Thüringen oder des Landes Thüringen damals nach 1945/1946 - Ricarda Huch, deren großes Zitat wir ja auch im Eingangsbereich des Landtags bis heute haben: „Demokratie ist eine Sache der Gesinnung.“ Eine Sache der Gesinnung, nichts Abstraktes, sondern sie hängt von den Einstellungen der Bürgerinnen und Bürger, von Politikern, Verbandsvertretern und allen ab, die in herausgehobener Verantwortung für das Gemeinwesen tätig sind.

Deshalb rechne ich es zu den guten, wenn auch noch jungen Traditionen unseres Parlaments, die politische Kultur einmal im Jahr selbst zum Thema zu erheben und zu sehen, wie es um die demokratische Gesinnung bestellt ist, wie tief Demokratie wurzelt, wie der Boden beschaffen ist, in dem sie wurzelt, und was getan werden kann, ihn weiter zu kultivieren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, am Beginn dieser Tradition stand ja ein Erschrecken, das wollen wir auch nicht vergessen, ein Erschrecken, wir waren entsetzt über den Brandanschlag auf die Erfurter Synagoge damals im Jahr 2000. Der jährliche Monitor fragt deshalb nicht nur danach, wie tief der demokratische Verfassungsstaat verwurzelt ist, welche Faktoren ihm günstig und weniger günstig sind, er analysiert zugleich jene politischen Einstellungen, die der von Ricarda Huch so genannten demokratischen Gesinnung direkt zuwider laufen. Für Demokraten gelten dabei die offenen Augen nach rechts und nach links. Wir sind auf keinem Auge blind.

(Beifall bei der CDU)

Dennoch haben wir, ausgehend vom Brandanschlag auf die Erfurter Synagoge, immer ein besonderes Augenmerk in diesen Berichten gerade im Blick auf den Rechtsextremismus gelegt. Dieser Ansatz ist im Sinn einer wehrhaften Demokratie, die aus den totalitären Erfahrungen des vergangenen Jahrhunderts ihre Schlussfolgerungen gezogen hat. Eine robuste, lebenskräftige, demokratische Gesellschaft lebt von der Fähigkeit zur Unterscheidung. Es ist unsere Aufgabe, die Grenzen zwischen der freiheitlich-demokratischen Grundordnung auf der einen und Verfassungsfeinden auf der anderen Seite immer wieder deutlich zu markieren. Rassistische, fremdenfeindliche Positionen, die Verherrlichung von Gewalt sind mit unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung nicht vereinbar, weil eben die Menschenwürde als tragende Säule unserer Grundordnung und unserer

demokratischen Gesinnung darin verletzt wird. Mit dieser freiheitlich-demokratischen Grundordnung sind auch politische Strömungen und Überzeugungen nicht vereinbar, die darauf abzielen, die Bundesrepublik Deutschland mit ihren grundlegenden Strukturprinzipien abzuschaffen oder zu beeinträchtigen, wie sie in den Verfassungsgrundsätzen Artikel 20 unseres Grundgesetzes niedergelegt sind. Es ist wichtig, sich dies immer wieder bewusst zu machen, damit wir nicht die falschen Debatten führen oder wichtige Aspekte übersehen, die eine wehrhafte Demokratie bei Strafe ihrer allmählichen Erosion nicht übersehen darf. Die Auseinandersetzung mit dem politischen Extremismus ist eine Aufgabe, die mit Klarheit und Konsequenz geführt werden muss. Sie schließt Prävention und Repression ein, mehr noch ist es aber mit einem anderen Gesichtspunkt verbunden. Es geht darum, jene zu gewinnen, die bisher keinen Zugang zu dieser Ordnung der Freiheit gefunden oder sie gar wieder verloren haben, weil sie in den vergangenen 15 Jahren eben nicht mitgekommen sind, sich benachteiligt fühlen oder in einem gewaltigen Reformbedarf in Deutschland den Überblick verloren haben. Dazu sagt ja der Thüringen-Monitor einschlägige Zahlen. Menschen, die sich weithin jenseits all unserer Angebote, auch unserer Ansprache als Abgeordnete fernhalten, die wir auf keiner Veranstaltung treffen, mit denen wir normalerweise gar nicht zusammentreffen, wenn wir sie nicht gezielt aufsuchen; hingehen da, wo sie sind und versuchen, auch ein Stück Leben zu teilen, sich der Situation anzunehmen, diese persönliche Begegnung wird gerade in den Zeiten großer Wirrnisse und Orientierungslosigkeit, denke ich, immer wichtiger. Das zu leisten und auch zu erklären,

(Beifall bei der CDU)

aber eben nicht nur abstrakt zu erklären, sondern schlichtweg sich auch persönlich dem anzunehmen, ist unsere Aufgabe.

Aufgabe demokratischer Parteien ist, danach zu fragen, wie diese Menschen zu gewinnen sind, und Vorzug der Thüringen-Monitore - auch des neuesten - ist eine, wie ich finde, vorzügliche Darstellung der Herausforderungen, vor denen wir dabei stehen. Deswegen helfen diese Studien uns auch, Anknüpfungspunkte zu finden, Anknüpfungspunkte in konkreten Lebenswirklichkeiten, die auch eingebracht sein wollen. Da zeigt der Thüringen-Monitor 2005 zunächst einmal - auch das soll nicht unter den Scheffel gestellt werden - erfreulich viel Licht. Ministerpräsident Dieter Althaus ist darauf bereits eingegangen.

Einige Eckdaten, die mir wichtig sind, möchte auch ich noch mal, in Erinnerung rufen. Die Demokratie hat in Thüringen kräftige Wurzeln. Gut drei Viertel der Thüringerinnen und Thüringer sind Demokraten, die

demokratische Normen und das politische System akzeptieren, selbst wenn sie an der demokratischen Praxis Zweifel formulieren und diese Zweifel in diesem Jahr besonders nachdrücklich zum Vorschein kommen. Letztlich ist es auch kein Wunder, bei dem, was Bürgerinnen und Bürger nicht zuletzt auch mit politischen Institutionen erlebt haben, letztlich seit dem 22. Mai in diesem Jahr, die Neuwahlen, unter verfassungsrechtlich durchaus nicht unproblematischen Umständen zustande gekommen. Dieses Ergebnis stellt sich relativ gleichmäßig ein, auch wenn unterschiedliche sozial- und politikwissenschaftliche Instrumentarien genutzt werden. Vier Fünftel der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes lehnen eine Diktatur ab - das will ich sehr deutlich sagen -, vier Fünftel der Bürgerinnen und Bürger.

Die Bundesrepublik nach 15 Jahren deutscher Einheit aktuell und im Rückblick wird deutlich positiver bewertet als die DDR, und zwar sehr deutlich von zwei Dritteln der Menschen in unserem Land.

(Beifall bei der CDU)

Licht zeigt sich auch, wenn die Leute für sich die deutsche Einheit bilanzieren. Für eine große Mehrheit war der 1990 eingeschlagene Weg richtig. Für eine Mehrheit hat die Einheit mehr Vorteile als Nachteile gebracht. Zur DDR wollen nicht mehr allzu viele zurück und, was uns alle miteinander freuen sollte, die Menschen begreifen vor allen Dingen den Freistaat Thüringen - Thüringen unser Land - als ihr Land. Ich erinnere nur an unseren Slogan damals 1990 „Träume werden wahr - Land Thüringen“. Ich denke, es ist erfreulich, es überrascht zugleich nicht, denn die Studien von der ersten Hälfte der 90er-Jahre haben dieses überdurchschnittliche Maß an landsmannschaftlicher Bindung bereits gezeigt, deutlicher als in vielen anderen der deutschen Länder. Wer im Land herunkommt, der spürt das auch. Aber es ist gleichwohl gut, dies nun auch wieder mit aktuellen Daten belegen zu können. Thüringer sind stolz auf das, was sie miteinander erreicht haben. Auch das muss man abrufen, das können wir abrufen, das dürfen wir abrufen. Dieter Althaus hat vorhin auch, wie ich meine, mit eindrucksvollen Zahlen belegt, warum wir dazu guten Grund haben. Wir müssen uns nicht verstecken. Wir brauchen Vergleiche nicht zu scheuen. Es gibt nicht nur in einer Thüringer Zeitung jeden Tag die „gute Nachricht“, man findet sie auch, wo Thüringer wirklich mit ihren Leistungen Furore machen, Aufmerksamkeit schaffen, Spitzenleistungen in Deutschland, Europa und der Welt erbringen als Thüringer. Darauf sind Thüringer stolz und das muss man auch den Thüringern für ihr Gefühl, denke ich, deutlich sagen.

(Beifall bei der CDU)

Stärker noch denn als Deutsche empfinden sich die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes eben als Thüringer. Eine ostdeutsche Primäridentifikation hat nur ein knappes Fünftel. Ich denke, auch das ist erfreulich. Einen kräftigen Schuss Wasser in diesen Wein kippen die Autoren der Studie allerdings auch, nämlich 60 Prozent der Thüringer beklagen eine abwertende Behandlung durch Westdeutsche.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, soweit eine erste Durchsicht des Monitors ergibt, gehört zu diesem Licht allerdings auch Schatten. Das zeigt sich bereits, wenn man die Zahlen einfach umdreht. Was ist denn bei drei Vierteln Demokraten mit dem verbleibenden Viertel. Was ist bei vier Fünfteln, die eine Diktatur ablehnen mit dem letzten Fünftel? Das sind immerhin auch 20 Prozent. Der erste Blick geht, wie in jedem Jahr, in die Tabelle mit den Angaben zum Rechtsextremismus. Der Index Rechtsextremismus ist wie in den vergangenen Jahren mit einem reichlichen Fünftel erfasst. "Er ist wenigstens nicht gestiegen", sagen die einen. "Da haben wir noch viel wichtige und harte Überzeugungsarbeit", sagen die anderen. Auch darüber haben wir uns zu verständigen. Ein knappes Fünftel sagt: "Im nationalen Interesse ist unter bestimmten Umständen eine Diktatur der Demokratie vorzuziehen". Ich denke, das ist der harte Kern der Antidemokraten. Der Anteil der Nichtdemokraten, die nicht ganz so weit gehen, aber die demokratischen Werte und Normen auch nicht teilen, ist sogar, wie die Studie sagt, noch größer. Sozialdarwinismus, Antisemitismus, Chauvinismus oder die Vorstellung, nur Landsleute sollten untereinander heiraten, stellen letztlich die Menschenwürde und damit das ethische Fundament der freiheitlich-demokratischen Grundordnung in Frage. Ich denke, das sind Befunde, die dürfen und werden uns auch nicht ruhen lassen. Dass diese Kräfte insbesondere in der NPD und DVU offenbar einen parteipolitischen Kristallisationspunkt finden, muss uns umtreiben. Die Parteien haben den Sprung in Landesparlamente geschafft. Bei den Bundestagswahlen haben sie auch in Thüringen in beunruhigendem Maße - Herr Ministerpräsident Dieter Althaus nannte die Zahlen - hinzugewonnen und es ist unsere Aufgabe, dafür zu sorgen, dass sich Sachsen bei uns eben nicht wiederholt. Deswegen machen wir auch eine gründliche Wahlanalyse, gerade auch in den Ortschaften, wo die NPD auf zweistellige Zahlen gekommen ist. Das entzieht sich uns nicht.

(Zwischenruf Abg. Becker, SPD: Da haben Sie im Eichsfeld viel zu tun.)

Hier müssen wir sehen, wie wir diesen Anteil auch wieder abbauen, wie wir Wählerinnen und Wähler zurückgewinnen für das demokratische Spektrum.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, nachdenklich werde ich aber auch bei einem anderen Befund des Monitors. Das ist die Bewertung des Sozialismus. Gut jeder Fünfte will zur sozialistischen Ordnung zurück. Ein Viertel ist von Idee und Praxis der DDR gleichermaßen angetan, ein knappes Drittel hält den Sozialismus für die beste Staatsidee. So weit die Befunde. Wenn ich einmal unterstelle, dass diesen Menschen dabei nicht allein die früher so genannten sozialistischen Errungenschaften vor Augen stehen, kann man sich einer Schlussfolgerung nur schwer entziehen: Wer dies will, lehnt die freiheitlich-demokratische Grundordnung letztlich auch ab. Auch damit muss man sich befassen. Ob es nun sinnvoll ist, in diesem Zusammenhang von linksextremen Positionen zu sprechen, kann durchaus dahin stehen. Denn die Autoren unterstreichen, was bereits in den vorausgehenden Monitoren sinngemäß zu lesen war, ich zitiere wörtlich: "Im Zeitverlauf zeigt sich ein kontinuierlich starker und höchst signifikanter Zusammenhang zwischen einem positiven DDR-Bild und dem Wunsch nach einer Rückkehr zur sozialistischen Ordnung mit dem Rechtsextremismus". So weit das Zitat aus dem Monitor. Ich frage dann: Kann man daraus schließen, dass für einen ganz erheblichen Teil derjenigen, die unter den Summenindex Rechtsextremismus fallen, der real existierende Sozialismus in den Farben der DDR, also Erich Honeckers Mauerstaat, das staatliche und gesellschaftliche Ideal ist. Wenn das so sein sollte, wie sinnvoll sind dann die politischen und sozialwissenschaftlichen Kategorien, derer wir uns bedienen? Ich formuliere das bewusst als Frage. Ich rege an, im nächsten Monitor einmal eingehender dem nachzugehen, denn entscheidende Punkte lassen sich ohne eingehendere Analyse nicht ausreichend bewerten.

Noch einmal die Frage: Wie stehen jene, die den Sozialismus in Idee und erlebter Praxis befürworten zu freien Wahlen, zu Gewaltenteilung, zum Parlamentarismus und zu gesellschaftlicher Pluralität, zum Monopol und Wahrheitsanspruch einer Partei oder zur Diktatur des Proletariats? Das alles war real existierender Sozialismus. Nur viele scheinen dies auch, was dazu gehörte, letztlich auch zu seinen Bedingungen gehörte, vergessen zu haben. Zu diesen offenen Punkten wüsste man, denke ich, auch einmal in einer gesonderten Erhebung gern mehr. Eines aber scheint mir schon jetzt völlig klar zu sein: Wer politisch auf dem Ostalgie-Ticket reist, das SED-Regime verklärt und den sozialistischen Versuch in Deutschland immer noch als historisch legitimes Unterfangen betrachtet, der sollte aufhören, sich als Speerspitze im Kampf gegen den Rechtsextremismus anzudienen.

(Beifall bei der CDU)

Es fehlt schlichtweg an Glaubwürdigkeit. In der politischen Praxis haben Rechtsextremisten das auch längst erkannt. Als sie mit der Linkspartei um ein in weiten Teilen identisches Wählerpotenzial kämpften, ich erinnere nur an die Anti-Hartz-IV-Demonstrationen und die, die bis heute dem kritisch und natürlich auch entsprechend mit Protestpotenzial gegenüberstehen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Viola Neu hat in einem Arbeitspapier der Konrad-Adenauer-Stiftung zu DVU und NPD im November 2004 folgendes festgehalten - wie ich meine, zu Recht -, auch das zitiere ich: „Extremistische Einstellungen erscheinen vielmehr als Einstellungssyndrom. Diese setzt sich aus vielen Fassetten zusammen, bei denen die jeweiligen inhaltlichen Spezifikationen des Links- oder Rechtsextremismus nur die Spitze des Eisbergs bilden. Rechts- oder linksextreme Einstellungen existieren nicht ohne ein Fundament, das aus unterschiedlichen Elementen, wie Verschwörungstheorie, Aktivismus, Wertepessimismus, Entfremdung und Utopismus, besteht.“ Um dieses Bild fortzuschreiben: Es hat wenig Sinn, die Spitzen dieses Eisbergs abzuschmelzen, weil sie in der nächsten politischen Frostperiode wieder neues Eis bildet. Es geht darum, sich mit dem Eisberg selbst, dem Einstellungssyndrom als solchem zu befassen. Dafür bietet auch der neue Thüringen-Monitor wieder zahlreiche Ansatzpunkte. Für eine eingehende Analyse, wie gesagt, reichte die kurze Zeit nicht, aber wir sollten sie, denke ich, bei Gelegenheit nachholen.

Die festen Wurzeln der Demokratie, von denen ich sprach, stecken in einem Boden, der noch verbesserungsbedürftig ist. Die Faktoren, die Distanz zur Demokratie begünstigen, lassen sich auch aus dem Monitor gut ableiten. Er knüpft an Untersuchungen des Thüringen-Monitors an, der die Zusammenhänge zwischen Sozialreform und Demokratiezufriedenheit bereits eingehender untersucht hat.

Soweit ich sehe, werden die Befunde vom vergangenen Jahr im Großen und Ganzen bestätigt. Einige Faktoren, die mir besonders Sorge bereiten, möchte ich auch hier nennen. Das ist zunächst der Aspekt der Gerechtigkeit. Drei von vier Thüringern empfinden unsere Gesellschaft als ungerecht. Dabei spielt die Einschätzung, ob man selbst den eigenen gerechten Anteil erhält, eine letztlich herausragende Rolle. Aber auch viele, die sich nicht persönlich benachteiligt sehen, zweifeln an der Gerechtigkeit der Gesellschaft. Die Verfasser des Monitors stufen diese skeptische Wahrnehmung, wie es wörtlich heißt, als „schwere Hypothek“ ein. In großer Distanz zum demokratischen Verfassungsstaat stehen Menschen, die sich zurückgesetzt fühlen, weil schlicht das ihnen zur Verfügung stehende Geld für die Bedürfnisse und auch Herausforderungen, die sie haben, nicht reicht, oder sie meinen, nicht das zu erhalten, was ihnen

zustände, oder weil sie sich gegenüber Westdeutschen benachteiligt und von diesen diskriminiert fühlen. Es sind Menschen, die den Überblick verloren haben, die desorientiert und von der Komplexität des Lebens und des politischen Systems überfordert sind. Je desorientierter einer ist, desto eher urteilt er pauschal und abwertend über die Politik und über die Parteien. Es wird nicht mehr differenziert. Und es sind autoritär eingestellte Mitbürgerinnen und Mitbürger, Menschen, die Ordnung und Disziplin als oberste Erziehungsprinzipien begreifen und nach der starken Hand verlangen. Auch sozial-strukturell kehren einige Merkmale immer wieder. Arbeitslose und von Arbeitslosigkeit Bedrohte, Menschen mit formal niedrigen Bildungsabschlüssen sind überdurchschnittlich anfällig für extremistische Einstellungen, im Übrigen auch Frauen, was auch Fragen aufwirft. Es ist eigentlich nicht unbedingt überraschend, dass Menschen, die sich nicht zurechtfinden, die den Eindruck haben, nicht Tritt zu fassen oder ausgebootet zu sein, lieber unter übersichtlicheren Verhältnissen leben wollen, in Verhältnissen, in denen mehr Gleichheit und Sicherheit herrscht und einer sagt, wo es langgeht, dies dann aber auch verantworten möchte. Dass der Anteil in einer Situation noch einmal steigt, wenn der durchgreifende Umbau des Sozialstaates auf der Tagesordnung steht, ist ebenso wenig überraschend. Der Anteil derer, die Gleichheit und Sicherheit der Freiheit im Konfliktfall vorziehen, ist noch einmal gestiegen. Der Anteil derer, die im Zweifel für die Freiheit, ich hatte ja eingangs einige Bemerkungen dazu gemacht, votieren, ist hingegen gesunken auf 15 Prozent. Aus dem Thüringen-Monitor 2004 wissen wir, dass der demokratische Verfassungsstaat und die pluralistische Gesellschaft vor allem in dieser Gruppe aber eine absolut sichere Bank haben und deswegen lassen wir auch nicht nach, auf diese Prioritätensetzung immer wieder hinzuweisen und dies auch in ganz konkrete Politik umzumünzen. Diese konsequent Freiheitsorientierten sind nämlich die, die wirklich immun sind gegenüber den Einflüsterungen jener, die eine einfachere und gerechtere Welt versprechen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, „nicht überraschend“ heißt noch lange nicht „beruhigend“. Nicht für die Mehrheit, aber doch für eine recht stattliche Minderheit ist die Freiheit kein Wert an sich. Diese Gruppe hat zur Freiheit ein eher funktionales Verhältnis. Die Unantastbarkeit einer die Freiheit sichernden Ordnung ist kein Tabu, wenn sie nicht das erwartete Maß an Gleichheit und Sicherheit herstellt. Dieser Eisberg, auch hier spreche ich von einem Eisberg, lässt sich nicht so leicht abtauen, schon gar nicht mit dem Tauchsieder politischer Sofort- und Aktionsprogramme. Wenn irgendwo ein Problem auftaucht, irgendwo schnell wieder ein Programm aufgelegt wird, dann meinte man, man hätte das wieder beseitigt - überhaupt nichts ist passiert, außer dass man viel-

leicht kurzfristig eine Spitze abtaut, die sich aber dann natürlich auch wieder verfestigt, sobald der öffentliche Erregungsgrad nachgelassen hat.

Ich denke, liebe Kolleginnen und Kollegen, kaum irgendwo hat ein so oft zitierter Satz von Max Weber über die Politik mehr Berechtigung als hier: „Politik ist das Bohren harter Bretter mit Geduld und Augenmaß“, gerade wenn es um die Einstellung geht, wenn es um Mentalitäten geht, wenn es auch um das geht, was jetzt politisch in Thüringen, ausgehend von Regierungserklärungen vom Ministerpräsidenten im vergangenen Jahr, über diese Zeit jetzt hinweg und auch für die Zukunft gilt. Doch, wo sollen wir den Bohrer ansetzen? Wenn es dafür einen nahe liegenden Punkt gäbe, wäre die Sache einfacher. Eines zeigt dieser Monitor wie der vorhergehende aber auch auf jeden Fall: Wir haben es mit einer materiellen, aber auch mit einer intellektuellen Seite zu tun, die vielfach aufeinander bezogen sind. Die Zustimmung zum demokratischen Verfassungsstaat und zum Pluralismus hat mit Bildung und Einsichtsfähigkeit zu tun. Die entsprechende Gesinnung anzunehmen und zu verinnerlichen fällt aber nicht allen gleich leicht. Wer sich durch Bildung, Arbeit und Auskommen nicht genügend gerüstet sieht oder meint, zu kurz zu kommen, fürchtet die Freiheit eher. Arbeitsplätze und Teilhabe sind deshalb die erste Antwort auf die Herausforderungen, und da hat der Ministerpräsident sehr wohl Stellung genommen, sehr deutlich in dem, was er uns in seiner Regierungserklärung heute gesagt hat. Teilhabe durch Arbeitsplätze, durch Arbeit, die geschaffen werden muss, ist eine der Antworten, der grundlegenden Antworten auf die Herausforderungen des demokratischen Gemeinwesens durch politische Extrempositionen, nicht in dem Sinn, wenn nur alle Arbeit haben, dann verschwinden verfassungsfeindliche Positionen irgendwann von selbst. Durch einen Arbeitsplatz wird freilich kein Verächter über Nacht zu einem Verfechter der Demokratie, aber die Chancen, ein offenes Ohr zu finden, die wachsen doch deutlich für Überzeugungsarbeit, die wir als Demokraten leisten müssen. Die hohe Arbeitslosigkeit wird als Skandal empfunden - zu Recht. Können wir hier tatsächlich und glaubhaft Besserung in Aussicht stellen? So wird der größte Stein des Anstoßes zur Seite gerollt. „Sozial ist, was Arbeitsplätze schafft.“ Diesen Satz haben wir oft immer wieder zitiert. Dieser Satz ist gerade mit Blick auf Extremismus wichtig. Der Verlust von Millionen sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen in Deutschland hat nicht allein wirtschafts- und sozialpolitische Dimensionen. Das gilt für uns in den neuen Ländern - auch in Thüringen - noch stärker, als in dem alten Teil der Bundesrepublik.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, eine mächtige mentale Barriere tut sich allerdings beim Urteil darüber auf, wie denn mehr Arbeitsplätze entstehen

können. Das hat ja auch der Bundestagswahlkampf mit allen Konzepten, mit allen Programmen, die hier in der Debatte standen, besonders deutlich gezeigt. Das volkswirtschaftlich Notwendige, was auch von uns uneingeschränkt geteilt wird, hat ja Angela Merkel mit zwei Sätzen zusammengefasst: „Arbeit braucht Wachstum. Wachstum braucht Freiheit.“ Auch hier haben wir diesen grundlegenden Begriff wieder und darauf baute auch das ganze Programm auf. Dass diese Botschaft im Laufe eines unglaublich auch demagogischen Wahlkampfs letztlich nicht zum Tragen kam, muss uns natürlich auch nachgehen, und was damit für Demokratie geleistet worden ist. Das enthebt uns aber nicht, das Richtige immer wieder zu wiederholen, auch wenn es diffamiert wird, auch wenn wir damit nicht die Punkte eingefahren haben, die wir einfahren wollten und hätten auch einfahren müssen, um eine wirklich konsequente Reformpolitik in Deutschland gestalten zu können. Jetzt müssen wir uns mit den Kompromissen begnügen, das im jetzt möglichen Rahmen zu tun. Aber wir wären weiter, hätten wir tatsächlich grundlegend von diesem Begriff aus Gesellschaft gestalten können, wofür im Übrigen auch Paul Kirchhoff steht. Was da an Diffamierung geleistet worden ist, das ist auch wirklich ohne Beispiel und man muss sich fragen, ob man einen so renommierten Wissenschaftler überhaupt noch einmal einer solchen Situation aussetzen darf.

(Beifall bei der CDU)

Da ist wirklich auch ein Verlust entstanden. Nach den Thüringen-Monitoren der vergangenen Jahre musste man das freilich befürchten, der „vormundschaftliche Staat“ wirkt nach. Die Verheißung, der Staat könne für einen gerechten Ausgleich zwischen allen sorgen, das hieße vor allem, eine weitgehende Gleichheit herzustellen, ist nicht vergessen. Dass für ein größeres Maß an Gleichheit mit einem geringeren Maß an Freiheit bezahlt werden muss, ist allerdings vergessen. Dass der sozialistische Großversuch nebst allem, was sonst noch zu sagen wäre, im totalen Bankrott endete, ist offensichtlich genauso vergessen. Aber zum Glück gibt es da Studien, die das auf immer auch belegen. Das müssen wir auch gelegentlich einmal ins Gedächtnis rufen. Die Bereitschaft loszulassen, um neue Ufer zu gewinnen, ist schwach ausgeprägt, auch weil in Deutschland nicht zuletzt, wenn man so will, eine neue sozialistische Einheitspartei den Reformbedarf zu einer Art Trugbild erklärt und so tut, als sei Deutschland im Meer der Globalisierung eine Insel, auf der man alles anders machen könne. Das gilt auch im Blick auf die gegenwärtigen Vorhaben in Thüringen. Wenn ich unser Familienförderungsgesetz sehe, wenn ich das Kindertagesstättengesetz, so wie wir es jetzt ändern, sehe, ist es immer noch das modernste - und wird weiter modernisiert - in ganz Deutschland. Schauen

Sie sich doch mal die Gesetze ringsum an!

(Beifall bei der CDU)

In welchem Kontext wir leben und was wir hier tun, das werden wir im nächsten Plenum besprechen. Im Übrigen: Wie immer die Terminliste gewesen ist, am 8. Dezember können wir dann die Einzeldebatten führen an dem konkreten Punkt und bei den anderen Punkten jeweils dann auch, wenn sie auf der Tagesordnung stehen. Die Versuchung ist groß, sich auf diese Erwartungen an Politik einzulassen, aber ich sage noch einmal: Bei allen Auseinandersetzungen, bei allem scharfen Wind, der einem ins Gesicht bläst, es wäre ein Fehler, selbst dann, wenn wir damit kurzfristige Zustimmung gewinnen könnten. Wir sind davon überzeugt, dass Deutschland sich umorientieren muss. Joachim Fest hat bereits 1993 in einem lesenswerten Essay unter dem Titel „Die schwierige Freiheit“ auf die in Unordnung geratene Balance zwischen Bürger und Staat verwiesen. Auch hier zitiere ich: „In der von allen Seiten betriebenen Praxis zunehmend mehr Verantwortung auch für die ureigensten Lebensfragen auf den Staat zu übertragen, kommt“ - laut Fest - „einer schrittweisen, wenn auch vom weiten Mantel der Fürsorge verdeckten Entmündigung des Einzelnen gleich und verkürzt insoweit die Bürgerrechte.“ Wir wollen und wir müssen Freiheit und Selbstverantwortung stärken. Solidarität hat ihre Berechtigung, wenn sie zusammen mit der Subsidiarität gedacht wird. Auch dieses Begriffspaar müssen wir immer wieder neu deklinieren; Solidarität, aber eben auch Subsidiarität, Hilfe zur Selbsthilfe, die am Ende wieder zu Mündigkeit führt. Es reicht nicht, das einfach zu predigen. Es kommt darauf an, es auch in praktischer Politik umzusetzen. Dieser Weg wird in Wirtschaft und Gesellschaft, davon sind wir fest überzeugt, Kräfte freisetzen und auch aus der Verunsicherung befreien, die viele Bürgerinnen und Bürger ergriffen hat, weil sie sehen, dass es so, wie es ist, nicht bleiben kann. Auch diese Erkenntnis ist ja da, allerdings ohne zu sehen - das trifft für viele zu -, wohin die Reise gehen soll. Nur dadurch wird auch das Fundament gestärkt, auf dem sozialen Ausgleich, wenn wir beides zusammenbringen, Veränderungsbereitschaft, die wir verstärkt wirklich immer wieder abrufen müssen, aber eben auch mit einer Zielvorgabe, dass am Ende Ausgleich möglich bleibt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir bilden uns nicht ein, damit kurzfristig Erfolge erzielen zu können. Ich glaube auch nicht, dass sich die Gewichte im Dreieck Freiheit, Gleichheit, Sicherheit in wenigen Jahren völlig umdrehen lassen. Aber auf mittlere und längere Sicht wird sich etwas ändern, davon bin ich überzeugt. Da setze ich nicht zuletzt auch, wie im Übrigen auch der Thüringen-Monitor hoffnungsvoll ja zeigt, auf die jüngere Generation, die sich viel

freiheitsorientierter erweist, weil sie eben die alte Prägung nicht mehr hat, weil es für sie selbstverständlich ist, an Bildungsprogrammen im Austausch quer durch Europa, nach Amerika, durch Australien oder sonstwo in der Welt teilzunehmen. Sie können sich überhaupt nicht mehr vorstellen, wie das gewesen ist vor 16 Jahren noch. Ich vertraue auf die Erfahrung, die Menschen mit erweiterten Freiräumen machen werden. Auch das wird Maßstäbe verschieben.

Udo di Fabio hat in seinem Buch über die „Kultur der Freiheit“ darauf hingewiesen, dass über Freiheit und Gleichheit nur in einem kulturellen Deutungssystem sinnvoll debattiert werden kann. Deshalb verstehen wir Freiheit ja auch nicht als einen Zustand der Schranken- und Bindungslosigkeit, sondern sehen in ihr einen Begriff, zu dem Ordnung und Verantwortung notwendig dazugehören. Freiheit ist eben für uns nicht Beliebigkeit und nicht nur Selbstbezogenheit, sondern immer gekoppelt an die Verantwortung, an das Wirken im Gemeinwohl.

Unsere politischen Schlüsselbegriffe hängen an der Lebenskultur und der politischen Kultur, wie sie nun einmal geworden ist. Aber sie ändert sich auch und es entspricht im Wesentlichen noch sozialistischer Denkungsart, Gerechtigkeit gedanklich immer wieder an die Freiheit anzuknüpfen. Der Idee der freiheitlich-demokratischen Grundordnung entspricht es besser, ihn zuerst an die von der Freiheit ausgehende Überlegung zu knüpfen. Eine Gesellschaft ist danach gerecht, wenn sie - ich zitiere noch einmal di Fabio - „... jedem die Chance gibt, möglichst viel von seiner Biographie, seinem Leben durch eigene Entscheidungen und seiner Planung bestimmen zu können“. Der Sozialstaat wurzelt dann eher im Gedanken der Brüderlichkeit oder Solidarität, als dass er sich durch das Ziel leiten ließe, möglichst viel an Gleichheit zu verwirklichen.

Die gesellschaftliche Debatte über diese Fragen hat begonnen. Es geht darum, letztlich den Mittelweg, den wir gehen, auch auszubuchstabieren, ein Mittelweg zwischen dem Kollektivismus sozialistischer Herkunft, gegen dessen lange Schatten wir nach wie vor kämpfen, und einem ideologischen Prinzip denaturierten Liberalismus, der von Nächstenliebe und Solidarität in der Tat nichts wissen will. Aber die soziale Marktwirtschaft, die neue soziale Marktwirtschaft, ist hier der Weg in der Mitte, die wir auch zielstrebig weiter in den Konkretionen in unserer Politik einsetzen, die Politik konsequent an Wachstum für mehr Beschäftigung auszurichten und in Wort und Tat einer Kultur der Freiheit zu ebnen.

Beide Punkte müssen zusammenkommen. Es sind zwei entscheidende Ansatzpunkte, um dem Extremismus letztlich in unserem Land das Wasser abzugraben. Es hat die materielle Seite, es hat aber auch

die ideelle, die kulturelle, die geistige Seite. Politische Bildung etwa, Pflege einer demokratischen Erinnerungskultur, die doppelte Diktaturerfahrung in unserem Land, all das ist zu bedenken, wenn wir mit unseren eigenen Mitteln dem Extremismus uns entgegenstellen. Dazu gehört letztlich auch die Bereitschaft, nicht nur durch eignes Zutun, das sage ich ganz bewusst, Desorientierung bei Bürgerinnen und Bürgern zu verstärken. Das ist ein Appell, der an Politik und Medien gleichermaßen geht, für sachorientierte Information gerade bei den schwierigen Umorganisationsprozessen, in denen wir stehen, zu sorgen. Aber im Kern sind das die beiden etwas ausführlich skizzierten Punkte: Wachstum für mehr Beschäftigung und Ausrichtung unseres Denkens und Handelns an einer Kultur der Freiheit. Das sind die maßgeblichen Punkte, denen wir uns vom ersten Tag dieser 4. Legislaturperiode gestellt haben mit der Regierungserklärung „Die Chancen der Freiheit nutzen“ und dem, was wir jetzt in tagtäglicher Politik konkret umsetzen. Hier hat die CDU einen klaren Fahrplan, eine klare Maßgabe. Der Thüringen-Monitor gibt uns in der Grundentscheidung Recht mit vielen, vielen Aufgaben, die sich für uns daraus ergeben, aber auch mit all dem, was wir kritisch bewerten müssen, um wirklich an das Ziel mit dem zu kommen, was wir für diese Gesellschaft vor Augen haben. Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die Landesregierung hat Minister Dr. Gasser um das Wort gebeten.

Dr. Gasser, Innenminister:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, „Politische Kultur im Freistaat Thüringen“ lautet das Thema. Vor wenigen Wochen konnten wir den 15. Jahrestag der Wiedervereinigung Deutschlands begehen. Dieses historische Ereignis brachte auch den Menschen in Thüringen Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit als die tragenden Grundpfeiler unserer Verfassungsordnung. Diese freiheitlich-demokratische Grundordnung ist das Fundament unserer politischen Kultur. Sie bedeutet Meinungsfreiheit und Meinungsvielfalt, Kritikfähigkeit und Eigenverantwortung, Pluralismus und streitbaren Diskurs ebenso wie Kompromissfähigkeit und Toleranz. Politischer Extremismus jeglicher Art, gleich ob Links- oder Rechtsextremismus, bedeutet, diese freiheitlich-demokratische Grundordnung und damit den Grundkonsens unserer Verfassungsordnung abzulehnen. Wo dies geschieht, wird unserer politischen Kultur ihre Grundlage entzogen. Eine Untersuchung und Bewertung der politischen Kultur in Thüringen kann deshalb nicht umhin, auch die

Verbreitung extremistischer Einstellungen unter den Thüringern zu untersuchen. Deshalb möchte ich die Vorstellung des Thüringen-Monitors 2005 zum Anlass nehmen, die Entwicklung des Rechtsextremismus in Thüringen darzustellen, einerseits anhand der Ergebnisse des Thüringen-Monitors als empirisch-soziologischer Untersuchung von rechtsextremistischen Einstellungen unter den Thüringern, andererseits anhand des tatsächlichen aktuellen Lagebilds rechtsextremistischer Aktivitäten im Freistaat, wie es sich aus Sicht von Polizei und Strafverfolgungsbehörden darstellt. Sie werden sehen, dass zwar weder in dem einen noch in dem anderen Bereich wesentliche Veränderungen festzustellen sind, es wird sich allerdings auch zeigen, dass kein Grund besteht, in unseren Bemühungen um die Bekämpfung von Rechtsextremismus nachzulassen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Thüringen-Monitor zeichnet hinsichtlich der Verbreitung rechtsextremistischer Einstellungen in der Gesamtbetrachtung kein Bild dramatischer Veränderungen im Vergleich zu den Vorjahren. Für das Jahr 2005 ergibt sich ein Anteil von 22 Prozent rechtsextremistisch Eingestellter unter den Thüringern. Dieser Wert von mehr als einem Fünftel der Bevölkerung entspricht nahezu dem der Vorjahre. 2004 wurden 23 Prozent, 2002 21 Prozent ermittelt. Allerdings sind hinter diesem relativ konstanten Gesamtanteil einzelne Tendenzen und Veränderungen im Vergleich zu den Vorjahren erkennbar, die unsere besondere Aufmerksamkeit verdienen müssen.

Lassen Sie mich kurz erläutern: Der Thüringen-Monitor gliedert die Befragung in verschiedene Teilbereiche, für die nach Zustimmung oder Ablehnung von vorgegebenen Aussagen gefragt wird. Aus einem Gesamtsummenindex der einzelnen Antworten ermittelt sich dann eine rechtsextremistische Einstellung. Innerhalb dieser Teilbereiche fällt die Zustimmung zu Aussagen, die dem traditionellen rechtsextremistischen Gedankengut zuzurechnen sind, ohne erhebliche Veränderungen aus. Hinsichtlich nationalsozialistischer und antisemitischer Einstellungen ist sie seit 2001 leicht gesunken. Deutlich gesunken ist die Zustimmung zu der sozialdarwinistischen Aussage, dass sich in der Gesellschaft wie in der Natur das Recht des Stärkeren durchsetzen müsse. Diese fand 2005 die bisher geringste Zustimmung. Hohe Zustimmungswerte fanden 2005 wie in den Jahren seit 2003 die nationalistischen Aussagen, insbesondere die Forderung nach einem energischen Durchsetzen deutscher Interessen gegenüber dem Ausland. Eine Veränderung wird in erster Linie bei den ausländerfeindlichen Einstellungen deutlich. Zwar ist der Anteil der ausländerfeindlich Eingestellten in Thüringen seit 2003 konstant geblieben; nach den Bewertungen der Forscher ergibt sich ein Anteil ausländerfeindlich eingestellter

Thüringer von gleich bleibend nahezu 44 Prozent der Bevölkerung. Innerhalb der Aussagen zur Ausländerfeindlichkeit haben sich jedoch Veränderungen ergeben. 2005 ist nämlich erneut eine Zunahme der zustimmenden Äußerungen zu der Aussage festzustellen, Ausländer kämen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen. Mittlerweile stimmen 58 Prozent der Thüringer dieser Aussage eher oder vollkommen zu. Zwar besteht die Veränderung zum Vorjahr nur in einem Prozentpunkt, seit 2001 ist die Zustimmung jedoch kontinuierlich angestiegen. Sie liegt mittlerweile um 10 Prozentpunkte höher als im Jahre 2001. Auch wenn der Thüringen-Monitor in diesem Jahr keine explizite Begründung für diesen Anstieg formuliert, dürfte sich an der Begründung der Autoren vom vergangenen Jahr auch in diesem Jahr nichts geändert haben. Diese so genannte sozioökonomisch motivierte Ausländerfeindlichkeit lässt sich darauf zurückführen, dass gerade in Zeiten des Um- und teilweisen Abbaus sozialstaatlicher Systeme Ausländer verstärkt als Konkurrenten um die knappe Ressource Sozialleistungen wahrgenommen werden. Es wäre demnach überzogen, jeden, der dieser Aussage zustimmt, schon generell als Rechtsextremisten zu bezeichnen. Vielmehr verursacht die Unsicherheit über die eigene soziale Lage eine ausländerfeindliche Einstellung, die allerdings im Kontext mit weiteren Elementen der Befragung zu einer rechtsextremistischen Einstellung werden kann. Auch die von Herrn Ministerpräsidenten Althaus angesprochenen großen Überfremdungsängste trotz eines äußerst geringen Ausländeranteils von 2 Prozent dürften darauf zurückzuführen sein. Auch diese Angst sehe ich weniger in einem von ihr eigentlich implizierten rassistischen Ursachenzusammenhang, sondern vielmehr ebenso sozioökonomisch motiviert. Dafür spricht auch, dass die Zustimmung zu beiden Statements in der Befragung seit 2001 nahezu analog gestiegen ist.

Die Bedeutung der eigenen sozialen Situation für das Auftreten von rechtsextremistischen Einstellungen zeigt sich auch an einem anderen Zusammenhang. Herr Ministerpräsident Althaus hat ihn ebenfalls bereits angesprochen - den Einfluss von Arbeitslosigkeit auf die Herausbildung rechtsextremistischer Einstellungen. Auch in den diesjährigen Befragungen waren rechtsextremistische Orientierungen unter den Erwerbslosen weit stärker verbreitet als unter den Befragten, die einer Beschäftigung nachgehen. 2005 haben sich diese Unterschiede sogar nochmals verstärkt, so dass nunmehr 42 Prozent der Arbeitslosen nach der Befragung des Thüringen-Monitors als Rechtsextreme gelten im Vergleich zu 16 Prozent von den Thüringern, die ganztätig eine Erwerbstätigkeit ausüben. Dabei begünstigt nicht nur Arbeitslosigkeit die Herausbildung von rechtsextremistischen Standpunkten. Auch die Arbeitsplatzsicherheit spielt eine Rolle, wie ein

Vergleich zwischen Befragten mit sicherem und mit unsicherem Arbeitsplatz zeigt. Hingegen hat eine frühere Arbeitslosigkeit kaum Einfluss auf die Entstehung von rechtsextremistischen Ansichten. Eine unsichere eigene soziale Situation ist also offenbar als wesentlicher Hintergrund für rechtsextremistische Einstellungen erkennbar.

Ein Blick auf weitere Faktoren verdeutlicht als weiteren wesentlichen Zusammenhang mit einer rechtsextremistischen Einstellung den Bildungsgrad der Befragten. Hier finden sich nicht nur sehr große Unterschiede im Ausmaß rechtsextremer Denkmuster entsprechend dem Bildungsgrad. Diese Unterschiede sind im Zeitverlauf zugleich bemerkenswert stabil. Der bisher größte Abstand zwischen den höher Gebildeten und der Gruppe mit formal niedrigerem Bildungsstand ist nun im Jahr 2005 mit einer Differenz von 30 Prozentpunkten erreicht worden. Als besonders bedenklich kommt noch hinzu, dass bei mangelnder Bildung gleichzeitig eine höhere Gefahr besteht, keinen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz zu finden und somit die wesentlichen Faktoren für eine rechtsextremistische Einstellung zusammentreffen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, was sich dieser Tage in den Städten Frankreichs abspielt, zeigt in dramatischer Deutlichkeit, welche Folgen die jahre- oder gar jahrzehntelang aufgestaute Kombination mangelnde Bildung, Arbeitslosigkeit und Perspektivlosigkeit haben kann, und dies in einem fest gefügten demokratischen Staat mitten in Europa. Keineswegs rechtfertigt irgendeine Ursache die Begehung derartiger Straftaten, wie es gerade in Frankreich geschieht. Jedoch zeigen die Vorgänge in unserem Nachbarland, wie gefährlich es für die Stabilität einer Gesellschaft ist, die Bildung von gesellschaftlichen Randgruppen oder Parallelgesellschaften außerhalb des Grundkonsenses der politischen Kultur zuzulassen und die Ursachen hierfür nicht frühzeitig zu erkennen und auf sie zu reagieren.

Lassen Sie mich aber auch mit aller Deutlichkeit darauf hinweisen, dass die jüngsten Ereignisse in Thüringen, ich meine damit den Brandanschlag von Schülern auf ihre Schule in Altenburg wegen einer Verärgerung durch den Schulleiter, der ihnen nämlich verboten hatte, Alkohol, Zigaretten auf dem Schulgelände zu rauchen, und die Autoaufbrüche in Bad Liebenstein, es nicht rechtfertigen, wenn ein blitzschneller Analyst aus diesem Hause hier ein Ursachenszenarium aufstellt und dies mit Frankreich vergleicht. Dies sind eben keine französischen Verhältnisse in Thüringen; darauf ist es nicht zurückzuführen. Es handelt sich hier vielmehr um ganz normale Straftaten. Im Übrigen, bei aller Bedeutung des gesellschaftlichen Umfelds, jeder, der Kriminalität nur auf soziale Problemlagen zurückführen will, verharmlost die Tatsache, dass Straftaten immer in der in-

dividuellen Verantwortlichkeit des Täters liegen. Das wollen wir nun nicht noch vergesellschaften.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die genannten Faktoren für Verbreitung von rechtsextremistischen Einstellungen unter den Thüringern sind also durchaus generell vorzufindende Ursachen für extremistische Einstellungen. Sie werden in Thüringen allerdings noch durch ein besonderes Phänomen ergänzt. Bemerkenswert ist nämlich der Zusammenhang, den der Thüringen-Monitor seinem diesjährigen Schwerpunktthema gemäß zwischen rechtsextremistischen Einstellungen und der Sicht auf die DDR und die Deutsche Einheit aufzeigt. Eine positive DDR-Bewertung und der Wunsch nach einer Rückkehr zur sozialistischen Ordnung hängen laut der Studie signifikant mit rechtsextremistischen Einstellungen zusammen. Während sich unter den Befragten mit großer Distanz zur DDR nur 15 Prozent mit rechtsextremistischen Einstellungen befinden, ist es in der Gruppe mit hoher DDR-Affinität ungefähr die Hälfte der Befragten. Ähnliches gilt für die Bewertung der deutschen Einheit. Befragte, die mehr Vor- als Nachteile in der Deutschen Einheit sehen, neigen ausländerfeindlichen, rassistischen oder nationalsozialistischen Positionen sehr viel weniger zu, als Befragte, bei denen das Urteil umgekehrt ausfällt. Die Studie führt dies dabei weniger auf die aktuellen Belastungen durch die Folgen der deutschen Einheit als vielmehr auf die prägenden Sozialisationserfahrungen in der DDR zurück.

Diese Schlussfolgerung der Forscher wird noch dadurch gestützt, dass ebenso ein sehr starker Zusammenhang zwischen Rechtsextremismus und autoritären Einstellungen festgestellt wurde. Solche autoritären Einstellungen werden in frühen Sozialisationsphasen ausgebildet. So finden sich unter den autoritär Eingestellten auch 36 Prozent mit rechtsextremistischen Einstellungen und in der kleinen Gruppe der nicht Autoritären besteht ausnahmslos Distanz zum Rechtsextremismus. In der Mittelgruppe liegt der Anteil bei nur 8 Prozent. Unterdurchschnittliche Anteile Rechtsextremer finden sich zudem bei den Befragten, für die die Entfaltung eigener Fähigkeiten und die Kritikfähigkeit einen hohen Wert darstellen. Stärkere Verbreitung finden rechtsextremistische Ansichten demgegenüber, je mehr die Werte Gleichheit und Sicherheit der Freiheit vorgezogen werden. Und noch einen weiteren Hintergrund konnten die Forscher ausmachen: die Anomie - das Gefühl der Desorientierung angesichts rascher Veränderungen im gesellschaftlichen Umfeld. Unter den Befragten, die die Aussage „Heute ändert sich alles so schnell, dass man nicht weiß, woran man sich halten soll“ ablehnen, finden sich nur 6 Prozent mit rechtsextremistischen Einstellungen. Unter denjenigen, die ihr zustimmen, das ist sehr interessant, ist dieser Anteil sechsmal so hoch.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Freiheit, Kritikfähigkeit, Eigenverantwortung - diese Elemente unserer freiheitlichen Ordnung werden offenbar von einem Teil der Thüringer nicht bewusst als Errungenschaften der deutschen Einheit wahrgenommen, nicht als die tragenden Kräfte einer Gesellschaft, die in der DDR unterdrückt wurden und die letztlich zum Fall der Mauer geführt haben.

Meine Damen und Herren, der Thüringen-Monitor gibt keine pauschale Antwort - und das bitte ich zu beachten - auf die Frage nach der einen Ursache oder dem typischen Hintergrund einer rechtsextremistischen Einstellung. Erkennbar ist allenfalls ein Zusammenspiel vielschichtiger Faktoren. Verunsicherung und Arbeitslosigkeit - aus der das Bedürfnis nach Gleichheit und Sicherheit erwächst - erscheinen als die wesentlichen Faktoren, deren Produkt die unverändert hohe Verbreitung rechtsextremistischer Einstellungen ist. Gerade die Ursachenforschung sollte deshalb weiter ausgebaut werden.

Meine Damen und Herren, inwieweit sich rechtsextremistische Einstellungen tatsächlich in rechtsextremistischen Aktivitäten niederschlagen, ist eine ganz andere Frage. Mit den Befunden des Thüringen-Monitors über das Einstellungspotenzial der Thüringer ist noch keine Aussage darüber getroffen, wie sich der Rechtsextremismus in äußerlich erkennbarer Weise entwickelt hat. Denn erst, wo die Einstellungen offen zu Tage treten, die gedankliche Ebene verlassen und in rechtsextremistische Äußerungen, Aktivitäten oder Straftaten umschlagen, ist das Feld für die hoheitliche staatliche Tätigkeit durch Polizei, Verfassungsschutz und Strafverfolgungsbehörden eröffnet. In dieser tatsächlichen Entwicklung des Rechtsextremismus spiegelt sich das nach dem Thüringen-Monitor vorhandene Einstellungspotenzial nicht unbedingt und nicht deckungsgleich wider. Zwischen den gedachten Ansichten und der offenen Äußerung rechtsextremistischer Gedanken oder gar der aktiven Betätigung im rechtsextremistischen Spektrum bestehen erhebliche Differenzen. Lassen Sie mich dies verdeutlichen. Laut Thüringen-Monitor ist der Anteil rechtsextrem Eingestellter in der Gruppe der Menschen im Alter über 60 Jahren am größten. Bis auf 2004 war dies seit 2001 immer der Fall. Hinsichtlich einer Verteilung solcher Ansichten innerhalb der Geschlechter sind es in Thüringen 27 Prozent Frauen, hingegen nur 16 Prozent Männer, die nach der Befragung als Rechtsextremisten gelten. Beide Befunde lassen sich weder anhand der Straftaten aus dem Bereich der politisch motivierten Kriminalität noch anhand sonstiger Aktivitäten, wie Demonstrationen oder Konzerte, im tatsächlichen Bereich nachvollziehen. Sowohl ältere Menschen als auch Frauen spielen im Bereich dieses äußerlich wahrnehmbaren Rechtsextremismus eine deutlich untergeordnete Rolle. Mit anderen Worten, nicht jeder, der nach den

Ergebnissen der Befragung solchen Einstellungen zuneigt, betätigt diese Einstellung auch praktisch oder ist bereit, seine Einstellung zum Beispiel auch durch die Wahl einer rechtsextremen Partei zu äußern. Die NPD hat glücklicherweise kein Wahlergebnis von 22 Prozent, die extremistischen Einstellungen schlagen sich offenbar anderweitig nieder. Daher möchte ich das Augenmerk nun auf die aus Sicht von Polizei, Verfassungsschutz und Strafverfolgungsbehörden tatsächlich feststellbaren aktuellen Erscheinungen und Entwicklungen des Rechtsextremismus in Thüringen lenken.

Diese Organisationen hatten in den vorvergangenen Jahren einen großen Teil ihrer Mitglieder verloren. Dieser Trend kam im zweiten Halbjahr 2004 zum Stillstand, in einigen Bereichen kehrte er sich sogar um. Insbesondere die NPD konnte in Thüringen einen Aufwärtstrend einleiten, sie konnte sowohl die Zahl ihrer Mitglieder von 150 auf 180 Personen steigern als auch ihre Strukturen ausbauen und die Anzahl ihrer Aktivitäten erhöhen. Der Partei gelang auch, sowohl bei der Landtagswahl 2004 als auch bei der Bundestagswahl 2005, ihren Anteil an den Wählerstimmen zu steigern. In der zweiten Hälfte des Jahres 2004 leitete die NPD auch die Wiederbelebung ihrer Jugendorganisation „Junge Nationaldemokraten“ ein, indem sie Stützpunkte Saale-Orla und Jena gründeten.

Eine neue Entwicklung wurde im Jahr 2004 auf Bundesebene mit dem Konzept eingeleitet, die extreme Rechte in einer Volksfront von rechts zusammenzuschließen. Die NPD rief auf, Abgrenzungen zu überwinden und appellierte an alle volkstreuen Deutschen, an einer wahren Volksbewegung für Deutschland zu arbeiten. Die DVU schloss sich dem Konzept einer Volksfront von rechts an und traf mit der NPD erfolgreiche Wahlabsprachen, infolge derer die NPD zur Bundestagswahl gemeinsam mit Vertretern der DVU antrat. Der Landesverband Thüringen der NPD verstärkte das traditionell gute Verhältnis zu den Neonazis durch Integration und Kooperation, insbesondere durch die Gewinnung von neuen Mitgliedern aus diesem Spektrum sowie die Übertragung von Parteiämtern und die Teilnahme an Veranstaltungen der jeweils anderen Seite.

Auch der Aktionismus der Neonazis hat im ersten Halbjahr 2005 nicht nachgelassen. Zunehmend treten sie in die NPD ein. Sie beteiligten sich in einem großen Umfang an Demonstrationen oder Kundgebungen der NPD, die die meisten größeren rechtsextremistischen Veranstaltungen in Thüringen auch angemeldet und durchgeführt hat. Wie im Vorjahr thematisierte das neonazistische Spektrum auch 2005 vor allem die Sozial- und Arbeitsmarktreform der Bundesregierung. Im Jahr 2005 wurden zahlreiche Montagsdemonstrationen veranstaltet und Flug-

blätter verteilt, in denen gegen Ausländer agitiert wurde. Die genannten Motive für Ausländerfeindlichkeit und Rechtsextremismus, nämlich die unsichere soziale Situation und die vermeintliche Konkurrenzsituation mit Ausländern um die Leistungen des Sozialstaats, werden hier von den Extremisten also ganz gezielt aufgegriffen und instrumentalisiert.

Die Skinhead-Szene weitete ihr Personenpotenzial 2004 von 380 auf etwa 410 Personen aus und entfaltete wesentlich mehr Aktivitäten. Das Personenpotenzial der rechtsextremistischen Skinhead-Szene ist in Ostdeutschland, wo nur rund ein Fünftel der Bevölkerung, aber fast die Hälfte der gewaltbereiten Rechtsextremisten der Bundesrepublik lebt, überproportional hoch. Von diesen subkulturell geprägten Rechtsextremisten gehen auch die meisten der rechtsextremistisch motivierten Gewalttaten aus. Für das Lebensgefühl der Skinheads sind insbesondere Skinhead-Musik und -Konzerte von herausragender Bedeutung. Sie vermitteln der Szene ein starkes Gemeinschaftsgefühl und tragen durch die oftmals Gewalt verherrlichenden Texte der Musik zum Einstieg in das rechtsextremistische Spektrum bei. Im Jahr 2003 waren vier Skinhead-Konzerte veranstaltet worden. Ein weiteres Konzert hatte die Polizei aufgelöst. Im Jahr 2004 wurden 12 Skinhead-Konzerte bekannt. Ein weiteres Konzert wurde von der Polizei im Vorfeld verhindert. Die Szene versucht weiter, die Anzahl der Skinhead-Konzerte zu steigern. In diesem Jahr hat sie bereits 17-mal den Versuch unternommen, solche Konzerte durchzuführen. Bislang - Stand 30.09.2005 - fanden sechs Skinhead-Konzerte statt, sieben wurden von der Polizei aufgelöst, vier weitere Konzerte von der Polizei im Vorfeld verhindert. Das größte Skinhead-Konzert der letzten Jahre fand in Thüringen am 2. April 2005 in Pößneck statt. Es schloss sich an den Landesparteitag der NPD an, der in demselben Gebäude stattfand. An dem Konzert nahmen weit mehr als 1.000 Personen aus dem gesamten Bundesgebiet und dem Ausland teil. Als Veranstaltungsleiter trat der Vorsitzende des Thüringer Landesverbandes der NPD auf. In der Folge dieses Konzerts wurden die polizeilichen Maßnahmen zur Bekämpfung rechtsextremistischer Straftaten in hohem Maße effektiviert durch die wöchentlich stattfindende Sicherheitslage, die Erhöhung der Einsatzstärke der Polizei zu den Schwerpunktzeiten am Wochenende, die Einrichtung einer ständigen Rufbereitschaft für Beamte im Innenministerium, die bei besonderen Einsatzlagen die Führungsverantwortung übernehmen. Eine Übersicht des Landeskriminalamts über alle Örtlichkeiten, an denen bereits Veranstaltungen des rechten Spektrums stattgefunden haben, steht allen Behörden der Thüringer Polizei seit Anfang 2005 zur Verfügung. Das Polizeiverwaltungsamt stellt bei besonderen Einsatzlagen einen kompetenten Ansprechpartner, insbesondere im Hinblick auf die juristische Beratung, zur Verfügung. Diese

Maßnahmen haben sich bislang als erfolgreich erwiesen. Von den von April bis Oktober bekannt gewordenen acht Skinhead-Konzerten konnten sechs aufgelöst und zwei verhindert werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, besonders im Bereich der rechtsextremistischen Musik besteht eine intensive überregionale, teilweise auch internationale Zusammenarbeit. Dies gilt sowohl für die Auftritte von Skinhead-Bands als auch für die Produktion von Musik. Ein aktuelles Beispiel für die zunehmende Professionalisierung des rechtsextremistischen Vertriebswesens stellt das so genannte Projekt "Schulhof" dar. Mit diesem Projekt beschritt diese Szene einen neuen Weg. Es sieht eine offensive, flächendeckende Verteilung rechtsextremistischer Musik an Jugendliche vor, die der Szene bislang nicht angehören. Dabei sollen CDs vor Schulen und an öffentlichen Orten - wie Jugendtreffs und Bushaltestellen - kostenlos an Jugendliche verteilt werden. Etwa 50.000 CDs wurden für dieses Projekt produziert. Einer erneuten Bewertung der Strafverfolgungsbehörden vom Oktober 2005 zufolge ist der Inhalt der CD strafbar. In der ersten Augustwoche dieses Jahres wurden in Thüringen in mehreren Orten erstmals CDs verteilt, die möglicherweise aus diesem Projekt stammen. Das Landeskriminalamt leitete Ermittlungsverfahren wegen Verunglimpfung des Staates und seiner Symbole und Verbreitung von schwer jugendgefährdenden Medien ein. Auch seitens der NPD wird besonders das Medium Musik als Mobilisierungspotenzial und zur Mitgliedergewinnung genutzt. Bei Veranstaltungen können wesentlich mehr Teilnehmer - gerade auch Neonazis und Skinheads - mobilisiert werden, wenn rechtsextremistische Musik zum Einsatz kommt. Beispiele für NPD-Veranstaltungen mit erheblichen Musikanteilen stellen in diesem Jahr das Fest der Völker am 11. Juni in Jena und das Friedensfest am 9. Juli in Gera dar. Gerade das Fest der Völker nahm aufgrund der Vielzahl von Bands und von Rednern sowie deren Internationalität einen neuen Stellenwert unter den rechtsextremistischen Veranstaltungen in Thüringen ein. Die Zielgruppe der Jugendlichen wurde außerdem mit einer kostenlosen Schulhof-CD angesprochen, welche am Vortag im Vorfeld der Bundestagswahl auch an Thüringer Schulen verteilt worden ist, jedoch nicht mit der CD aus dem Projekt Schulhof identisch ist.

Insgesamt lässt sich also ein Nachlassen der Aktivitäten der NPD, der Neonazi- und der Skinhead-Szene nicht feststellen. Besonders ist das Ziel erkennbar, verstärkt Jugendliche besonders über Musik anzusprechen und einzunehmen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, hinsichtlich der politisch motivierten Kriminalität ist festzustellen, dass die Straftaten aus dem Bereich der politisch

motivierten Kriminalität rechts seit dem Jahr 2000 kontinuierlich gesunken sind von damals 1.846 auf 591 im Jahr 2004. 36 Taten davon waren Gewaltstraftaten. Im 1. Halbjahr 2005 konnten bisher bereits 330 Straftaten, davon 81 Straftaten aus dem rechten Spektrum, registriert werden. Dies entspricht einer Steigerung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum von 17 Prozent. Anzumerken ist hier allerdings folgender Zusammenhang. Da im Rahmen der politisch motivierten Kriminalität rechts die Propagandadelikte einen sehr hohen Anteil darstellen, sind durch das beharrliche Tragen von Zeichen und Symbolen verfassungswidriger Organisationen, insbesondere bei Veranstaltungen und Versammlungen, sowie durch die konsequente polizeiliche Verfolgung entsprechend hohe Fallzahlen zu verzeichnen. Hinzu kommt, dass für das unter Rechtsextremisten weit verbreitete Label „Thor Steinar“ seit Mitte 2004 ein durch die Thüringer Generalstaatsanwaltschaft begründeter Anfangsverdacht für das Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen bestand. Dies allein führte im 1. Halbjahr 2005 zu 129 Fällen. Größere Bedeutung muss allerdings der deutlichen Zunahme der Gewaltstraftaten zukommen, auch wenn die absoluten Zahlen verhältnismäßig gering ausfallen. Dazu muss man wissen, in der Bundesrepublik gibt es im Jahr insgesamt etwa 6.300.000 Straftaten, 21.000 Straftaten entfallen auf den Bereich der politisch motivierten Kriminalität. Insofern sind die Zahlen in Thüringen relativ gering.

Angebracht ist es aber auch an dieser Stelle, einen Blick auf die politische Kriminalität links zu werfen. Diese ist -

(Zwischenruf Abg. Buse, Die Linkspartei.PDS: Aha.)

ja, Objektivität gehört dazu - in den vergangenen Jahren kontinuierlich angestiegen und mit 79 Delikten im 1. Halbjahr 2005 bereits um 230 Prozent höher als im Vorjahreszeitraum. Auch hier ist ein Anstieg der Zahl der Gewaltdelikte zu verzeichnen, die in diesem Bereich der politisch motivierten Kriminalität prozentual einen höheren Anteil einnehmen. Im 1. Halbjahr 2005 waren es bereits 12, im gesamten vergangenen Jahr 16 Delikte.

Sehr erfreulich ist die Aufklärungsquote im Bereich der gesamten politisch motivierten Kriminalität. Diese konnte erneut erheblich durch die Polizei gesteigert werden, von 53 Prozent im Jahre 2004 auf gegenwärtig 68 Prozent. Abgesehen von der zunehmenden politisch motivierten Gewaltkriminalität ist die Entwicklung von der Anzahl der Straftaten her gesehen insgesamt aber keineswegs beunruhigend. Ein Großteil der erhöhten Fallzahl lässt sich darauf zurückführen, dass wegen des Veranstaltungs- und Versammlungsgeschehens Brennpunkte entstehen, an

denen durch die Präsenz und das konsequente Einschreiten der Polizei besonders viele Straftaten des Propaganda- und Versammlungsstrafrechts erfasst werden. Denn die konsequenten Maßnahmen der Thüringer Polizei zur Bekämpfung rechtsextremistischer Kriminalität bedingen in der Folge natürlich auch höhere Fallzahlen.

Einige dieser Maßnahmen der Verhinderung habe ich bereits genannt. Da die Verhütung und Verfolgung rechtsextremistischer Straftaten einen Schwerpunkt der Tätigkeit der Thüringer Polizei darstellt, sind die verschiedenen Konzepte und Maßnahmen der Polizei äußerst vielseitig. Beispielsweise wurde die Zusammenarbeit mit den Ordnungsbehörden bei Versammlungen und Veranstaltungen erheblich intensiviert. Der Informationsaustausch und das Lage-Management zwischen Landesamt für Verfassungsschutz, Landeskriminalamt und den Polizeidienststellen wurde verbessert. Unvermindert nimmt die politisch motivierte Kriminalität in der Aus- und Fortbildung der Polizeibeamten einen sehr hohen Stellenwert ein. Die Thüringer Polizei ist sich der anhaltenden Herausforderung deshalb sehr bewusst und geht mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln gegen rechtsextremistische Aktivitäten im Freistaat vor.

Meine Damen und Herren, die verhältnismäßig geringe strafrechtliche Relevanz dieser Art der Kriminalität ist einerseits erfreulich, nichtsdestotrotz haben wir gesehen, dass rechtsextremistische Einstellungen in weitaus größerem Maße vorhanden sind, als sie in der erfassbaren Kriminalität zum Ausdruck kommen. Ein Umschlagen in offenen Rechtsextremismus ist also potenziell jederzeit möglich. Gegen den Rechtsextremismus als Einstellungssyndrom kann der Rechtsstaat nun aber nicht mit seinen hoheitlichen Mitteln vorgehen, solange diese Einstellungen zwar latent vorhanden sind, sich aber nicht in politisch motivierter Kriminalität und verfassungsfeindlicher Aktivität äußern. Weder Polizei noch Verfassungsschutz sind in der Lage, die Ansichten und Einstellungen der Thüringer zu kontrollieren. Dies ist nicht ihre Aufgabe und glücklicherweise entspricht es auch nicht unserer Verfassungsordnung und nicht unserer politischen Kultur. Der Herausbildung extremistischer Einstellungen kann, was wohl klar ist, nicht nur mit hoheitlichen Mitteln begegnet werden, hier ist Präventionsarbeit erforderlich, die nicht nur die Polizei in Thüringen in großem Umfang leistet. So wird beispielsweise an bekannten Treffpunkten der rechtsextremistischen Szene verstärkt Aufklärung betrieben. Die Polizei arbeitet intensiv in den kommunalen Präventionsräten und in sonstigen kommunalen Gremien, wie beispielsweise am runden Tisch für Demokratie der Stadt Jena mit. Weiterhin beteiligt sich die Polizei an Präventionsveranstaltungen in Schulen und Jugendeinrichtungen. Ich möchte hier

nur beispielhaft das landesweite Juregio-Projekt nennen, dessen Ziel die Vermittlung von Handlungssicherheit im Umgang mit Extremismus an Schulen ist. Im Zusammenhang mit dem Projekt Schulhof und den Verteilaktionen der Schulhof-CD erfolgte eine enge Zusammenarbeit zwischen den Präventionsbeamtinnen und den Schulen vor Ort. Ein weiteres Präventionsprojekt ist Polipap. In Kooperation mit dem Kultusministerium sollen Kinder bereits ab der 3. Klassenstufe durch die polizeiliche Arbeit an Grund- und Förderschulen vor Kriminalisierung und Übergriffen bewahrt werden. Auch das Landesamt für Verfassungsschutz leistet durch seine intensive Öffentlichkeits- und Aufklärungsarbeit einen großen Beitrag zur Extremismusprävention. Ende November wird sich die jährliche Tagung des Landesamtes mit dem aktuellen Thema rechtsextremistische Musik befassen und Sie sind hierzu alle herzlich eingeladen.

Besonders die Jugendlichen stehen im Fokus der Präventionsarbeit der Landesregierung, gerade im Schulalltag spiegelt sich in aggressivem Verhalten und in der Erscheinung von rechtsextremistischen Symbolen und Parolen das gesellschaftliche Klima wider. Deshalb entstand auf Initiative des Kultusministeriums, des Justizministeriums und des Thüringer Instituts für Lehrerfortbildung, Lehrplanentwicklung und Medien im Rahmen des Gemeinschaftsprojekts Juregio eine Materialsammlung zur Handlungssicherheit im Schulalltag. Sie bietet umfassende Informationen über Ausdrucks- und Erscheinungsformen von Rechtsextremismus. Darüber hinaus erstellt das Institut zahlreiche Broschüren zum Umgang mit Rechtsextremismus, Gewalt und Drogen, um den Lehrern Empfehlungen geben zu können. Schon seit 1995 fördert das Kultusministerium Projekte zur Aufklärung über Ursachen von Gewaltverhalten, Fremdenfeindlichkeit und Extremismus und zur Herausbildung toleranter Denk- und Verhaltensweisen, zur Stärkung des demokratischen Bewusstseins und der Befähigung zur Konfliktlösung. Jährlich werden hierdurch etwa 150 bis 200 Einzelprojekte von Schulen, Schulfördervereinen oder freien Trägern gefördert. Im Rahmen dieser Zielsetzung gibt es seit 1999 auch das Thüringer Streitschlichterprogramm, in dem an über 80 Thüringer Schulen Schülerinnen und Schüler zu Streitschlichtern ausgebildet wurden, um zu lernen, Konflikte gewaltlos zu lösen. Parallel dazu werden Kurse zur Schulmediation für Lehrerinnen und Lehrer angeboten. Gerade durch die Arbeit der Schüler in Streitschlichterarbeitsgemeinschaften ebenso wie in Sport-, Theater- und Geschichtsarbeitsgemeinschaften lassen sich bei diesen ein positiver Einfluss auf die Persönlichkeitsentwicklung und eine aggressionsmindernde Wirkung beobachten.

Im Bereich des Justizministeriums, und zwar bei der Generalstaatsanwaltschaft, gibt es das Internetprojekt „Global Patchwork“, das Jugendlichen ein Forum

bietet, sich mit Ausländerfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus auseinander zu setzen. Neben der Mitarbeit am „New Regio“-Projekt gibt es an allen Thüringer Gerichten und Staatsanwaltschaften einen Beauftragten, der als Ansprechpartner für Schulen und Bildungseinrichtungen zur Verfügung steht und rechtskundlichen Unterricht erteilt. Insbesondere die Landesstelle Gewaltprävention als Leitstelle betreut ressortübergreifend landesweite Präventionsprojekte. So ist sie Mitinitiator des Bildungs- und Trainingsprogramms für rechtsextreme jugendliche Straftäter des Justizministeriums und des Vereins „Trudel 11“. Das Projekt „Faustlos“ ist ein Angebot für Grundschulen, aggressives Verhalten bereits bei den Jüngsten zu vermindern. Im Body-Projekt werden Schüler trainiert, Konflikte selbständig und in gegenseitiger Unterstützung zu lösen. Auch das Streitschlichterprogramm soll verbreitert werden. Den Schulen werden so genannte pädagogische Tage für das gesamte Lehrerkollegium angeboten. Weiterhin wurde das Pilotprojekt „Von Aggression bis Delinquenz - in der Schule abgestimmt handeln beim Grenzsetzen und Chancengeben“ gestartet, in das Schule, Polizei, Jugendhilfe und Justiz eingebunden sind. Darüber hinaus unterstützt auch die Landesstelle Gewaltprävention die Arbeit und Gründung kommunaler Präventionsräte sowie sämtliche Ressorts der Landesregierung. Noch zahlreiche andere Präventionsprojekte könnten aufgezählt werden, die Genannten zeigen nur einen Ausschnitt der sehr umfassenden Präventionsarbeit der Landesregierung. Anhand dessen sehen Sie aber, meine Damen und Herren, die Landesregierung misst der Prävention gegen Extremismus und Gewalt gerade bei Jugendlichen höchste Bedeutung zu und agiert auf allen Ebenen.

Aber, meine Damen und Herren, auch hinsichtlich der Präventionsarbeit sind die staatlichen Mittel begrenzt. Einstellungen und Ansichten der Menschen können staatlicherseits nicht mehr verordnet werden. Unser Bewusstsein für das vorhandene Einstellungspotenzial, das uns der Thüringen-Monitor aufzeigt, muss aber geschärft bleiben. Man muss das Möglichste tun, Demokratiebewusstsein und Toleranz zu vermitteln. Nur eine gefestigte demokratische Gesellschaft ist eine wirkliche Waffe gegen extremistische Bestrebungen. Toleranz, Weltoffenheit, Bereitschaft zum aktiven Eintreten für die Werte unserer freiheitlichen Grundordnung müssen noch fester im Bewusstsein der Menschen, insbesondere der Jugendlichen, verankert sein. Die Präventionsarbeit der Landesregierung kann nur ein Teilstück auf dem Weg zum Erreichen dieses Zieles sein, denn nicht nur der Staat kann oder muss hier aktiv werden - hier ist die gesamte Gesellschaft gefordert, beginnend in der Familie, im Freundeskreis, in Schulen, Vereinen, am Arbeitsplatz. Die Auseinandersetzung mit Extremisten und Extremismus ist eine Herausforderung für alle politischen und gesellschaftlichen Kräfte, denn

Kultur, auch politische Kultur, entsteht in der Gesellschaft in den Köpfen der Menschen. Ich möchte an dieser Stelle unbedingt das immer vorhandene enorme bürgerschaftliche Engagement der Thüringerinnen und Thüringer gegen den Rechtsextremismus hervorheben. In jeder Stadt und zu jeder Zeit zeigten die Thüringer, dass Rechtsextremismus bei Politik und Bevölkerung gleichermaßen unerwünscht sind. Ich bin sehr froh über das unermüdliche Engagement unserer Bürger, denn es ist die wichtigste Säule im Kampf gegen politischen Extremismus, und ich möchte allen, die sich hier aktiv beteiligt haben, meinen Dank aussprechen.

(Beifall bei der CDU)

Deshalb habe ich auch Vertrauen in die demokratischen Kräfte in der Thüringer Bevölkerung, in die Menschen und in unsere Demokratie, die sich gegen Extremismus zu wehren weiß.

Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten, der von mir skizzierte Überblick über die soziologisch-empirischen Erhebungen bis hin zu den faktischen Gegebenheiten verdeutlicht, dass zwar kein Anlass zur Dramatisierung besteht, es verdeutlicht aber auch, dass die Landesregierung ebenso wie die bürgerlichen Kräfte in ihren Bemühungen nicht nachlassen dürfen, gegen jegliche Form von Extremismus entschlossen vorzugehen und immer wieder deutlich zu machen, Extremisten sind in Thüringen nicht willkommen. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die SPD-Fraktion hat der Abgeordnete Gentzel eine Redemeldung angezeigt.

Abgeordneter Gentzel, SPD:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, vorab zwei Bemerkungen, zwei Ankündigungen: Natürlich bin ich nicht in der Lage und ich bin auch nicht so vermessen, den Thüringen-Monitor jetzt hier in einer ausführlichen Rede auszuwerten. Zweieinhalb, drei Stunden liegt er mir jetzt vor. Wie bereits gesagt, ich empfinde das als vermessen und ich will, das kann ich mir jetzt allerdings nicht verkneifen, im Gegensatz zu dem einen oder anderen Vorredner, mir auch verkneifen, aus ihm vorzulesen. Ich traue hier jedem, absolut jedem hier im Haus diesen Intellekt zu, diesen Monitor selbst zu lesen. Über diese Vorlesestunden kann man geteilter Meinung sein.

Ich will mich mit der Problematik „Rechtsradikalismus“ beschäftigen und ich bin auch hier vorgegangen, weil ich ganz einfach nicht nachlassen werde mit meiner Fraktion in dem Bemühen, hier ein Bündnis der Demokraten hinzubekommen in einem einheitlichen, verständlichen und ergebnisorientierten Handeln, was das Vorgehen gegen rechts betrifft. Ich will auch ankündigen - ich hoffe, man kennt meine Einstellung und die Einstellung der SPD-Fraktion mittlerweile zu dem Thema -, ich werde nichts zu dem Thema „Linksextremismus“ sagen, ohne dass mir dann vorgeworfen wird im Nachhinein, ich wäre auf einem Auge blind. Ich will es einfach nur ankündigen, das sind halt so Erfahrungswerte.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Ich will auch nicht schlechtreden, insbesondere, Herr Gasser, was den Politikbereich betrifft, den Sie vertreten. Es hat bei dem Umgang mit rechts in diesem Teil, der Sie betrifft, schwere Pannen gegeben. Ich will da nur die Stichworte „Pößneck“ sagen und ich meine auch die erste Demonstration hier in Erfurt. Aber, auch das gehört dazu, ich bemerke Entwicklungen in Ihrem Haus, bei der Thüringer Polizei, zu denen ich ausdrücklich sage, sie gefallen uns. Da darf es kein Nachlassen geben. Ich wünsche mir da noch ein Stückchen ein härteres Vorgehen und ich will auch Beispiele nennen. Sie haben ausführlich dazu gesprochen, über - und ich behaupte schon - eine neue Umgehensart in Ihrem Haus, was Skinhead-Konzerte betrifft. Die Analyse ist nach meiner Meinung richtig; ich will es in einem Satz sagen: Es ist eine ganz wichtige, eine ganz wesentliche Rekrutierungsebene für die Neonazis hier in Thüringen. Und dass verstärkt und massiver als bisher gegen solche Skinhead-Konzerte vorgegangen wird - die Zahlen, die Sie genannt haben, sprechen auch einen Teil dafür -, das halten wir für einen richtigen Weg und der muss weitergegangen werden. Ich glaube, wir sind uns einig, Ziel muss immer sein: Die Zahl muss null sein als Zielstellung.

Wir haben uns im Innenausschuss mit der Skinhead-Richtlinie beschäftigt. Auch das halte ich für ein angemessenes Instrument, mit dieser Szene umzugehen. Ich habe mich erstmalig zum letzten Verfassungsschutzbericht ein Stückchen positiv geäußert, weil dort eben das erste Mal beim Lesen nicht der Zwang zu verspüren war, man muss jetzt gegen die Dinge, die von rechts außen passieren, unbedingt gleich viele Dinge von links außen setzen. Dieser Verfassungsschutzbericht hat eindeutig und klar beschrieben: Wenn der Demokratie hier in Thüringen Gefahr droht, dann von rechts außen. Ich bemerke, und ich bin ja bei der einen oder anderen selbst vor Ort gewesen, auch ein Umdenken, ein Weiterdenken, was die Polizeistrategien dann vor Ort betrifft. Ich bemerke, was die Rechtsextremen betrifft, dass die an-

gemessen härter angepackt werden, dass es Alkoholproben gibt, dass man keine selbst gemeldeten Ordnungskräfte bei denen zulässt, die vorbestraft sind und Ähnliches. Das hat es vor zwei Jahren alles noch nicht gegeben. Ich bemerke, dass Polizeipsychologen, wenn dann rechts und links aufeinander treffen, zunehmend eine wichtigere Rolle spielen, und das halte ich für gut so. Ich will dazu aber auch sagen, ich bemerke auch, dass unterschiedliche Führer, Leiter von solchen Lagen teilweise noch recht unterschiedlich handeln und recht unterschiedliche Ansichten haben. Da gibt es den einen, der legt großen Wert auf die Meinung des Polizeipsychologen in solchen Situationen und der legt auch großen Wert darauf, dass zum Beispiel keine schwere Technik der Polizei vorhanden ist, zumindest nicht sichtbar. Dann gibt es andere, deren Lieblingskind scheint eben noch der Wasserwerfer zu sein und da ist überhaupt noch nichts passiert auf dem Platz, aber zwei Stunden vorher steht der schon da. Also, ich erkenne positive Tendenzen an, aber wir brauchen auch, was die Führung in solchen Lagen betrifft, ein Stückchen einheitlicheres Vorgehen.

Neben dem, was ich hier positiv bemerkt habe, muss ich dann aber doch mal ein paar Zahlen nennen. Sie sind zwar noch genannt worden, aber, ich glaube, man kann sie nicht oft genug nennen und ich will sie detaillierter nennen. Ich komme aber, Herr Innenminister, an der Stelle zu einer anderen Wertung als Sie. Vergangene Bundestagswahl: Die NPD konnte ihre Zweitstimmenzahl in Thüringen im Vergleich zur Bundestagswahl 2002 nahezu vervierfachen. Sie stiegen von 0,9 Prozent auf 3,7 Prozent, bei der Landtagswahl hatten sie 1,6 Prozent. Auf der Ebene der Landkreise und der kreisfreien Städte lagen die Ergebnisse bei den Bundestagswahlen zwischen 2,3 Prozent in Erfurt und 5 Prozent im Kreis Saalfeld-Rudolstadt. Die NPD war dabei in den ländlichen Regionen stärker als in den Städten, nur in vier Städten mit mehr als 5.000 Einwohnern erreichten sie mindestens 5 Prozent. Außerhalb der kreisfreien Städte überholte die NPD landesweit die Grünen. In 34 Orten und Stadtteilen erzielte die NPD zweistellige Erst- oder Zweitstimmenergebnisse, Spitzenreiter hier an dieser Stelle ist mit 2,4 Prozent Lauscha im Kreis Sonneberg. Und weil Ihre Einschätzung nicht ganz richtig war, dass es hier ein Bündnis der Rechtsextremer gegeben hat, dieses Bündnis hat es eben so nicht gegeben. Die Republikaner sind zum Beispiel gegen die NPD oder neben der NPD dort angetreten. Ich bin kein Schwarzmalerei, wenn ich behaupte, wenn es dieses Bündnis auf der extrem rechten Seite in aller Konsequenz gegeben hätte und wir hätten Landtagswahlen, säßen sie heute unter uns. Das ist schlicht und einfach eine Tatsache, die sich nicht schönreden lässt.

Jetzt kann ja einer die berechnete Frage stellen: Herr Gentschel, wie passt denn das zusammen; auf der einen Seite durchaus positive Bemerkungen zur Thüringer Polizei und zum Verhalten und dann aber dieses Wahlergebnis? Und da - der Herr Ministerpräsident ist nicht mehr da - sind wir nach meiner Auffassung beim heutigen Dilemma. Herr Innenminister, wenn wir das mal ganz ehrlich und nicht so hochgestochen formulieren, Sie bekommen doch im Endeffekt den Bettel vor die Füße geknallt, wenn kaum noch was zu tun ist. Wenn diese Rechtsorientierung, wenn diese ideologische Einstellung so gefestigt ist, dass die Menschen dafür bereits auf die Straße gehen, dass sie Gewalttaten ausüben - da liegt unser großes Problem und da haben wir auch untereinander Riesensprobleme. Sie hätten heute hier nicht reden müssen. Hier hätte heute der Sozialminister und der Bildungsminister etwas zum Thüringen-Monitor sagen müssen.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS, SPD)

Und da bin ich bei meiner großen Kritik bei Ihrem Ansatz, Rechtsradikalismus zu bekämpfen. Wir müssen viel, viel stärker an die Ursachen herangehen, an die Prävention herangehen und uns nicht erst fragen, wenn die Leute auf der Straße sind, wenn sie Flaschen schmeißen, wenn sie Häuser anzünden, was ist denn da passiert? Denn dann ist es doch in den meisten Fällen viel zu spät. Deshalb, ich bin enttäuscht, dass weder Sozial- noch Bildungsminister sich heute zu dieser Thematik äußern, denn dort müssen wir ansetzen. Ich formuliere noch einmal meinen Wunsch: Wir müssen dort gemeinsam ansetzen. Herr Innenminister, Sie haben richtig von den Partnern gesprochen, die wir brauchen. Da bin ich wieder in dem Bereich Bildung und in dem Bereich Sozialministerium. Die Partner, seien es die Eltern, seien es die Lehrer, ich füge die Vereine, die Verbände, die Institutionen hinzu, die müssen wir für uns gewinnen. Die müssen wir für diese Sache gewinnen. Teilweise haben wir es ja schon. Aber dann müssen wir uns doch einmal ehrlich anschauen, wie gehen wir denn in diesem Zusammenhang mit unseren Partnern, die wir uns so wünschen, um. Ich will mir hier alles zur Familienoffensive, zum Thema, wie gehen wir mit unseren Eltern um, ersparen. Ich merke nur, nicht nur außerhalb des Hauses, auch in meinem Kommunalparlament haben die Abgeordneten von der CDU ein diametrales anderes Verständnis von dieser Familienoffensive als Sie hier in der Mitte. Ob das zu einer Sicherheit bei den Eltern beiträgt, darüber müssen wir nicht lange diskutieren.

Der nächste gewünschte Partner - die Lehrer. Meine Damen und Herren, da geht mir das Herz auf. Aber dann halte ich auch inne, weil ich in der Politik gelernt habe, dass man, wenn man dort all zu starke Kritik wagt, sehr schnell in die Ecke gestellt wird. Aber

da schaue ich hier einmal jeden im Raum an. Die persönlichen Erfahrungen, die jeder selbst schon gemacht hat, nicht nur die guten, ist das nicht auch ein Punkt, dass wir einmal anfangen, darüber zu reden. Ich will das einmal ganz einfach in einen Satz fassen: Ich wünsche mir einen Bildungsminister, der endlich einmal klar und deutlich ausspricht, dass wir Demokraten als Lehrer haben. Davon gehe ich in jedem Fall aus. Das ist in Ordnung. Aber unser Ziel ist es, bekennende Demokraten in Thüringen an den Schulen zu haben. Was sich da teilweise abspielt, wie mit dem Totschlagargument, keine Politik in meiner Schule, Dinge abgewehrt werden, die wirklich wichtig wären, auch bei der Bekämpfung von Rechtsradikalismus,

(Beifall bei der Linkspartei.PDS, SPD)

ist in diesem Hause ein Tabuthema und wird schön-geredet in einer Art und Weise, die vollkommen kontraproduktiv ist.

Frau Lieberknecht, wenn Sie Wünsche äußern, in welche Richtung der nächste Monitor geht, ich habe auch einen; sich einmal mit dem Thema Schule eindeutig zu beschäftigen. Ich habe mir aus dem Thüringen-Monitor nur eine Seite mitgenommen, und zwar die Einstellung der Thüringer ab dem Alter 34, die beide Systeme erlebt haben, sowohl die DDR als auch den Freistaat Thüringen, was sie über das Bildungssystem in der DDR sagen. Zu über 80 Prozent eine absolut positive Einstellung. Ist das nicht eigentlich eine Backpfeife für alle die, die uns in diesem Haus ständig das Gegenteil erzählen? Ist das nicht eigentlich eine Backpfeife, ist das nicht eigentlich ein Anzeichen von einem Realitätsverlust in diesem Bereich, der kaum noch zu beschreiben ist? Ich finde das nicht gut. Aber wenn wir uns hier wirklich darüber unterhalten müssen, ehrlich unterhalten wollen, wie geht es denn weiter in dem Bereich Rechtsextremismus, ist das für mich ein ganz wesentlicher Schlüssel, der endlich ehrlich, auch einmal mit ein bisschen Gegenwind hier in diesem Haus diskutiert werden muss und nicht immer schön-geredet werden muss.

In den Vereinen, Sport und Kultur - schauen Sie sich an, was Sie mit dem Haushalt machen! Schauen Sie sich das Verhältnis von Spitzen- und Breitenkultur in Thüringen an. Dazu brauche ich gar nichts mehr zu sagen. Letztendlich halte ich das schon für unverschämt, Herr Ministerpräsident, was Sie an dieser Stelle gemacht haben. Sie haben, und das kann ich nur unterstreichen, zum Beispiel die Landeszentrale für politische Bildung sehr gelobt. Für mich in Thüringen vom Fachlichen her, vom Engagement der Kolleginnen und Kollegen dort ein Grundpfeiler im Kampf gegen Rechtsextremismus, was da für Kompetenz sitzt, was da für Ideen sitzen. Und jetzt sehen Sie sich im Haushalt an, was Sie mit den Leuten machen. Die

verzweifeln langsam, die wollen nämlich und können nicht mehr. Die haben die Ideen für die Programme, die man vielleicht nicht immer so gut in der Politik verkaufen kann, aber die vor Ort funktionieren. Die haben die Ideen und denen schlagen Sie mit Ihrem Haushalt die Füße weg. Dann kommen wir zu Wahlergebnissen, wo Sie sich plötzlich hinstellen und sagen, wie kommen wir denn dazu. Aber wenn wir über die Bekämpfung von Rechtsradikalismus in Thüringen reden, und zwar mit der Zielstellung, auch einmal zu Ergebnissen zu kommen, auch einmal zu positiven Thüringen-Monitoren zu kommen, auch einmal zu Wahlergebnissen zu kommen, wo man sagen kann, sie haben abgenommen, dann müssen wir diese Dinge angehen.

Meine Damen und Herren, ich will Ihnen einen Vorschlag machen. Lassen Sie uns alles, was in der Diskussion in den letzten Wochen und Monaten zu diesem Thema gelaufen ist, abräumen. Lassen Sie uns jetzt einmal wirklich - und der Thüringen-Monitor muss der letzte Ansatz dazu gewesen sein, sonst sitzen 2009 hier die Neonazis im Landtag und auch in den Kommunalparlamenten - alles abräumen mit unseren gegenseitigen Vorurteilen, da meine ich ausdrücklich auch die SPD, die wir zu den einzelnen Projekten haben und lassen Sie uns doch die endlich einmal zusammen ansehen und schauen, was da wirklich passiert. Ich will Ihnen nur vier Beispiele nennen, wo wirklich unbedingt Diskussions- und Handlungsbedarf besteht. Die KostG - ich war nie ein Freund der KostG -, die da vernetzen soll, aber wenn es schon Ihre Idee war, wenn Sie so darauf setzen, warum behandeln Sie sie so mies, wie Sie das im Augenblick tun. Vom Innenministerium, wo uns immer klar erklärt worden ist, warum sie dort sitzt, rüber zum Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit. Wer sich mal die Personalpolitik dort an der Spitze ansieht, der muss doch zu dem Ergebnis kommen, wer in der Landesregierung auf irgendeiner Verwaltungsebene gerade übrig ist, der wird jetzt einmal Chef von der KostG.

(Beifall bei der SPD)

Aber es ist doch kein Ansatz. Selbst wenn ich ein Anhänger dieser KostG wäre, so geht es doch nicht. Da gehört kein im Augenblick verhinderter Jurist an die Spitze, da gehört kein verhinderter Sicherheitspolitiker hin, sondern jemand, der sich mit dieser Materie auskennt. Dort muss Kontinuität dort an der Spitze sitzen, wenn Sie diese KostG so wollen.

Zweites Beispiel, worüber wir unbedingt reden müssen: Ich will als Stichwort „MOBIT“ nennen. Ich kann ja teilweise noch nachvollziehen, als sich dieses gegründet hat, dass es an der einen oder anderen Stelle Vorbehalte gegeben hat, aber insbesondere bei MOBIT muss man doch mittlerweile erkennen,

wenn es irgendwo in Thüringen brennt, zuerst werden die Leute von MOBIT gerufen, weil die gut sind, weil die wissen, wovon sie reden, weil sie den Bürgermeistern, egal welcher Couleur, vernünftige Handlungshinweise geben können. Und wie behandeln Sie MOBIT? Da geht es nicht darum, dass Sie Gelder dort kürzen, Sie müssen denen erst einmal einen Euro in den Haushalt einstellen. Sie lassen die Leute, die vor Ort mit den Kommunalpolitikern hervorragend zusammenarbeiten, dermaßen im Regen stehen, nicht einen Pfennig Landesmittel für diese Truppe. Es gibt viele hier, aller Couleur, die in den letzten Wochen und Monaten nur gute Erfahrungen mit denen gemacht haben. Aber was ist denn jetzt das Ergebnis dieser guten Erfahrungen?

Ich will Ihnen als Drittes sagen, wo ich schlechte Erfahrungen mache. Herr Innenminister, Sie haben an der Stelle sicherlich stellvertretend für den Bildungsminister mal die Maßnahmen gegen Gewalt und Extremismus hier vorgelesen. Wissen Sie, ich habe hier ein Papier. Man hat die Unverschämtheit besessen, den Abgeordneten, die im Ausschuss für Soziales, Familie und Gesundheit sitzen, mal eine Auswertung dieser Projekte zu geben. Da sage ich Ihnen eins, das ist tiefste DDR. Da wird nur noch abgerechnet, wann man etwas gemacht hat, wer etwas gemacht hat und wie viel gemacht worden ist. Ob es unsere Lehrer befähigt, mit dieser schwierigen Klientel umzugehen - kein Wort. Ob wir ein bisschen Kontinuität in der einen oder anderen Veranstaltung bräuchten - kein Wort. Ein reiner Nachweis, dass ich was bei mir gemacht habe, ob das einen Sinn hat, ob da Dinge zu verstärken sind, ob wir uns Dinge, die übrigens auch Geld kosten, sparen können, weil sie im Endeffekt zu keinem Ergebnis führen - kein Ton. Und das ist die Arbeit, die hier abgeliefert wird. Ich sage, lassen Sie das weg. Ich lasse nicht nach in meiner Forderung nach einem Landesprogramm gegen rechts. Wenn es Scheuklappen gibt, lassen Sie es uns anders nennen, wenn das der große Durchbruch sein kann. Lassen Sie uns ernsthaft darüber reden - ohne Schuldzuweisungen -, was bisher in Thüringen funktioniert, das gibt es, wo wir zugelegt haben und wo wir das eine oder andere vor die Wand gefahren haben. Dann lassen Sie uns das, was wir vor die Wand gefahren haben, insbesondere in der Prävention, endlich ändern und hören Sie auf, darauf zu hoffen, dass irgendwann durch irgendeinen Grund, den keiner beeinflussen kann, die Anzahl der Rechtsradikalen und ihre Aktivitäten zurückgeht. Wir werden sonst ein ähnlich böses Erwachen erleben wie im Sächsischen Landtag und dann werden mit öffentlichen Mitteln die Strukturen der Neonazis in Thüringen gestärkt und dann liegt das Kind endgültig im Brunnen. Meine Damen und Herren, ich danke Ihnen.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS, SPD)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die Fraktion der Linkspartei.PDS hat sich Frau Abgeordnete Berninger zu Wort gemeldet.

Abgeordnete Berninger, Die Linkspartei.PDS:

Verehrte Frau Präsidentin, sehr verehrte Damen und Herren Kollegen und Kolleginnen Abgeordnete, werte Damen und Herren von der Landesregierung, ich will es ganz kurz machen und nur zwei Dinge sagen. Als Erstes möchte ich mich bedanken, und zwar bei Herrn Innenminister Dr. Gasser für seinen gerade gebrachten Beitrag. Meines Wissens ist es das erste Mal, dass sich so ausführlich mit einem so wichtigen Teil dieser Studie Thüringen-Monitor hier im Plenum befasst wurde.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS, SPD)

Natürlich ist es ganz normal, dass wir als Oppositionspartei nicht mit allen Interpretationen, mit allen Analysen und Schlussfolgerungen des Innenministers übereinstimmen, sondern andere Meinungen haben. Wir denken aber, für eine sachdienliche Debatte wäre es falsch, jetzt hier zu streiten, sondern wir, und das ist das Zweite, was ich sagen möchte und damit bin ich auch schon am Ende meiner Rede, werden die Debatte im Innenausschuss suchen und werden Herrn Dr. Gassers Schlussfolgerungen und Interpretationen im Innenausschuss mit Ihnen, verehrte Damen und Herren, diskutieren wollen. Vielen Dank.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Mir liegen jetzt keine weiteren Redeanmeldungen mehr vor. Ich schließe damit die Aussprache zur Regierungserklärung des Ministerpräsidenten. Ich habe es vorhin angedeutet oder angesagt, dass ein Entschließungsantrag in Drucksache 4/1345 vorliegt. Wird hier die Ausschussüberweisung beantragt? Das ist nicht der Fall. Dann stimmen wir direkt ab über diesen Entschließungsantrag. Wer diesem Entschließungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. Danke schön. Die Gegenstimmen bitte.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Zählen Sie mal bitte die Gegenstimmen.

(Zwischenruf Dr. Fuchs, Die Linkspartei.PDS: Nur nicht hinterfragen, wo die Ergebnisse herkommen.)

Ja, das ist eine Mehrheit. Gibt es hier Stimmenthaltungen? Mit einer Mehrheit ist dieser Entschließungsantrag abgelehnt. Frau Abgeordnete Berninger - sicher eine Erklärung zum Abstimmverhalten.

Abgeordnete Berninger, Die Linkspartei.PDS:

Ich möchte eine Erklärung abgeben. Ich finde es unsäglich, wie hier mit einer Studie umgegangen wird, die mit dem Titel „Politische Kultur“ überschrieben ist. Und natürlich habe ich diesem Antrag zugestimmt.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Ich schließe jetzt den Tagesordnungspunkt 1. Ich komme zum Aufruf des **neuen Tagesordnungspunkts**

MfS/AfNS-Mitarbeit und die Folgen für die Ausübung öffentlicher Ämter

Antrag der Abgeordneten Mohring, Wetzel, Zitzmann, Kölbl, Lieberknecht, Holbe, Panse, Schwäblein, Seela, von der Krone, Stauche, Gumprecht, Primas, Jaschke, Bergemann, Dr. Krapp, Fiedler, Köckert, Prof. Dr. Goebel, Tasch, Grüner, Dr. Krause, Günther, Worm, Lehmann, Emde, Wehner, Rose, Schröter, Krauß, Heym, Diezel, Dr. Zeh, Reinholz, Groß, Kretschmer, Stauch
- Drucksache 4/1324 -

Wünscht diese Gruppe das Wort zur Begründung? Das ist nicht der Fall, so eröffne ich die Aussprache und rufe als Ersten in dieser Aussprache den Abgeordneten Mohring für die CDU-Fraktion auf.

Abgeordneter Mohring, CDU:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, am 9. November - heute vor zwei Tagen - haben wir des 16. Jahrestags des Mauerfalls gedacht. Die Mauer, deren einziger Zweck es war, den Menschen in der DDR ihre Freiheit zu nehmen, sie einzusperren und denen, die sie überwinden wollten, um ihre Freiheit zurückzuerlangen, das Leben zu nehmen, sie auch zu töten. Diese Mauer haben wir, die Menschen in der ehemaligen DDR mit Kerzen in der Hand zu Fall gebracht.

(Beifall bei der CDU)

Es heißt, wer sich nicht bewegt, bewegt auch nichts. Doch im Herbst 1989 haben wir uns bewegt. Wir sind aus unseren Nischen herausgekommen, manche auch aus ihrer Apathie und haben Geschichte geschrieben, ohne es selbst zu diesem Zeitpunkt zu

ahnen.

„Mit der Öffnung der Mauer erreichte die friedliche Revolution in der DDR in den Abendstunden des 9. November 1989 einen entscheidenden Durchbruch. Der Weg zu einem Staat und zu einer Gesellschaft, die sich auf den Fundamenten und im Geist der freiheitlich-demokratischen Grundordnung entwickeln und zur Wiedervereinigung war frei, die sozialistische Diktatur auf dem Rückzug. Gedenktag der Demokratie ist der 9. November auch durch die Ausrufung der Republik durch Philipp Scheidemann 1918. Der Hitler-Ludendorff-Putsch 1923 und die brennenden Synagogen 1938 erinnern an die Gefährdung der Demokratie.“ - so heißt es in der Begründung zu unserem Gruppenantrag.

Als wir im Herbst 1989 Geschichte geschrieben haben, ohne es zu wissen, haben wir uns auch dieser Geschichte vor allen Dingen auch für diesen bedeutenden Tag, den 9. November, selbst erinnert. In der „Leipziger Volkszeitung“ vom 10.11.1989, die vor allen Dingen aus der Oppositionsbewegung aus der Heldenstadt Leipzig berichtet hat, heißt es zu dem Vorabend am 9. November in einer Zeitungsmeldung, Frau Präsidentin, aus der ich zitieren möchte: „Mit einem Schweigemarsch gedachten am Donnerstagabend mehrere zehntausend Leipziger den Opfern der faschistischen Pogromnacht vor 51 Jahren. Aufgerufen zu dieser genehmigten Demonstration, die sich zugleich gegen aufkommende rechtsradikale Tendenzen von heute richtete, hatte die Leipziger Gruppe des Neuen Forum. Der Zug führte vom Nikolai-Kirchhof durch die Leipziger Innenstadt zum Gedenkstein in der Gottschedstraße, jenem Platz, an dem damals in jener Nacht auch die größte Synagoge dieser Stadt in Flammen stand. Rund um diese Gedenkstätte legten die Leipziger Blumen nieder und stellten ihre Kerzen auf.“

Der 9. November ist damit ein deutscher Denktag, der uns daran erinnert, dass Freiheit und Demokratie nicht selbstverständlich und in ihrem Bestand immer wieder gefährdet sind. Der Umgang mit den Belastungen der Vergangenheit und die Erinnerungskultur haben Einfluss auf die politische Kultur. Entsprechende Regeln und Verständigungen sind deshalb kein Ausdruck persönlicher oder parteipolitischer Rachsucht, sondern dienen der Akzeptanz der freiheitlich-demokratischen Grundordnung bei Bürgerinnen und Bürgern. Das ist mit Blick auf den Nationalsozialismus selbstverständlich und sollte, ohne die Diktaturen in Deutschland gleichzusetzen, auch für das SED-Regime gelten.

Als wir im Herbst 1989 in meiner Heimatstadt Apolda die Leute wachrüttelten, da war es schon weit in den Oktober des Herbstes 1989 hinein, als wir mit unserer ersten Montagsdemonstration begonnen ha-

ben. Unser Weg führte uns vom Gericht, vorbei an der SED-Kreisleitungszentrale, hin zum Gebäude der Staatssicherheit. Überall an diesem Abend stellten wir unsere Kerzen ab - tausende Kerzen - und alles lief friedlich ab. Eines wollten wir an diesem Abend unverrückbar zeigen: Wir wollten so einen Staat nicht mehr, wie er war, sondern wir wollten die Freiheit. Das war es, wofür die Menschen im Herbst 1989 auch aus eigenem Antrieb auf die Straße gegangen sind,

(Beifall bei der CDU)

für Meinungsfreiheit, für Reisefreiheit, für Wahlfreiheit, für Pressefreiheit und auch für Demokratie. Wir wollten keine Bespitzelung mehr.

(Beifall bei der CDU)

40 Jahre lang hat die Staatssicherheit die Menschen in der ehemaligen DDR im Auftrag der SED beherrscht. Es gab kaum eine Familie, beinahe kein einziges Individuum, welches sich nicht von Bespitzelung, von Einschüchterung und Verfolgung durch die Staatssicherheit berührt sah. Ich bin der Kulturstaatsministerin Christina Weiss dankbar, die in Ihrer Rede zum 65. Geburtstag von Joachim Gauck - ich will daraus zitieren - folgende Worte gesagt hat: "Wir erkennen, dass jeder, der nicht bereit war, an die fiktive Welt des Kommunismus zu glauben, seelisch oder physisch unter Druck geriet. Natürlich lässt sich die Geschichte der DDR nicht ausschließlich über die Stasi-Akten rekonstruieren, aber ohne die Stasi-Akten wäre jede Chronik der DDR unvollkommen. Die Akten lassen einen kühn unbekümmerten Sprung von der Diktatur in die Demokratie nur um den Preis der Selbstverleugnung zu." Sie hat weiter ausgeführt: "Wir wissen längst, dass man nicht mit der Stasi zusammenarbeiten musste. Wir wissen, dass es vielen gelungen ist, anständig zu bleiben und sich nicht zu Lumpen machen zu lassen. Wir wissen von der Kraft und der Kreativität des Unangepassten." Da stimme ich Frau Weiss ausdrücklich zu und ich bin dankbar, dass sie den Geburtstag von Joachim Gauck zum Anlass genommen hat, diese Klarstellung auch für alle Bürger in der DDR zu treffen.

Dem Thüringer Verfassungsgeber stand dieser Zusammenhang vor Augen, als er die Landesverfassung im Bewusstsein der leidvollen Erfahrungen mit überstandenen Diktaturen und des Erfolgs der friedlichen Veränderungen im Herbst 1989 - so die Präambel unserer Verfassung - auf den Weg brachte und auf eine Initiative der SPD-Fraktion zurückgreifend Mitarbeitern und Zuträgern des MfS/AfNS die Eignung zur Einstellung und zur Weiterbeschäftigung im öffentlichen Dienst absprach, wie es jetzt in Artikel 96 Abs. 2 unserer Verfassung des Freistaats Thüringen auch festgeschrieben ist. Die Verfas-

sungsbestimmung und vor allem das Thüringer Gesetz zur Überprüfung von Abgeordneten heben aus guten Gründen die besondere Bedeutung des Ministeriums für Staatssicherheit im totalitären Machtapparat der DDR hervor.

Mit Blick auf eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts - so haben wir es auch in unserer Begründung zum Antrag geschrieben - heißt es weiter: „Diese Tätigkeit des Sicherheitsorgans der DDR zielte auf eine Verletzung der Freiheitsrechte, die für eine Demokratie konstituierend sind.“ Es heißt weiter: „Mit Blick auf den Bundestag - und das gilt in gleicher Weise für die Landesparlamente - stellte das Gericht in dieser Entscheidung“ aus dem Jahr 1994 „fest, dass das Vertrauen in das Repräsentationsorgan in besonderer Weise gestört wäre, wenn ihm Repräsentanten angehörten, bei denen der Verdacht besteht, dass sie in der beschriebenen Weise eine Diktatur beschützt haben.“ Ich habe mir die Mühe gemacht, in den Plenarprotokollen vom 29. April 1999 nachzulesen, als es um die Entscheidung über den Mandatsverlust der Abgeordneten Beck nach § 8 Abs. 1 und 2 des Thüringer Gesetzes zur Überprüfung von Abgeordneten ging. Ich will aus dem Protokoll nur zwei Abgeordnete zitieren, weil sie diese Meinung auch nach Jahren, nachdem die Verfassung in Kraft getreten ist, auch noch einmal hier im Plenarsaal verstärkt haben. Dort hat der Abgeordnete Gentzel von der SPD-Fraktion an jenem Sitzungstag gesagt: "Wir sind der klaren Auffassung, dass Abgeordnete, bei denen die gesicherte Überzeugung vorliegt, dass sie mit dem MfS oder AfNS wissentlich oder als inoffizielle Mitarbeiter zusammengearbeitet haben, nichts, aber auch gar nichts in diesem hohen Hause zu suchen haben."

(Beifall bei der CDU, SPD)

Auch unser Kollege Harald Stauch hat in dieser Sitzung für die CDU-Fraktion zum Ausdruck gebracht, die Menschen, die das eigene Volk bespitzelt, hintergangen, betrogen und verraten haben, haben die Legitimation verloren, in einem demokratisch gewählten Parlament Entscheidungen für andere zu treffen oder gar die Interessen der Allgemeinheit zu vertreten.

(Beifall bei der CDU)

Das System der Staatssicherheit und die Wirkung auf die Menschen sind weiter feststellbar, auch wenn seither schon 16 Jahre vergangen sind. In einem Buch von Hans-Joachim Maaz - „Der Gefühlsstau“, aus dem ich zitieren möchte - ist Folgendes nachzulesen. Es heißt: Der Einzelne sei in der DDR einem enormen physischen Druck ausgesetzt gewesen, der ein umfassendes System autoritärer Unterwerfung erzeugt hat. Durch die reale Angst vor Bestrafung sei er noch verstärkt worden. Die Bedrohung durch eine

allgemeine Bespitzelung habe den Druck ins Irrationale gesteigert. Die DDR-Menschen hätten ihn entweder an andere weitergegeben oder gegen sich selbst gewendet, gesundheitsschädlich, psychisch deformierend und zerstörerisch. Die anhaltende Wucht dieser Mechanismen sei enorm. „Wer nie erlebt hat“, so schreibt der Autor in seinem Buch, „was es heißt, wenn alles vorgeschrieben ist, was man sehen, hören, denken, sprechen, fühlen und tun darf, wird kaum erahnen, was das SED-Regime in den Körpern und Seelen derer angerichtet hat, die ihm unterworfen waren. Die Wirkungen lähmen vermutlich über mehrere Generationen auch Kinder und Kindeskinde.“ Und deshalb, meine Damen und Herren, kann man nur verstehen, wenn man sich das allgegenwärtige Spitzelsystem der Stasi immer wieder vergegenwärtigt, dieses Menschen verachtendste und widerlichste Element der Repression der Ex-DDR. Und ich sage auch, das verhasseste dazu, das deshalb auch zu einem Symbol wurde. Deshalb, die Besetzungen der Stasi-Zentralen im Herbst 1989 sind zu einem zentralen Symbol dieser unserer friedlichen Revolution im Herbst 1989 geworden und daran wollen wir auch mit diesem Gruppenantrag heute erinnern.

(Beifall bei der CDU)

Wir wollen vor allen Dingen deshalb daran erinnern, weil - so glauben wir - wir es den Menschen schuldig sind, die in jener Zeit bespitzelt und verfolgt wurden, deren berufliche Entwicklung getroffen wurde und deren Familien zerstört wurden, die in Haft geworfen wurden und misshandelt wurden. Wir sind es schuldig, der Menschen auch zu gedenken, die an der Mauer sterben mussten, und wir sind es schuldig, derer auch zu gedenken, die in den Stasi-Gefängnissen in Bautzen und anderswo in lange Haft gekommen sind. Wir sind nicht zuletzt es auch schuldig, derer zu gedenken, weil es auch in diesen Stasi-Gefängnissen Leute gegeben hat, die sich das Leben genommen haben, weil sie diese Dinge nicht mehr ausgehalten haben und weil sie nicht zuletzt auch von eigenen Freunden verraten worden sind.

Und, meine Damen und Herren, wir haben diesen Gruppenantrag deshalb gestellt, weil nicht nur hier in diesem Hause, im Thüringer Landtag, oder auch im Landtag in Sachsen, in unserem Nachbarland, sondern auch im Bundestag es keine weitere Fraktion gibt, wo wieder auch öffentlich bekennende Stasi-Spitzel in ein Parlament eingezogen sind. Ich will Ihnen eines deutlich für unsere Gruppe sagen: Wir nehmen Ihnen, der Gesamtfraktion hier in diesem Hause, aber auch in den anderen Parlamenten, das Demokratentum nicht ab, solange Ihnen die Täter der DDR näher sind als die Opfer.

(Beifall bei der CDU)

Die Linkspartei.PDS will sich nach eigenem Bekunden zu einer modernen Linkspartei auf den Weg gemacht haben. Dazu gehört aber nach meiner Einschätzung ein differenzierterer und souveränerer Umgang mit der eigenen Geschichte. Deshalb ist es einzig und allein zu erwarten aus unserer Perspektive, dass eine Unterordnung unter die Wertmaßstäbe der Menschlichkeit und der Rechtsstaatlichkeit, und das auch dann, wenn es den Menschen aus den eigenen Reihen betrifft, Vorrang haben muss, als die Nähe zu den Tätern aus dem vergangenen Regime.

Wenn man 15 Jahre nach Zusammenbruch dieses totalitären Regimes Einzelfälle wieder sieht, wie kleinlich, wie niedrig und manchmal auch wie moralisch verwerflich von diesem Repressionsapparat Staatssicherheit gesprochen wird in heutiger Zeit und wie auch versucht wird, Normalität herzustellen, dann zeigt sich, wie aktuell auch heute noch unser Antrag in dieser Zeit ist. Joachim Gauck, als er noch Bundesbeauftragter für die Stasi-Unterlagen gewesen ist, hat folgenden Satz zu dieser Problematik gesagt: „Das Leugnen und Täuschen und die selektive Erinnerung ist typisch, aber die Staatssicherheit war kein Apparat, wo freischaffende Künstler sich was aus den Fingern saugen konnten, denn diese Kontakte, wenn sie denn dokumentiert sind, die hat es tatsächlich gegeben.“ Deshalb sagen wir auch in unserem Antrag zur Begründung weiter und ich will daraus noch einmal zitieren: „Durch die unterdessen gängige Aufstellung von Kandidaten zu Parlamentswahlen, deren Zusammenarbeit mit dem MfS und AfNS von diesen selbst nicht in Abrede gestellt wird, oder durch die Versuche, eine bekannte oder bekannt werdende Zusammenarbeit zu verharmlosen und zu bagatellisieren, droht dieser durch das Bundesverfassungsgericht zu Recht herausgearbeitete Zusammenhang in Vergessenheit zu geraten.“ Wir beziehen uns dabei auf die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts im Jahre 1994. Dies ist höchst bedenklich, denn die Erinnerung an die SED-Diktatur ist bis heute defizitär, wie die Stiftung Ettersberg zur vergleichenden Erforschung europäischer Diktaturen und die Überwindung aktuell feststellt. So erst zuletzt in einer Pressemitteilung vom 12. Oktober dieses Jahres. Der Thüringer Landtag muss als einer der maßgeblichen Sachwalter der politischen Kultur in Thüringen zu diesem Sachverhalt deshalb auch an diesem heutigen Tag Stellung beziehen. Wir wollen deshalb Stellung beziehen, weil wir diese wohl kalkulierten Tabubrüche, dass es jetzt heißt, dass man ehemalige Stasi-Spitzel hoffähig machen könnte, nur weil sie Mitglied eines demokratisch gewählten Parlaments sind, nicht zulassen.

(Beifall bei der CDU)

Einer, der noch bis vor wenigen Wochen bei uns im Haus selbst hier Mitglied war und jetzt in anderer

Funktion waltet, nämlich Bodo Ramelow, hat genau zu dieser Problematik, zu diesen wohl kalkulierten Tabubrüchen folgenden Satz gesagt: Individualanfragen müssten als nicht mehr zeitgemäß beendet werden. Und Frau Hildegund Neupert, unsere Thüringer Landesbeauftragte, hat daraufhin zu Recht erwidert: Es soll ablenken von persönlicher Schuld und es soll keine strafrechtliche Schuld auf sich geladen werden. Dass das Denken in dieser Zeit von unserem Prozess der Gebung zur Verfassung bis in den heutigen Tag gleich geblieben ist, zeigt auch ein Antrag aus dem Jahre 1993, damalige Fraktion Linke Liste/PDS, unterzeichnet von Dr. Roland Hahnemann, der genau zum Antrag der SPD-Fraktion, in Artikel 96 die Verfassungsregelung aufzunehmen, aus der ich vorhin zitiert habe, gesagt hat: „Das Thema gehört ohnehin nicht in eine Verfassung, da es nicht von dauernder Bedeutung sein wird.“ Wir meinen, das Thema ist von dauernder und fortwährender Bedeutung.

(Beifall bei der CDU)

Ich will Ihnen auch sagen für unsere Gruppe, aber auch für die Gesamtfraktion, für uns sind Stasi-Spitzel in einem Parlament keine Normalität und sie wird es auch nie und nimmer sein.

(Beifall bei der CDU)

Joachim Gauck hat anlässlich seiner Verabschiedung am 11. Oktober im Jahre 2000 Folgendes gesagt: Das Volk, das 1989 im Dezember die MfS-Dienststellen besetzte und diese Besetzung im Jahr 1990 in Berlin vollendete, ist der eigentliche Adressat der Bewegung und des Mauerfalls, den wir vor zwei Tagen feiern konnten. Wir, das Volk, wir waren in ihren Gebäuden und hatten ihre Akten unter Kontrolle, so Gauck. Die Bürgerkomitees hatten zwar nicht alles, aber das Wesentliche erreicht: Die Masse der Akten blieb erhalten. „Und am 24.08.1990, so setzt Gauck fort, erklärten sie erstmals in der Politikgeschichte, nämlich der Bundestag, alle Geheimdienstakten zum Eigentum derer, gegen die sie einst angelegt waren, mit einem einzigen Ziel: Alle Demokraten wollten bei diesem Werk mittun, nämlich dem Schlusstrich zu wehren.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, ich will deshalb auch, weil es an diese Stelle gehört, noch einmal aus einer Rede zitieren vom damaligen Kultusminister Dr. Michael Krapp am 8. August 2001 in Teistungen anlässlich der Auseinandersetzung mit der DDR-Diktatur in Schule und Unterricht als ein Beitrag zur Demokratieentwicklung. Michael Krapp hat damals gesagt: „Für die Bürgerinnen und Bürger konnten die schönen ideologischen Formeln, die autoritär-repressive Herrschaft der SED, den fundamentalen Mangel an

Freiheit, an Demokratie und Rechtsstaatlichkeit keineswegs verdecken. Nicht zuletzt waren Mauer und Stacheldraht durch Radio und Fernsehen für Wahrheiten und Meinungen durchlässig geworden. Deshalb wurde das MfS in der DDR zum zentralen Machtinstrument der SED. Die Staatssicherheit produzierte das, was jede Diktatur braucht, die Angst der Menschen. Mehr als 250.000 offizielle und inoffizielle Mitarbeiter haben die gesamte Gesellschaft eingeschüchtert und Millionen Menschen kontrolliert.“, so Michael Krapp abschließend. Und deshalb, meine Damen und Herren, will ich ganz deutlich sagen: Wir werden immer wieder an dieses Unrecht, was uns Stasi-Spitzel zugefügt haben, erinnern, weil es nicht Normalität sein darf, weil wir es nicht vergessen wollen, weil wir es nicht verdrängen wollen, und egal, wer in diesem Hause wie aktiv mitarbeitet und auch gute Arbeit leistet, das, was gewesen ist, darf nicht vergessen sein und deshalb darf es nie Normalität sein. Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Pelke:

Es hat jetzt das Wort Abgeordnete Dr. Klaubert, Die Linkspartei.PDS-Fraktion.

Abgeordnete Dr. Klaubert, Die Linkspartei.PDS:

Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, ich gestatte mir einfach eine Vorbemerkung auf die Äußerungen von Mike Mohring sowohl jetzt am Pult als auch im Antragstext, und zwar er hat von den Sachwaltern politischer Kultur in diesem Haus gesprochen. Wir haben eben eine gute - für mein Dafürhalten gute - Debatte zum Thüringen-Monitor erlebt. Meine Fraktion hat es gewagt, einen Entschließungsantrag einzubringen; der hat keinen politisch überfordert. Er sollte die Landtagspräsidentin bitten, auf der Basis der Datenlage, die wir seit kurzer Zeit in der Hand haben, eine weitere oder vielleicht sogar mehrere weitere Veranstaltungen durchzuführen, bei denen wir über all das hätten sprechen können, was die einzelnen Redner angedeutet haben. Den haben Sie mit Mehrheit abgelehnt. Vor dem Hintergrund des „Denktags“ 9. November 1989 hätte ich mir gewünscht, dass jeder von Ihnen hätte seine eigenen Schranken überwinden und einem solchen Antrag, auch wenn er von der Oppositionspartei kommt, zustimmen können.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Mike Mohring ist in seiner Rede darauf eingegangen - und da stimme ich ihm zu -, dass der 9. November ein deutscher „Denktag“ ist. Ich finde es übrigens auch gut, dass Sie nicht nur Gedenktag sagen, sondern „Denktag“, und, ich denke, Sie haben sorgfältig

abgewogen, dass Sie dieses Wort in der Antragsbegründung aufgenommen haben. Stichworte für „denken“ und „gedenken“ sind die bürgerliche Revolution 1848, die November-Revolution von 1918, der Hitler-Ludendorff-Putsch 1923, die Pogrome der Reichskristallnacht 1938 und eben jene friedliche Revolution von 1989. All diese Geschichte verbindet, und da stimme ich Ihnen auch zu, die Idee, der Gedanke und das Erinnern daran, dass - ich zitiere aus dem Antrag - „Freiheit und Demokratie nicht selbstverständlich und in ihrem Bestand immer wieder gefährdet sind.“ Ich erinnere auch an dieser Stelle daran, dass die Fraktionen des Thüringer Landtags in den vergangenen Jahren sich gerade um den 9. November herum verständigten, wie man mit diesem Tag umgeht. Ich erinnere insbesondere an die offenen und öffentlichen Veranstaltungen mit vielen Beteiligten auf dem Schloss Ettersburg.

Ich meine, wir haben in diesem Jahr dieses gemeinsame Nachdenken versäumt. Aber ich möchte an dieser Stelle ausdrücklich meinen Dank für die Veranstaltung mit Ruth Lapede am 9. November hier draußen in der Lobby des Thüringer Landtags

(Beifall bei der SPD)

aussprechen. Denn was diese Frau, deren Alter man nur schätzen kann, wo man aber weiß, dass sie sehr vieles erlebt hat, über Erinnern und über Versöhnung gesprochen hat und über tatsächliche Friedenserziehung, nicht nur im Sinne der großen kriegerischen Auseinandersetzungen, das war beeindruckend.

Nun liegt ein Antrag von 37 Abgeordneten der CDU-Fraktion vor, der, Mike Mohring hat es ausführlich begründet, insbesondere darauf abzielt, die Unwürdigkeit von Menschen, die mit dem MfS und AfNS zusammengearbeitet haben, per Antrag festzustellen. Meine Fraktion hält diese einseitige Reduzierung des historischen Datums auf das Thema „Staatsicherheit“ für außerordentlich problematisch und ich bin wieder froh darüber, dass Mike Mohring die Kulturstaatsministerin Christina Weiss zitiert hat, die gesagt hat, dass die DDR natürlich nicht ohne diese Akten zu bewerten ist. Aber die Akten sind auch nicht ohne die DDR zu bewerten. Damit richtet sich diese Aufforderung an jeden, der in der DDR gelebt hat, der Verantwortung übernommen hat, der gehandelt hat unter ganz konkreten Bedingungen, und deshalb, lieber Mike Mohring, wünschte ich mir,

(Unruhe bei der CDU)

Vizepräsidentin Pelke:

Darf ich mal um Ruhe bitten um der Rednerin zuzuhören.

Abgeordnete Dr. Klaubert, Die Linkspartei.PDS:

dass wir uns manchmal unsere Geschichte erzählen. Da würde für mich dann auch ein bisschen deutlicher, was Sie immer damit meinen, wenn Sie „wir“ sagen. Sie haben nämlich sehr viel zitiert und gesagt: „Ich gebe dem Recht“. Ich hätte mir Ihre ganz persönliche Meinung zu verschiedenen Vorgängen auch ganz gerne angehört.

Der 9. November hat also als historisches Datum viele Facetten und ich bekenne, diejenigen, die den 9. November 1989 selbst erlebten, werden noch die Gefühle reproduzieren können, als sie gehört haben, ich sag es jetzt einmal so plakativ: „Die Mauer ist gefallen.“ Fast unglaublich schauten wir auf die Bildschirme und meinten, dass jetzt eigentlich eine Tür aufgegangen ist, durch die Wind hereinweht. Und so viel Offenheit, und so viel Öffentlichkeit, wie in den darauf folgenden und auch davor liegenden

(Unruhe bei der CDU)

Wochen war, glaube ich, nie, jedenfalls nicht in meinem Leben. In Deutschland wurde vor europäischem Hintergrund, man darf das nicht vergessen, und im europäischen Kontext ein neues Kapitel von Geschichte eingeleitet und über unseren Teil, über den Thüringer Teil, haben wir vorhin etwas reflektiert. Andererseits hatten eben viele einen anderen 9. November vor den Augen, und zwar als Datum der Erinnerung an die Pogrome der Reichskristallnacht. Auch damals haben sich die Menschen sehr unterschiedlich verhalten, als die Synagogen brannten, als die jüdischen Geschäfte zertrümmert wurden. Wenngleich sie vielleicht nicht unbedingt diese Vorgehensweise teilten, haben doch viele weggesehen und geschwiegen.

Aus guten Gründen - daran erinnere ich Sie einfach - hat man in der Bundesrepublik den „Tag der Deutschen Einheit“ nicht auf den 9. November gelegt, sondern auf ein anderes Datum. Denn allein die Ambivalenz, die in diesen beiden, von mir zitierten Ereignissen liegt, gebietet unbedingte Nachdenklichkeit. Nun frage ich mich vor diesem Hintergrund: Welche Beweggründe haben 37 Abgeordnete der CDU-Fraktion - warum nicht alle, warum 37? Was wollen Sie an einem Tag, an dem die Regierungserklärung zur politischen Kultur im Freistaat Thüringen auf der Tagesordnung steht, die danach fragt, wie sich die politische Kultur, wie sich Lebenslagen, wie sich Stimmungslagen und wie sich Denkprozesse in diesen 15 Jahren entwickelt haben? Wenn man den Antragstext liest - ich habe es bereits gesagt -, orientieren Sie auf eine Facette, nämlich das Staatssicherheitsystem. Dieses ist zentraler Bestandteil Ihres Antrags und Mike Mohring hat das jetzt sogar noch etwas weiter vertieft. Er hat insbesondere da-

rauf abgehoben, dass es um die Akten geht. Ich werde dann noch einiges dazu sagen, bin aber trotzdem wiederum froh darüber, dass der Begründungstext Ihres Antrags eben nicht so einseitig fokussiert ist, sondern dass Sie dort durchaus eine breitere Sicht auf einen 9. November aufmachen. Aber im Antragstext, der dann zur Abstimmung steht, da steht eindeutig, dass Sie als Teil der parlamentarischen Gesellschaft in Thüringen einem anderen Teil absprechen, dass er für dieses hohe Haus würdig sei. Nun frage ich Sie: Müsste man nicht gerade vor dem Hintergrund der 9. November diese Entscheidung an den Souverän geben? Und dort liegt sie auch, und man darf sich nicht über die Entscheidung des Wählers aus einem Haus wie dem Parlament erheben. Denn damit geraten Sie in die Gefahr, dieses Thema parteipolitisch zu instrumentalisieren und auch zu interpretieren.

Jetzt möchte ich Ihnen doch einige Fragen in diesem Zusammenhang stellen. Sie fragen nicht, welche Verantwortung jeder Einzelne im politischen System der DDR getragen hat. Sie machen einen Hauptgegner aus. Der Hauptgegner ist derjenige, der offiziell oder inoffiziell für das Staatssicherheitssystem gearbeitet hat und der eine Akte hat und von dem man die Akte in die Hand nehmen kann. Dabei wissen Sie natürlich selbst, dass in dem von uns selbst eingeführten und von uns zu akzeptierenden Regularien, nämlich den Gesetzen dazu, ein Verfahren vorgesehen ist, wonach die Akte, wenn sie dann aus der jetzigen Birthler-Behörde vorliegt, die Einzelfallprüfung und die Anhörung des Einzelnen verlangt. Nun, denke ich, ist so etwas nicht eingeführt worden aus irgendeinem unbekanntem Grund, sondern um nachzufragen, warum sich ein Einzelner in welchem System wie verhalten hat. Eigentlich, und da bin ich wieder bei Ruth Lapide, geht es doch in der Erinnerungskultur immer darum, Wege in die Zukunft zu öffnen. Sie hat das übrigens sehr viel schöner zum Ausdruck gebracht in ihrem Vortrag. Sie sprach davon, dass jede friedliche Entwicklung einer Zukunft auch davon abhängt, wie man auch mit denen umgeht, die Schuld auf sich geladen haben. Und sie sprach es vor ihrem eigenen religiösen Hintergrund aus. Da verbietet es sich nach meiner Auffassung, einen Sündenbock zu finden und ihn mit der Schuld beladen in die Wüste zu schicken.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Ich denke, dieses Bild erschließt sich Ihnen. Ich möchte auch nach 15 oder 16 Jahren heute noch wissen, warum ein Einzelner sich für das Staatssicherheitssystem anwerben ließ. Hat man ihn erpresst? War er freiwillig bereit, diese Entscheidung zu treffen? Konnte er Nein sagen und wenn er Nein sagen konnte, warum hat er es eigentlich nicht getan? Die häufige Ambivalenz zwischen Opfer und Täterschaft - das ist nicht meine Erfindung, das kann

man nachlesen, meines Erachtens auch bei Maatz kann man das nachlesen - wird durch eine Herangehensweise, wie Sie sie pflegen, überhaupt nicht berücksichtigt. Und das heißt dann eben, um es etwas einfacher zu sagen, dass zwischen schwarz und weiß keinerlei Schattierungen zu finden sind. Ich glaube, das ist weder historischen Anlässen noch dem Nachdenken zu solchen historischen Anlässen angemessen.

Lassen Sie mich aber auch feststellen, und ich bitte Sie, das auch so zu verstehen, wie ich es sage: Ob am 9. November oder an jedem beliebigen anderen Tag - es gilt, der Opfer zu gedenken. Wir stellen nicht die Täter über die Opfer, denn die Opfer sind in der Regel die Schwachen. Das Schicksal politisch Verfolgter und derer, die wegen ihres Glaubens, wegen ihrer Überzeugungen an der beruflichen Karriere gehindert wurden, muss deutlich benannt werden. Wir wissen alle auch aus der Debatte aus diesem Haus, dass manches überhaupt nicht mehr zu korrigieren ist, was Menschen in ihrer Biographie angetan worden ist, wenn ihre Biographie durch staatliches oder eben durch das Einwirken der Staatssicherheit zerstört worden ist.

Mut zum Widerstand gegen Ungerechtigkeit leisten aber unter den jeweiligen gesellschaftlichen Bedingungen immer sehr wenige Menschen. Das war, glaube ich, in fast allen gesellschaftlichen Strukturen so. Oft oder meistens werden sie sogar allein gelassen. Da gibt es vielleicht noch die indirekte, die heimliche Sympathie für sie, aber die, die tatsächlich aufbegehren gegen Zustände, die sind am Anfang oft sehr allein und es richten sich ganze Machtapparate gegen sie. Auch das ist ein Ergebnis des Nachdenkens über den 9. November und wir sollten immer wieder überlegen: Sind wir in der Lage, tatsächlich das umfassend für uns zu bewerten?

Ich sage auch, einer der entscheidenden Fehler des real existierenden Sozialismus, übrigens nicht nur in der DDR, das muss ich einfach dazu sagen, war, dass Opposition als unnützlich galt, das war die Minimalvariante, oder eben als feindliche Handlung verurteilt oder verfolgt wurde. Dazu sage ich Ihnen heute: Dafür schäme ich mich. Ich habe die Konsequenz dieser Äußerung für mich zu DDR-Zeiten nicht begriffen. In der DDR, das sage ich Ihnen auch, wurden elementare Grund- und Freiheitsrechte verletzt und es wurden auch Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen. Ja, Mike Mohring, es gab Tote. Dafür gibt es keine Rechtfertigung! Das wiegt wiederum umso schwerer vor einem Hintergrund, der von uns - und jetzt spreche ich für meine Fraktion -, der vor unseren Hintergrund, die wir mit dem Ziel des Sozialismus eine bessere Gesellschaft verfolgten, als Fehler entweder nicht erkannt oder zugelassen wurde. Wissen Sie, wie bitter für uns manche Er-

kenntnisse, die 1989 Stück für Stück auf den Tisch kamen, waren. Und das ist eigentlich auch eine Frage nach diesem „wir“. Wer waren denn die „wir“, die 1989 agierten. Vor solchem Hintergrund, meinen wir, hat man immer über sein eigenes Leben nachzudenken, die Verantwortung nicht abzudelegieren, übrigens auch nicht mit Anträgen, nach denen mit Mehrheit Beschlüsse gefasst werden. Für sich selbst hat man Schlussfolgerungen zu ziehen und ich meine, da gebe ich Ihnen wieder Recht, das gilt insbesondere für die, die ein öffentliches Mandat haben und im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit vieler Menschen stehen. Bloß, dann gilt es eben für alle und nicht für ausgewählte Personengruppen.

Wenn wir über politische Kultur nachdenken, dann muss man auch einige Sorgfalt in der Betrachtung von DDR-Geschichte walten lassen. Singgemäß war im Thüringen-Monitor nachzulesen und der Ministerpräsident reflektierte darauf in seiner Regierungserklärung, dass man die Leute einbeziehen muss in ein demokratisches System, dass man also alles tun muss, um möglichst viele Leute so einzubeziehen, so dass sie die demokratische Ordnung für sich als die richtige betrachten. Betrachtet man vor diesem Hintergrund das politische System der DDR, fällt doch auf, dass insbesondere nach 1945 und dann auch mit der Staatsgründung 1949 sehr viele Menschen davon ausgingen - übrigens, Schriftsteller, die später zu Oppositionellen wurden, haben das auch aufgeschrieben -, dass man mit dieser neuen deutschen Gesellschaft einen konsequenten Bruch mit dem Nationalsozialismus, mit dem Faschismus vornehmen wollte, dass man etwas Anderes, etwas Besseres aufbauen wollte. Letzten Endes haben sich dort viele verortet und auch die Frage der Macht aus dieser Richtung gestellt.

Es ist natürlich zu kritisieren, zu hinterfragen und die Frage überhaupt aufzumachen: Warum haben genau die Menschen, die zum Teil in den Zuchthäusern und Konzentrationslagern saßen, danach zugesehen, wenn ein System wie das Staatssicherheitssystem gegen den Nachbarn vorging und Opposition verunglimpfte? Diesen Prozess des Nachdenkens und des Dahinterkommens hinter solche Motivationen und des Lernens daraus müsste man doch eigentlich öffentlich befragen. Was fand dort eigentlich statt und wie verhalten sich Menschen heute in solchen Situationen und vor solchen Entscheidungsprozessen? Denn ich glaube, eine der wichtigsten Fragen zur Entwicklung von Demokratie in die Zukunft ist die, wie jemand heute mit seiner Biografie umgeht, wenn er für künftige Dinge Entscheidungen treffen möchte. Auch dazu möchte ich, weil vorhin viel aus den Gerichtsurteilen des Bundesverfassungsgerichts zitiert worden ist, eine kleine Passage aus dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahr 1997 zitieren, bei der es um die Eignung für die Beschäftigung im öf-

fentlichen Dienst geht. Dort heißt es: „Dazu gehört die Berücksichtigung des Zeitfaktors. Persönliche Haltungen können sich ebenso wie Einstellungen zur eigenen Vergangenheit im Laufe der Zeit ändern.“ Danach folgen noch einige andere Begründungen zu solchen Wandlungsprozessen eines Menschen. Verurteilung kann doch nicht auf ewig angelegt sein. Wenn wir die Schwierigkeit dieser Gesellschaft und ihre zum Teil heute wieder debattierten Problemlagen betrachten, müssen wir doch gemeinsam eigentlich alles dazu tun, aus dem, was wir selbst erlebt haben, die richtigen Schlussfolgerungen für die Zukunft zu ziehen. Und da erfahrungsgemäß die Pluralität dieser Schlussfolgerung eigentlich zu den eigentlichen Motoren zählt, müssten wir doch zulassen, dass wir miteinander für die Zukunft arbeiten. Ich habe vorhin Heiko Gentzel interessiert zugehört, als er sagte: Lasst uns doch mal hinter manchem einfach einen Schlusstrich ziehen, was uns trennt, und überlegen, was uns in die Zukunft bringt. Ich meine übrigens bei dem Schlusstrich nicht die Schließung der Staatssicherheitsakten, sondern ich meine die gleichberechtigte Teilhabe aller Mitglieder dieses Parlaments an den Gestaltungsprozessen der Zukunft. Eine offene Diskussion muss übrigens allen Beteiligten ihre Würde lassen und sie muss die Möglichkeit eröffnen, dass Beweggründe, Zwänge, Fehler und Versagen, auch eigene Schuld eingestanden werden kann.

Mit der häufig praktizierten Art und Weise des Ausgrenzens und der öffentlichen Vorverurteilung von Menschen, glaube ich, kommen wir kein Stück weiter. Und ich behaupte, dass gerade darin die Gefahr besteht, dass der Einzelne seine Biografie, seine gelebte Biografie nur noch als „biografische Fußnote“ betrachtet, nämlich wenn er das betrachtet, was er bis 1989 getan hat. Verstehen Sie mich bitte recht, ich rede nicht denen das Wort, die die Tätigkeit im Staatssicherheitssystem bagatellisieren. Sicher gibt es da welche - übrigens ist mir noch keiner über den Weg gelaufen, aber mir wird es immer mal gesagt -, die kaum Unterschiede zwischen der Tätigkeit - ich weiß jetzt nicht, was Sie gesagt haben, Herr Mohring - beim Kulturbund und beim MfS meinen feststellen zu können. Sie hatten vorhin so ein Bild aufgemacht. Ich plädiere für eine ehrliche Auseinandersetzung über gelebte Geschichte und ich plädiere für den Lernprozess. Vor diesem Hintergrund möchte ich einige wenige, nur wenige Anmerkungen machen zu jenen Selbstgerechten, die nach 1989, ohne Freiräume genutzt zu haben, für sich selbst definierten, dass sie schon immer dagegen waren. Trotz beruflicher Karriere waren sie immer dagegen, ihren Hochschulabschluss haben sie im Untergrund erworben, die Parteien, denen sie angehörten, die waren völlig unbelastet vom politischen System der DDR, die wussten gar nicht, dass man sich auf die führende Rolle der SED eingeschworen hatte, und ihre Mitgliedschaft - und das sage ich auch ausdrücklich - in

staatlichen Institutionen war für sie wahrscheinlich die reine Widerstandsarbeit.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Die heutige Zugehörigkeit zu Parteien und Institutionen wird zum Teil wie ein Ablasszettel benutzt und die Biografie verklärt. Ich hoffe, es sitzt keiner von diesen unter uns, denn ich gebe einfach nur etwas wieder, was in dieser Gesellschaft auch sehr heftig debattiert wird. Denn solche Selbstgerechten möchte ich schon fragen: Wo haben sie sichtbar und hörbar kritisch ihre eigene Verantwortung in den Mittelpunkt der Debatte gestellt, wo haben sie mit ihrer eigenen Vergangenheit abgerechnet und vor allem - ich habe immer den Lernprozess betont - was haben sie für heutiges Tun daraus gelernt? Ich sage Ihnen, die PDS hat sich das nicht einfach gemacht. Ich gestehe Ihnen, mir ist es auch schwer gefallen, vor dem Hintergrund des Antrages mich Ihnen so zu öffnen. Aber ich tue es trotzdem. Die PDS bekennt sich zu ihrer Vergangenheit und hat sich von Fehlern und Irrtümern eindeutig distanziert. Der Gründungskonsens der PDS im Jahre 1990 gab Grundlage und Orientierung dafür. Sie können das nachlesen. In mehreren öffentlichen Äußerungen konnte nachgelesen werden, wie wir mit unserer Vergangenheit umgehen. Wir haben uns so oft für begangenes Unrecht entschuldigt, dass unsere eigenen Mitglieder der Partei schon gefragt haben, wie oft und an welcher Stelle und für wie viele Teile eures Lebens wollt ihr euch denn noch entschuldigen? Aber wir haben es getan.

(Zwischenruf Abg. Mohring, CDU: Für immer!)

Ich erinnere an unsere Äußerungen - bitte lesen Sie die auch mal nach - zum Beispiel zum Mauerbau und zur Vereinigung von KPD und SPD als Zwangsvereinigung. Wir haben uns dazu geäußert. Und die Prozesse im Inneren dieser Partei, die waren schmerzlich, die waren insbesondere für die, die längere Zeit und in besonderer Art mit dem System verbunden waren, viel schmerzlicher, als wenn man einfach sein Mäntelchen in den Wind gehangen und gesagt hätte, ich bin 1989 als neuer Mensch wieder auferstanden. Wie viele Menschen mussten damit brechen, dass sie ein Ideal von einer sozialistischen Gesellschaft hatten und dieses Ideal im real existierenden Sozialismus der DDR eigentlich überhaupt nicht stimmte? Diese Auseinandersetzung hat uns vorangebracht. Diese Auseinandersetzung hat uns auch zu Auffassungen gebracht, die wir heute haben, nämlich zur Wertschätzung der Opposition, zum Mut zum Widerstand, zum Aussprechen dessen, was wahr ist und zur Akzeptanz, dass die Freiheit auch immer die Freiheit des anders Denkenden ist. Wir ringen programmatisch um einen Ansatz - das ist übrigens

auch nicht so leicht -, der Menschenrechte in der Einheit von Freiheits-, Gleichheits- und Teilhaberechten vereint. Wir fragen nicht, Freiheit oder soziale Sicherheit, sondern wir meinen und können die Debatte der evangelischen und katholischen Kirche aus ihrem Papier zur wirtschaftlichen und sozialen Lage einbeziehen, dass Menschenrechte in dieser Form - Freiheits-, Gleichheits- und Teilhaberechte - untrennbar miteinander verbunden sind, wenn man eine bessere Gesellschaft gestalten möchte.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Wir wissen, dass wir dabei auch heute irren können, dass wir Auseinandersetzungen führen müssen, dass mancher uns auf diesem Weg verlässt und leider - sage ich - ein Teil uns verurteilt, als wären wir diejenigen, auf die man die Last von 40 Jahren DDR abladen könnte und uns in die Wüste schicken könnte.

Ich habe Ihren Antrag nicht so verstanden. Ich habe ihn deshalb nicht so verstanden, weil er eine andere Begründung hat. Aber der Antragstext als solcher, der hat schon den Grundtenor dessen, was ich eben als Befürchtung angedeutet habe. Ich wünsche mir, dass Sie noch einmal darüber nachsinnen, wie wir mit unserer Vergangenheit und wie wir mit dem Befund aus dem Thüringen-Monitor umgehen, und dass wir, obwohl der Entschließungsantrag vorhin abgelehnt worden ist, einen Konsens dazu finden, dass wir diese Debatte vor heutigem Hintergrund öffentlich in diesem Saal durchführen, damit wir uns den Blick frei machen, so dass wir die Aufgaben für die Zukunft dieser Gesellschaft auch mit dem Blick auf das Vergangene und in der gleichberechtigten Auseinandersetzung von Ideen miteinander erstreiten. Ich glaube, das verlangt der Wähler von uns. Vor diesem Hintergrund tut es mir Leid, Ihr Antrag taugt für diese Auseinandersetzung nicht.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Vizepräsidentin Pelke:

Als nächster Redner folgt Abgeordneter Matschie, SPD-Fraktion.

Abgeordneter Matschie, SPD:

Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen, auch wenn es ein bisschen den Anschein haben konnte, die 37 CDU-Abgeordneten haben heute keine Debatte zum 9. November beantragt, der Antrag, den Sie uns hier auf den Tisch des Hauses gelegt haben, wäre dafür auch völlig ungeeignet. Über diesem Antrag steht: "MfS und AfNS-Mitarbeit und die Folgen für die Ausübung öffentlicher Ämter". Zugegeben, eine wichtige Facette von Vergangenheitsaufarbeitung, aber um anhand dieses einzigen

Themas ein komplexes Datum wie den 9. November zu diskutieren, ist dieser Antrag nicht geeignet. Ich will zu diesem Antrag einiges sagen und mit einer persönlichen Bemerkung beginnen.

Für mich haben Parlamente eine sehr hohe Wertschätzung. Deshalb bin ich der Auffassung, wer wissentlich und willentlich für die Staatssicherheit der DDR gearbeitet hat, sollte heute nicht in einem Landtag und auch nicht im Bundestag sitzen.

(Beifall bei der CDU, SPD)

Ich bin deshalb dieser Auffassung, weil die Tätigkeit für die Staatssicherheit geprägt war einerseits von der Verletzung von Grundsätzen der Rechtsstaatlichkeit und andererseits auch von der Missachtung von Menschenrechten. Diese Auffassung wird auch von meiner Fraktion geteilt. Um diese Haltung deutlich zu machen, hat sich ein Teil meiner Fraktion entschieden, diesem Antrag zuzustimmen. Ich will hier trotzdem noch einmal die Frage stellen: Was soll der Antrag zum heutigen Zeitpunkt? Man kann sich dem Verdacht kaum entziehen, als habe dieser Antrag in Wirklichkeit ein Ziel: Er soll sagen, hier in der CDU sitzen die Guten und dort sitzen die Bösen. Die Selbstgerechtigkeit, Herr Mohring, mit der Sie hier vorgetragen haben, die Selbstgerechtigkeit eines jungen Mannes, der gerade 17 Jahre alt war zur Wende, bestätigt mich in dieser Auffassung.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS, SPD)

Denn zu den Sachverhalten Stasi-Tätigkeit und Parlamentszugehörigkeit oder Stasi-Tätigkeit und Tätigkeit im öffentlichen Dienst sagt dieser Antrag nichts aus, was nicht ohnehin in den Gesetzen steht. Ja, er greift nicht einmal die aktuelle Rechtsprechung des Thüringer Verfassungsgerichts zu dieser Frage auf. Als politische Aussage in Erinnerung an den 9. November ist er nach meiner Überzeugung von solcher Einseitigkeit, dass er untauglich ist, diesem Datum gerecht zu werden.

(Beifall bei der SPD)

Ein Beitrag zur politischen Kultur, wie Sie in der Begründung formulieren, ist er damit mit Sicherheit nicht. Um deutlich zu machen, was wir von diesen Motiven halten, hat sich ein Teil meiner Fraktion entschieden, gegen Ihren Antrag zu stimmen oder sich zu enthalten. Offensichtlich haben ja auch einige CDU-Abgeordnete die Peinlichkeit dieses Antrags empfunden und ihn deshalb nicht unterschrieben.

Lassen Sie mich etwas zur rechtlichen Bewertung sagen: Ungeachtet der Tatsache, dass ich selbst und auch die Mitglieder meiner Fraktion der Auffassung sind, wer für die Staatssicherheit gearbeitet hat, sollte

heute nicht in einem Parlament sitzen, unsere Verfassung - und die haben Sie wie wir gemeinsam wesentlich mit geprägt - lässt es nicht zu, dass jemand wegen früherer Stasi-Tätigkeit aus dem Parlament ausgeschlossen wird. Das wurde mit dem Verfassungsgerichtsurteil vom 25. Februar 2000 klar und deutlich festgestellt. Nämlich § 8 des Thüringer Gesetzes zur Überprüfung von Abgeordneten, der den Ausschluss aus dem Parlament vorsieht, wurde für verfassungswidrig und für nichtig erklärt. Ich stelle an dieser Stelle fest, es gab seit diesem Urteil keinen Versuch, von keiner Fraktion des Hauses, die Verfassung so zu ändern, dass ein solcher Ausschluss wegen Stasi-Tätigkeit aus dem Parlament möglich wäre. Auch der Bundesgesetzgeber hat ausdrücklich darauf verzichtet, den Ausschluss aus dem Parlament wegen Stasi-Tätigkeit zu ermöglichen. Er hat nämlich die Beurteilung und Würdigung der Stasi-Vorwürfe bewusst der Öffentlichkeit überlassen. Sie sollen durch ihre öffentliche Meinungskundgabe und im Rahmen ihrer Wahlentscheidungen die Frage beantworten, ob der oder die betreffende Abgeordnete das Volk im Parlament vertreten soll oder nicht. Unbeschadet unserer einzelnen persönlichen Auffassung, die jeder dazu hat, ich finde, dass dieser Grundsatz einer kritischen Öffentlichkeit der richtige Grundsatz in einer Demokratie ist.

(Beifall bei der CDU)

Ich will an dieser Stelle auch erwähnen, dass die Überprüfung der Abgeordneten für die laufende Legislaturperiode noch gar nicht abgeschlossen ist, und es wäre klug, das Ergebnis abzuwarten, bevor wir hier im Hause eine Debatte dazu führen.

Zum Zweiten stellen Sie in Ihrem Antrag noch einmal die Bedeutung des Artikels 96 Abs. 2 der Thüringer Verfassung heraus. Nach dieser Verfassungsbestimmung gibt es eine widerlegbare Vermutung, dass diejenigen, die für die Staatssicherheit gearbeitet haben, ungeeignet für den öffentlichen Dienst sind. Zu diesem Artikel heißt es im Verfassungskommentar von Linck/Jutzi/Hopfe, ich zitierte: „Artikel 96 (2) wird nur vorübergehend praktische Bedeutung haben. Sein Inhalt ist aber gerade in der Zeit des Aufbaus einer demokratischen und rechtsstaatlichen Verwaltung ein wichtiges politisches Signal. Als solches wollte der Verfassungsgeber Artikel 96 (2) verstanden wissen.“ Vorübergehende praktische Bedeutung in der Aufbauphase - das ist der Schwerpunkt, den der Kommentar an dieser Stelle sieht. Der in Rede stehende Artikel enthält eine widerlegbare Vermutung und deshalb ist Einzelfallprüfung erforderlich. Und bei dieser Einzelfallprüfung ist nicht nur die Art und Weise der Zusammenarbeit, des Umgangs mit der Stasi-Tätigkeit zu werten, vielmehr muss nach der einschlägigen Rechtsauffassung auch das Verhalten nach der Stasi-Auflösung und insbe-

sondere die demokratische Bewährung desjenigen oder derjenigen eine wichtige Rolle bei der Einschätzung spielen. Und dieser Grundsatz gibt auch der Überzeugung Ausdruck - und ich finde, hier hat Frau Klaubert Recht in dem, was sie gesagt hat -, dass Menschen die Chance haben müssen, sich zu ändern und dass Menschen die Chance bekommen müssen, sich zu bewähren unter neuen Bedingungen, dass Menschen auch die Chance von Wiedergutmachung bekommen müssen. Mit zunehmender zeitlicher Entfernung vom Wendejahr 1989 wird deshalb diese Verfassungsbestimmung - da bin ich überzeugt - weiter an praktischer Bedeutung verlieren.

Weshalb die CDU jetzt - 16 Jahre nach dem Mauerfall - diesen Verfassungsartikel noch einmal so in den Mittelpunkt stellen möchte und so herausstreicht, lässt sich aus meiner Sicht nur mit parteipolitischen Erwägungen begründen. Wenn Sie einen wirklich ehrlichen Beitrag zum 9. November hätten leisten wollen, dann wäre auch eine selbstkritische Betrachtung notwendig gewesen. Ich will das nicht in der Ausführlichkeit tun, wie Frau Klaubert das hier angesprochen hat, aber einige Sätze dazu sagen, denn die DDR, deren Ende mit dem Mauerfall eingeleitet wurde, bestand nicht nur aus der Stasi, es gab auch diejenigen, die politische Verantwortung für das Unrechtsregime getragen haben, ohne für die Staatsicherheit zu arbeiten, und auch dieser Verantwortung muss man sich stellen.

(Beifall bei der SPD)

Zu diesen Wahrheiten gehört eben auch, die CDU war Teil des politischen Systems der DDR, werte Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

Und auch heute sitzen in der CDU-Fraktion noch Abgeordnete, die schon in der DDR politische Verantwortung getragen haben, sei es in der Volkskammer oder sei es in einer Kreisverwaltung. Manche sollen ja für ihr engagiertes Eintreten für den Sozialismus in den Farben der DDR sogar Auszeichnungen erhalten haben. Wer nur nach Sündenböcken sucht, werte Kolleginnen und Kollegen von der Union, die er in die Wüste schicken kann, der verhindert eine wirkliche Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit, und die - das zeigt auch der Thüringen-Monitor - wäre wirklich notwendig. Ich finde, werte Kolleginnen und Kollegen von der CDU, wenn Sie der politischen Kultur in unserem Land einen Dienst erweisen wollen, dann ziehen Sie Ihren Antrag bitte zurück.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS, SPD)

Vizepräsidentin Pelke:

Weitere Wortmeldungen - doch, es gibt eine weitere Wortmeldung. Abgeordneter Döring, SPD-Fraktion.

Abgeordneter Döring, SPD:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, wenn sich der Mensch erinnert, dann muss er auch den Mut haben, in die Asche zu sehen, die seine Jahre zurücklassen. Soll die Vergangenheit nicht unserer Zukunft im Wege stehen, so müssen wir uns alle verstärkt offen und ehrlich dieser von Hans Cibulka benannten Erinnerungskultur stellen. Die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit macht aber nur dann Sinn, wenn ich mein eigenes Handeln auch in der Zeit der Diktatur reflektiere. Das heißt allerdings nicht, das schleichende Stasi-Gift der Zersetzung im Nachhinein zu verharmlosen. Zuträger haben durch ihre Verrätertätigkeit jegliches zwischenmenschliche Vertrauen untergraben und - ich weiß das aus eigener Erfahrung - selbst die Menschen verunsichert, für die zwischenmenschliches Vertrauen zu den höchsten Werten gehört. Am Schicksal der Verfolgten, der Perversion der Macht ist nichts zu beschönigen und auch nichts zu relativieren und doch hat der Thüringen-Monitor - wir haben das heute gehört - deutlich gemacht, es gibt hier merkwürdige Wahrnehmungsverschiebungen, Verdrängungsinteressen, Ignoranz und Amnesie. Gerade in diesem Kontext bedauere ich, dass diejenigen, die durch Verstrickung mit der Staatsicherheit Schuld auf sich geladen haben, nicht die Kraft und auch nicht den Anstand haben, von sich aus die Konsequenzen zu ziehen.

(Beifall bei der CDU, SPD)

Meine Damen und Herren, das ist aber für mich nur eine Seite der Medaille. Glaubwürdigkeit, Wahrhaftigkeit, Wahrheit kann nicht allein heißen, mit dem Finger auf die anderen zu zeigen. Ich muss schon die eigene Geschichte befragen und mich mit eigenem Versagen auseinandersetzen. Ich selbst nehme mich hier gar nicht aus. Noch heute schäme ich mich zum Beispiel dafür, der Einführung des Wehrunterrichts nicht deutlicher widersprochen zu haben. Ich könnte auch andere Beispiele anfügen, die mich immer umtreiben.

Damit, meine Damen und Herren, komme ich zu Ihnen von der CDU. Ich bin jetzt 15 Jahre hier im Parlament und ich habe von Ihnen noch nicht ein einziges, nicht ein einziges selbstkritisches Wort zu Ihrer eigenen Geschichte gehört.

(Beifall bei der SPD)

Das, Kollege Mohring, ist differenzierter und souveräner Umgang mit der eigenen Geschichte, wie sie

es vorhin angesprochen haben. Man kann aber die Verantwortung für die eigene Vergangenheit nicht ablegen wie ein altes Hemd. Noch am 2. Oktober 1989, meine Damen und Herren, hat der Kreisverband Worbis der CDU zum 40. Jahrestag der DDR sich deutlich zum System bekannt. Ich zitiere: „Mit guten Taten für das Wohl des Volkes und für einen sicheren Frieden bereiten sich die Mitglieder des Kreisverbands Worbis der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands auf den 40. Jahrestag der Deutschen Demokratischen Republik, des 1. deutschen Friedensstaates, vor. Uns christlichen Demokraten, die wir ihn mitbegründet und mitgestaltet haben, ist er seit vier Jahrzehnten gesellschaftliche Heimstatt, hier finden wir alle Möglichkeiten, verantwortlich mitzuarbeiten, mitzuplanen und mitzuregieren.“ Und dann heißt es hier: „Wir erreichen bei der Gestaltung des gesellschaftlichen Lebens in den Territorien aktive Mitarbeit von 258 Unionsfreunden als Abgeordnete und Nachfolgekandidaten der Volksvertretungen aller Ebenen, darunter ein Unionsfreund als Stellvertreter des Vorsitzenden des Rates des Kreises, 13 hauptamtliche Bürgermeister, zwei hauptamtliche stellvertretende Bürgermeister, ein hauptamtliches Ratsmitglied, 16 ehrenamtliche stellvertretende Bürgermeister, zwei Vorsitzende der Gemeindeverbände“, so könnte man das weiter fortführen - geschrieben am 2. Oktober 1989. Ich denke, angesichts dieser Tatsachen zu verschweigen, dass man Teil des Systems war, das ist unredlich.

Meine Damen und Herren, mein Fraktionsvorsitzender hat das schon gesagt, Sie haben Verantwortung getragen und dazu muss man sich auch bekennen.

(Beifall bei der SPD)

Diesen Wahrheiten müssen Sie sich stellen und da Sie dies nicht tun, bleibt bei Ihrem Antrag der Verdacht der Instrumentalisierung. Das bedauere ich sehr.

Meine Damen und Herren, ich halte das für keinen - und da stimme ich meinem Fraktionsvorsitzenden zu - angemessenen Umgang mit dem 9. November. Erinnerung lässt sich nicht einfach wegwischen, sie lässt sich aber auch nicht einseitig instrumentalisieren. Sich der Vergangenheit zu stellen, und zwar immer auch der eigenen, muss stets Basis unserer demokratischen Kultur sein und ich rufe alle Fraktionen dieses Hauses dazu auf. Danke.

(Beifall im Hause)

(Zwischenruf Abg. Kretschmer, CDU:
Schönen Gruß an Herrn Gysi!)

Vizepräsidentin Pelke:

Es hat noch mal um das Wort gebeten Abgeordneter Mohring, CDU-Fraktion.

(Zwischenruf Abg. Kretschmer, CDU: Der kleine Döring spielt sich als Oberlehrer auf!)

(Unruhe bei der SPD)

Abgeordneter Mohring, CDU:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, ich will zunächst eines klarstellen: Niemand in diesem Haus, soweit ich es überblicken kann, ist erst nach 1989 geboren. Das sagt der Antrag auch gar nicht aus.

(Beifall bei der CDU)

Aber ich bin, sehr geehrter Herr Matschie, auch emotional sehr enttäuscht und überrascht über Ihre Rede und Stellungnahme zu unserem Antrag. Und ich will es in zwei Teile teilen, und zunächst erst noch mal ganz persönlich antworten, weil ich es auch politisch nicht verstehe. Es ist Ihre Partei und Ihre Fraktion, die dort, wo es geht, vor allen Dingen junge Menschen mehr in Demokratie einbinden will. Deshalb gibt es nicht zuletzt aus Ihrer Partei Anträge, auch schon 16-jährige Menschen in unserem Staat mitwählen lassen zu dürfen. Aber gleichzeitig, wie Sie das beantragen an dem einen guten Tag, sagen Sie am anderen Tag, so wie heute, dass Sie 17-jährigen Menschen nicht zutrauen, auch zu wissen und zu erkennen, dass sie in einer Diktatur gelebt haben und dass sie sich engagiert haben, dafür mitzuhelfen, dass diese Diktatur keinen weiteren Bestand hat.

(Beifall bei der CDU)

Darüber bin ich überrascht, weil Sie auch in Ihren eigenen Reihen und Sie selbst auch in dieser Zeit sich engagiert haben, und viele in Ihren Reihen haben, die es auch getan haben und zum Teil noch jünger waren als 17. Und zu meinen, dass es eine Altersfrage sei, zu erkennen, ob man in einer Diktatur lebt und ob das gerecht oder ungerecht ist, was da passiert, das jungen Menschen abzusprechen, darüber bin ich enttäuscht, dass Sie das hier in diesem Parlament gesagt haben.

(Beifall bei der CDU)

(Zwischenruf Abg. Höhn, SPD: Sie haben es einfach nicht verstanden!)

(Zwischenruf Abg. Matschie, SPD: Es ist interessant, was Sie gehört haben!)

Und dann gibt es einen zweiten großen Teil, zu dem man Stellung nehmen muss. Da bin ich vor allen Dingen überrascht, dass die SPD-Fraktion da im gleichen Stil antwortet, wie wir es von der Linkspartei-PDS-Fraktion vielleicht auch erwartet haben, nämlich, dass es natürlich einen großen Unterschied dazu gibt, ob man vielleicht Aktivist gewesen ist, ob man Mitglied im Kulturbund von mir aus gewesen ist, ob man selbst Orden bekommen hat, ob man Mitglied in der FDJ gewesen ist, Mitglied in der Blockpartei CDU oder selbst Mitglied in der SED gewesen ist. All das ist nicht gleichzustellen mit dem, dass die Menschen bei der Stasi Menschenbiographien kaputtgemacht haben,

(Beifall bei der CDU)

dass Menschen gestorben sind, dass Menschen umgebracht wurden,

(Unruhe bei der SPD)

dass sie ins Gefängnis gekommen sind, dass Familien zerstört wurden. Das gleichzusetzen ist unerhört und ist eine Sauerei! Frau Präsidentin, den Ordnungsruf nehme ich gern entgegen.

Vizepräsidentin Pelke:

Den Ordnungsruf bekommen Sie.

Abgeordneter Mohring, CDU:

Vielen Dank, dafür nehme ich ihn gern entgegen.

Frau Klaubert hat vorhin gesagt, wir sollen in den Einzelfall gehen. Wir sollen individuell schauen, wer Schuld auf sich geladen hat. Ich will das gern tun, weil es dazugehört und notwendig ist. In diesem Buch - ich habe es mir extra herausgesucht für die Debatte und ich habe es wirklich fast 15 Jahre nicht mehr angeschaut - „Befehle und Lageberichte des MfS Januar bis November 1989“. Und wer nicht meint und weiß, wie Freiheit eingeschränkt wurde und wer das alles gleichsetzen will mit dem, was Sie vorhin gesagt haben, dem will ich gern noch einmal zitieren aus einem internen Lagebericht der MfS-Dokumentenverwaltung Nummer 103590 - es muss ja alles seine Ordnung haben - vom 19.05.1989 und der bezieht sich auf die Wahl im Mai 1989, wer sich daran erinnert, wo sich erste Proteste festgemacht haben und gezeigt wurde, wie unfair und wie ungleich und wie unfrei wir behandelt worden sind. Dort heißt es in diesem Maßnahmenkatalog: „Sachlich gehaltene Eingaben, andere Schreiben oder Erklärungen zum Wahlergebnis an staatliche Organe sind den zuständigen örtlichen Wahlkommissionen zu übergeben. Die Sekretäre der Wahlkommissionen werden wie folgt antworten: Die Wahlkommission hat anhand

der von Wahlvorständen entsprechend § 39 Abs. 1 des Wahlgesetzes exakt gefertigte Niederschriften, die ordnungsgemäße Durchführung der Wahlen geprüft, das Wahlergebnis festgestellt und veröffentlicht. Dem sei nichts hinzuzufügen. Anzeigen, die nach § 211 Strafgesetzbuch der DDR erstattet werden, sind ohne Kommentar entgegenzunehmen. Nach Ablauf der vorgesehenen Fristen für die Anzeigenbearbeitung ist von dem jeweils zuständigen Organ zu antworten, dass keine Anhaltspunkte für den Verdacht einer Straftat vorliegen, und es ist darauf zu verweisen, dass ordnungsgemäße Wahlen durchgeführt worden seien.“ Und alle die, die das nicht hingenommen haben, die sich dagegen gewehrt haben und die dann auch am Ende gesagt haben, vielleicht auch schon davor, ich reise aus, ich halte das nicht mehr aus, die sind von den Stasileuten kriminalisiert worden und darauf muss doch auch noch 16 Jahre danach hingewiesen werden dürfen.

(Beifall bei der CDU)

Wir wollen darauf hinweisen, auch aus dieser Mitte heraus, als Gruppe - die gesamte Fraktion steht dahinter -, weil wir eigentlich nur einen Gruppenantrag mit zehn Mann machen wollten, aber die Masse der Fraktion spontan gesagt hat, wir wollen das nicht nur zehn überlassen, wir wollen alle mit unterzeichnen, weil wir gemeinsam dieselbe Auffassung vertreten, so wie es in dem Antrag steht. In diesem Parlament - und ich bin ziemlich stolz darauf, weil ich einer der Jüngsten bin, hier in diesem Hause mit sein zu dürfen - wollen wir es nicht akzeptieren, dass es Normalität ist, dass die Täter von dem letzten System, was wir vertrieben haben, hier gleichberechtigt mit uns am Tisch sitzen, auch wenn die Verfassung es erlaubt, wir wollen es nicht als normalen Zustand akzeptieren.

(Beifall bei der CDU)

Deshalb haben wir auch einen Gruppenantrag gemacht, weil wir es individuell, ganz persönlich mit unserem eigenen Namen, jeder für sich wie er unterschrieben hat, auch wie unsere gesamte Fraktion mit 45 Mann auch dazu steht, weil wir es mit unserem eigenen Namen zum Ausdruck bringen wollten. Frau Klaubert hat vorhin darauf verwiesen, was die Frage von Opposition betrifft usw. und man müsse alles ins rechte Licht rücken, aber ich will eins dazu sagen, die Zeit heilt die Wunden nicht und die Wunden, die hinzugefügt wurden, die haben dicke Narben hinterlassen und die kann man nicht einfach wegwischen, indem man sagt, es ist viel Zeit vergangen. Weil hier einer in unserem Haus sitzt, das will ich sagen, ohne seinen Namen zu nennen, damit er sich nicht so wichtig fühlt, er hat erst im März 1988 seine Verpflichtungserklärung unterschrieben und ich will daraus zitieren, nicht nur seinen komischen Spitzelnamen,

den er sich ausgesucht hat, sondern ich will daraus zitieren, Frau Präsidentin, was er gesagt hat: „Mir ist bewusst, dass der Gegner durch die Organisation und Inspirierung von übersiedlungersuchenden DDR-Bürgern einen politischen Untergrund in der DDR und eine innere Opposition schaffen will. Deshalb sehe ich es als meine Pflicht an, dass MfS bei der Aufdeckung und Bekämpfung dieser Angriffe meine ganze Kraft zur Verfügung zu stellen.“ Und wer heute noch damit kokettiert, dass er so etwas gemacht hat, der darf nicht in so einem Haus sitzen und muss den Anstand haben, dieses Haus freiwillig zu verlassen.

(Beifall bei der CDU)

Wer am Wochenende vielleicht Freizeit hat, weil er keine Termine wahrnehmen muss, dem empfehle ich das Buch „Dänen von Sinnen“; man kann es in unserer Landtagsverwaltung ausleihen. Dort beschreibt ein Thüringer seine Flucht in die dänische Botschaft 1988 in Berlin und wie ihn die Stasi aus dieser Botschaft wieder herausgeholt hat. Ich will aus dem Buch zitieren, weil genau derjenige, dessen Verpflichtungserklärung ich gerade zitiert habe, weil genau derjenige auch eine große Rolle gespielt hat. In dem Buch heißt es, ich will daraus zitieren, Frau Präsidentin: „Der ausreisewillige Freund Günter wird ständig von einem jungen dienstbeflissenden Frank Kuschel, der sich im Rathaus breit gemacht hat, entmündigend behandelt. Bei Nichterscheinen erfolgt Zuführung durch die Volkspolizei. Unlängst wurde er am frühen Morgen polternd aus dem Schlaf gerissen, zwei Polizisten donnerten so laut an seine Wohnungstür, dass alle Mieter des Hauses aufmerksam wurden - Gestapo-Methoden. Kuschel schickt sich an, durch einen besonders rigiden Stil schnell die Karriereleiter weiter emporzusteigen. Wenige Monate später darf er sich Bürgermeister in Großbreitenbach nennen. So wurde Herr O. L. vom damaligen stellvertretenden Bürgermeister für Inneres Frank Kuschel zur Erfassung als kriminell gefährdeter Bürger vorgeschlagen und vom Rat der Stadt am 21.07.88 als solcher erfasst.“ Kriminell vorgeschlagen, weil er dieses Unrechtssystem verlassen wollte. Darauf wollten wir mit diesem Antrag aufmerksam machen. Wer daraus nichts gelernt hat, der darf sich in diesem Parlament nicht zu Hause fühlen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Pelke:

Es hat jetzt das Wort Abgeordneter Matschie, SPD-Fraktion.

Abgeordneter Matschie, SPD:

Frau Präsidentin, Herr Kollege Mohring, weil Sie mich in Ihrer Rede eben noch mal angesprochen haben: Es hilft ja nichts, wenn die Argumente nicht reichen, sich in Vorwürfe und Pathos zu flüchten. Ich habe hier keine Gleichsetzung gemacht zwischen Verbrechen, die die Staatssicherheit begangen hat, und beispielsweise einfachen Mitläufern in Parteien wie der SED oder der CDU. Das habe ich bewusst nicht getan.

(Beifall bei der SPD)

Ich lasse mir das von Ihnen auch nicht unterstellen, das will ich hier noch mal sehr deutlich sagen, Herr Mohring.

Es geht bei dieser Auseinandersetzung nicht darum, irgendetwas zu beschönigen, was die Staatssicherheit getan hat. Es geht nicht darum, irgendetwas zu beschönigen, was an Verbrechen geschehen ist; es geht darum, auch derer zu gedenken, die Opfer dieses Systems geworden sind. Aber es geht auch darum, wenn man eine verantwortliche Debatte führen will über den 9. November, über den Fall der Mauer und über die Zeit davor, dass jeder auch seine eigene Vergangenheit beleuchtet, selbstkritisch und offen, und dass es nicht ein Spiel gibt, wo nur einzelne Sündenböcke benannt werden und alle anderen können sich dann frei fühlen. Das kann als Aufarbeitung nicht funktionieren. Ich habe auch nicht gesagt, dass ein 17-Jähriger nicht in der Lage ist, eine politische Situation zu bewerten. Ich habe lediglich gesagt, die Selbstgerechtigkeit eines jungen Mannes, der 17 war zur Wendezeit, die stößt mir bitter auf und das ist auch so. Ich gestehe Ihnen zu, dass Sie zu dieser Zeit politische Dinge einschätzen konnten, auch, dass Sie sich engagiert haben. Das ist gar keine Frage. Aber sich hier so selbstgerecht hinzustellen, das bringt, glaube ich, für die Debatte, die wir hier miteinander führen wollen, eher Schwierigkeiten, als dass wir hier miteinander eine vernünftige und verantwortungsvolle Diskussion führen.

(Zwischenruf Abg. Carius, CDU: Das haut aber ...)

Da brauchen Sie gar nicht dazwischenzurufen. Es geht hier darum: Wenn Sie ernsthaft eine Debatte wollen, dann müssen Sie sie offen im Miteinander führen ohne falsche Beschuldigungen, in aller Offenheit, auch was die eigene Vergangenheit angeht.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Pelke:

Danke schön. Mir liegen jetzt keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit schließe ich die Aussprache. Eine Ausschussüberweisung wurde nicht beantragt. Ist das korrekt? Dann ist das so. Dann kämen wir jetzt zur Abstimmung direkt über den vorliegenden Antrag in Drucksache 4/1324. Abgeordneter Stauch, bitte.

Abgeordneter Stauch, CDU:

Wir bitten um namentliche Abstimmung.

Vizepräsidentin Pelke:

Dann wird über den Antrag in namentlicher Abstimmung abgestimmt.

Sind jetzt alle Stimmzettel eingesammelt? Das ist der Fall. Dann schließe ich die Wahlhandlung und bitte um Auszählung.

Ich darf das Ergebnis der Abstimmung über den Antrag in Drucksache 4/1324 vortragen. Es wurden 82 Stimmen abgegeben. Jastimmen 47, Neinstimmen 29, Enthaltungen 6. Damit ist der Antrag mit Mehrheit angenommen (namentliche Abstimmung siehe Anlage).

Ich schließe den Tagesordnungspunkt und rufe auf den **Tagesordnungspunkt 14**

Entwicklung der Pensionslasten in Thüringen

Antrag der Fraktion der SPD

- Drucksache 4/1318 -

dazu: Alternativantrag der Fraktion der CDU

- Drucksache 4/1337 -

Wünscht die Fraktion der SPD, den Antrag zu begründen? Das ist nicht der Fall. Die Fraktion der CDU, wünscht sie die Begründung zum Alternativantrag? Das ist auch nicht der Fall. Die Landesregierung erstattet Sofortbericht zu den Ziffern 1 des Antrags der Fraktion der SPD und der CDU. Das Wort hat Ministerin Diezel.

Diezel, Finanzministerin:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, der Freistaat Thüringen hat für das laufende Jahr 2005 rund 2,4 Mrd. € für die Personalausgaben im Landeshaushalt eingestellt. Darunter fallen die Bezüge von Beamten und Richtern, Arbeitern und Angestellten, die Amtsbezüge der Landesregierung und die Abgeordnetenbezüge sowie die dazu notwendigen Sozialversicherungsbeiträge

und die Zuführung zum Pensionsfonds. Darüber hinaus zahlen wir außerhalb der Pensionskosten Aufwendungen für Sonderzusatzversorgungssysteme der ehemaligen DDR. Die Personalausgabenquote beträgt zurzeit 26,3 Prozent. Nach den Prognosen des Finanzministeriums wird die Personalausgabenquote in Thüringen bis 2009 mit 26,2 bis 26,3 Prozent nahezu unverändert bleiben. Diese Entwicklung ist sichtbarer Beweis für den Erfolg unserer Personalpolitik, denn das ist nicht überall so. Sie sind das Ergebnis eines notwendigen Stellenabbaus, den wir gegen vielfältige Widerstände durchgesetzt haben. Hatten wir noch im Jahr 63.180 Stellen, so sind es im kommenden Jahr nur noch 53.779 Stellen. Ohne diesen Stellenabbau wären unsere Personalausgaben heute um über 400 Mio. € höher. Und wir gehen diesen Weg weiter. Wir werden bis 2009 die notwendigen Strukturreformen der Thüringer Landesverwaltung vornehmen. Dabei werden wir diesen Personalabbau gemeinsam mit den Beschäftigten sozial verträglich mit den bekannten freiwilligen Maßnahmen gestalten. Wir werden somit weitere Stellen abbauen und keine Menschen entlassen. Wir werden zu weiteren Einsparungen kommen, um damit die Personalausgabenquote stabil zu halten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren von der SPD, wir haben das Problem der Personalkosten nachweislich sehr aufmerksam beobachtet und entgegengewirkt und wir werden dies weiter tun. Die in Ihrem Antrag formulierte Kritik ist unbegründet, denn es gibt keine bessere Vorsorge in der Personalpolitik als Kosten einzusparen für die zukünftigen Jahre und Jahrzehnte.

Meine Damen und Herren, der Freistaat beschäftigt derzeit 31.000 Beamte. Das entspricht etwa 50 Prozent des Personalbestandes. Für die Beamtenbesoldung wurden im laufenden Haushalt rund 1 Mrd. € veranschlagt. Dem gegenüber stehen 1.700 Ruhestandsbeamte. Die Ausgaben hierfür werden im Jahr mit 30 Mio. € veranschlagt. Allerdings werden hier 5 Mio. € vom Bund und den alten Ländern entsprechend der Erstattungsregelung erstattet. Somit sind die derzeitigen Pensionsausgaben ungefähr 1 Prozent der gesamten Personalausgaben. Für die im Freistaat Thüringen tätigen Angestellten und Arbeiter werden derzeit an die Rentenversicherungen 120 Mio. € abgeführt. Die Aufwendungen kommen noch hinzu, die so genannte Betriebsrente im öffentlichen Teil, diese VBL, das sind im Jahr noch einmal zusätzlich 16 Mio. €, also 136 Mio. € im Bereich der Rentenversicherung und der Zusatzrentenversicherung. Uns ist durchaus bewusst, dass die Pensionsverpflichtungen in den nächsten Jahren, vor allen Dingen ab dem Jahr 2010, ansteigen werden und dies auch nicht verhindert werden kann. Die Pensionsverpflichtungen werden durch die Anzahl und die Altersstruktur der Beamten, das Eintrittsalter in

den Ruhestand und natürlich die Höhe des Ruhegehalts bestimmt. Ich teile im Übrigen nicht die Auffassung der SPD-Fraktion, wir hätten zu unkritisch verbeamtet. Unstreitig dürfte sein, dass es Beamte in den Kernbereichen des Staates geben muss. Diese Kernbereiche sind vor allem die Polizei, die Justiz und die Finanzverwaltung, aber auch die Lehrer.

Wer in Kernbereichen des staatlichen Handelns arbeitet, hat die Aufgabe oder auch die Pflicht, in das Leben der Bürger einzugreifen, die so genannte Eingriffsverwaltung. Unsere Beamten haben mit der Ausübung dieses Dienstes eine besondere Pflicht und ein besonderes Recht. Dies bedingt natürlich gegenüber dem Dienstherrn zu besonderer Neutralität, zu besonderer Treue und bindet ausnahmslos an Recht und Gesetz. Wer solche Pflichten als Beamter übernimmt, dem werden vom Staat auch besondere Rechte verliehen. Das Berufsbeamtentum ist die Klammer zwischen Rechten und Pflichten. Und nicht zu vergessen: Für den öffentlichen Arbeitgeber sind Beamte und Beamtinnen oftmals flexibler und mobiler einsetzbar. Gerade in einer Zeit, wo die Aufgaben des Staates und der Gesellschaft sich so atemberaubend entwickeln, ist das Beamtentum mit seiner Flexibilität von großem Vorteil.

Der scheidende Bundesinnenminister machte noch auf einen anderen Aspekt aufmerksam. Er sagte in Bad Kissingen am 10. Oktober dieses Jahres, dass Beamte sogar 12 Prozent länger arbeiten als die Beschäftigten im öffentlichen Dienst und in der Wirtschaft. Es ist also das Wort „Beamte“ mit sehr vielen Vorurteilen belastet, dem eigentlich viel gewichtigere Fakten entgegenstehen.

Meine Damen und Herren, noch kurz einige Bemerkungen - wir haben in diesem Haus schon sehr oft darüber diskutiert - zur Lehrerverbeamtung. Ich möchte in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, dass neben Funktionsträgern, wie beispielsweise den Schulleitern, zumeist Teilzeitbeschäftigte verbeamtet wurden. Und, meine Damen und Herren und Kollegen von der SPD, Sie wissen doch ganz genau, dass diese Teilzeitverbeamtungen eine sinnvolle Ergänzung des Mitte der 90er-Jahre vereinbarten Floatings waren. Das Floating war eine Maßnahme, um Lehrerkündigungen abzuwenden, was damals von allen Seiten als sozialpolitische Leistung gewürdigt wurde, dieses abzuwenden. Die spätere Teilzeitverbeamtung wurde vor allem von der Gewerkschaft mitgetragen und zumindest auch von Teilen auch der SPD-Fraktion positiv begleitet. Mit diesen Maßnahmen haben wir Arbeitsplätze von Lehrern gesichert, auch wenn sich das nicht immer positiv auf den Landeshaushalt auswirkte. Sie alle kennen die Ausgaben im Bereich der Personalkosten des Kultusministers. Aber wir kennen auch die Überschriften und die Ergebnisse von PISA. Und wenn die „Wirtschaftswoche“ vor nicht

allzu langer Zeit titelte „Schulland Thüringen“, dann zeigt das auch, dass wir gerade mit Verbeamtung und Teilzeitverbeamtung, glaube ich, einen guten Schritt im Bereich des Personals der Lehrer gegangen sind.

Lassen Sie mich an dieser Stelle, meine sehr verehrten Damen und Herren, insgesamt den Beamtinnen und Beamten unseres Freistaats - ohne die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer hintanzustellen - ausdrücklich für ihre Tätigkeit danken. Ich begreife die Beamtinnen und Beamten unseres Freistaats als aktive Mitgestalter für Thüringen. Thüringen würde in vielen Bereichen nicht vorn liegen ohne die Arbeit der Beamten. Ich denke hier an die Aufklärungsquote im Bereich der Straftaten oder auch an die Ergebnisse der PISA-Stiftung.

Und wir haben unseren Beamten einiges zugemutet. So haben wir die Sonderzuwendungen beträchtlich gekürzt, das Urlaubsgeld gänzlich gestrichen. Zudem arbeiten unsere Beamten 42 Stunden. Wir reden immer so viel von Gerechtigkeit. Die Thüringer Beamten haben im Gegensatz zu ihren Kollegen Angestellten schon einen großen Beitrag zur Entlastung des Haushalts geleistet. Die Thüringer Landesregierung will sich vor allen Dingen in den Tarifverhandlungen auch dafür einsetzen, dass wir hier einen Gleichklang bekommen zwischen Beamten und Angestellten.

Ein weiterer Punkt ist, und den sollte man nicht vergessen, dass das durchschnittliche Eintrittsalter der Beamten in den neuen Ländern ein anderes ist und vor allen Dingen, dass die Thüringer Beamten - und das zeigt auch die Motivation - im Durchschnitt der neuen Bundesländer viel später in die Rente eintreten, also in die Pension. Sie treten ein mit 59,4 Jahren, während der Durchschnitt der neuen Bundesländer bei 58,6 Jahren liegt. Für diejenigen, die sich nicht ständig mit Tarif- und Beamtenrecht beschäftigen, sei der Hinweis gestattet, dass die Justizvollzugsbeamten und die Polizisten mit 60 Jahren die Möglichkeit des Ruhestandes haben.

Unsere Beamten in den neuen Ländern, die erstmals verbeamtet wurden nach 1990, können in der Zeit maximal 15 Ruhegehaltsfähige Dienstjahre erarbeiten. Das ist die Mindestversorgung im Bereich der Beamtenversorgung. Ab dem Jahr 2010 werden die Beamten der Jahrgänge ab dem Jahr 1951 in die Pension gehen. Sie werden zu einer nicht unerheblichen Steigerung der Versorgungskosten führen. Eine genauere Prognose zu stellen, in welcher Höhe sich die Versorgungsausgaben für diesen und den folgenden Zeitraum belaufen, gestaltet sich schwierig. Es sind verschiedene Daten zu erheben: die Bezugshöhe, die Zahl der Altersstruktur, die Bezugssteigerungen, die Lebenserwartung, das Eintrittsalter. So hat die Thüringer Landesregierung auf Bitte des Haushalts- und

Finanzausschusses im Januar 2002 einen Bericht über die Versorgungslasten bis zum Jahr 2015 vorgelegt. Die darin enthaltenen Zahlen sind heute überholt. Sie sind viel zu hoch. Die Veränderungen der Entwicklung in der Besoldung, in der Sonderzuwendung, konnten naturgemäß sich auswirken und reduzieren die Pensionslasten. Die Berechnungen zeigen sich schwierig und die derzeit vom Bundesinnenministerium vorgelegte Berechnung des dritten Versorgungsberichts der Bundesregierung hat auch einen Ausschnitt Thüringen. Auf der Grundlage von vier verschiedenen Annahmen über die Besoldungserhöhung werden Versorgungsausgaben für die Jahre 2003 bis 2050 hochgerechnet. Im Ergebnis schwanken sie im Jahr 2050 je nach Variante von 467 Mio. € bis 1,7 Mrd. €, also über 1 Mrd. € Schwankungsbreite. Für das Jahr 2010 werden die Pensionslasten in diesem Versorgungsbericht der Bundesregierung mit 85 bis 99 Mio. € prognostiziert.

Die Pensionsausgaben sind Gegenstand weiterer Studien und Veröffentlichungen. Sie kennen vielleicht die Studie der Stiftung Marktwirtschaft. In ihrer Studie geht sie im Jahr 2010 für Thüringen von Versorgungslasten von 149 bis 179 Mio. € aus. Aber ich glaube, es reicht nicht aus, eindimensional nur von Pensionslasten zu sprechen. Man muss die Personalkosten insgesamt betrachten.

Pensionen sind in die Zukunft verlagerte Besoldungen. Die Beamten erhalten teilweise nur 45 Prozent ihres Anspruchs und gerade bei den Beamten, die jetzt erst verbeamtet werden in den neuen Ländern, werden 55 Prozent der früheren Bezüge eingesparrt. Wenn die Pensionierung auch wie geplant zum Personalabbau genutzt wird, wirken sich insgesamt Senkungen der Personalkosten aus oder der Anstieg wird reduziert.

Ich betone noch einmal, dass wir diese Senkung sozialverträglich vornehmen wollen. Die großzügige Bewilligung und auch die Annahme der Bewilligung auf Altersteilzeit ist eine dieser Maßnahmen. Wir tragen aber auch Vorsorge. Entsprechend der Grundlage des Bundesbesoldungsgesetzes hat der Freistaat Thüringen ein Sondervermögen gegründet. Seit 1998 wird in dieses eingezahlt. Derzeit sind 30 Mio. € angespart. Jährlich wird eine Zuführung entsprechend der gesetzlichen Zuführungsvorgaben in Höhe von 6,6 Mio. € realisiert. Zweck des Fonds ist nicht die Kapitaldeckung der Pensionen, sondern Zweck des Fonds ist, Schwankungen vor allen Dingen in starken Jahrgängen auszugleichen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Wunsch der SPD-Fraktion nach regelmäßigen Pensionsberichten kann nachvollzogen werden und ich stehe dem grundsätzlich positiv gegenüber. Er könnte beispielsweise gemeinsam mit der nächsten Mittelfris-

tigen Finanzplanung - ich sage, mit der nächsten, weil wir jetzt im Kabinett die jetzige verabschiedet haben - genauso, wie wir die Zusatzversorgungssysteme mit aufgenommen haben, vorgelegt werden und eine Datenerhebung gemacht werden. Zur Datenerhebung hatte ich gesagt, dass wir uns natürlich an der Datenerhebung des Jahres 2002 orientieren und uns an der Datenerhebung des Bundes orientieren müssen und dann Berechnungen mit bestimmten Programmen aufgrund der Daten, die wir in der ZG haben, vornehmen werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Sie sprechen in Ihrem Antrag ein weiteres Problem an, das ein wirkliches Problem ist, das sind die Erstattungen für die Zusatz- und Sonderversorgungssysteme. Hatten wir im Jahr 1992 noch Ausgaben in Höhe von 136 Mio. €, im Jahr 2004 370 Mio. €, so haben wir für das Jahr 2005 416 Mio. € veranschlagt. Wir rechnen im Jahr 2006 mit 420 Mio. €. Das sind Probleme, die die neuen Länder tragen, das sind Zahlungen, die in die Rentenkasse des Bundes gehen, die schwer für die Haushalte zu schultern sind. Es sind ja noch Verfahren anhängig, wie Sie wissen, im Bereich der Mitarbeiter des Gesundheitswesens, die auch noch dazu führen können, dass es zu zusätzlichen Zahlungen kommt. Wir haben als neue Länder gemeinsam versucht, diese Folgen abzuschätzen. Wir erhalten die Daten der Rentenversicherungsträger nicht, so dass man nur mit ganz vagen Prognosen einschätzen kann, dass vielleicht im Jahr 2005 die Spitze des Eisbergs erreicht ist, aber 420 Mio. €, 25 Prozent der SoBEZ, das ist eine wirkliche Belastung.

Ich möchte noch mal erinnern, die derzeitigen Pensionslasten aus eigenen Leistungen sind 25 Mio. €, die Leistungen für die Angestellten und Arbeiter in die Rentenkassen und die Zusatzversorgungskassen sind 136 Mio. € und die Leistungen für die Zusatzversorgung sind 420 Mio. €, um das einmal richtig zu sehen. Dann muss man nämlich sagen: Was belastet denn diesen Haushalt wirklich zurzeit? Dann sind das die Zusatz- und Sonderversorgungssysteme.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Beamtenschelte - immer wieder auf diese Lasten, die durch die Beamten kommen, zu verweisen, vergessen wir denn nicht, dass die Bundesrentenversicherung aus dem Bundeshaushalt jährlich 80 Mrd. € Zuführung bekommt aus dem Haushalt und dass sich der Bund sogar gezwungen sieht, wahrscheinlich einen Kredit für die Rentenkasse aufzunehmen oder schon hat. Deswegen sollte man nicht einseitig immer nur die Pensionslasten, die sicherlich zu beachten sind, keine Frage, und wir werden auch diesen Bericht machen und wir haben Vorsorge getroffen mit dem Pensionsfonds, aber man sollte nicht einseitig Beamtenschelte betreiben und sagen, das sind die- jenen, die die Last für die Zukunft für unseren Haus-

halt sein werden. Personalkosten immer insgesamt betrachten und Personalkostenpolitik so zu machen, dass wir in einem Bereich unter 30 Prozent in den nächsten Jahren bleiben, das ist Aufgabe dieser Landesregierung. Vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Pelke:

Danke schön. Wird die Aussprache zum Sofortbericht gewünscht? Von der CDU-Fraktion, von der SPD-Fraktion. Dann eröffne ich die Aussprache zum Sofortbericht und auch zu dem Antrag bzw. Alternativantrag. Als erster Redner hat sich zu Wort gemeldet Mike Huster, Die Linkspartei.PDS-Fraktion.

Abgeordneter Huster, Die Linkspartei.PDS:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben den Bericht der Ministerin vernommen und darin auch die Aussage, dass sich der Haushalts- und Finanzausschuss bereits vor einigen Jahren mit der Problematik über einen Selbstbefassungsantrag beschäftigt hat. Seitdem - so würde ich einschätzen - hat sich allerdings das öffentliche Bewusstsein für die Gesamtproblematik Pensionslasten im Sinne von Nachhaltigkeit durchaus geschärft. Die Ursachen dafür würde ich vor allem in der dramatischen Lage der öffentlichen Haushalte insgesamt sehen. Es ist nämlich bei den Pensionslasten wie bei allen anderen Fragen des Haushalts auch, dass jahrzehntelang - im Wesentlichen in der alten Bundesrepublik - aufgrund von positiven Wachstums- und Zukunftserwartungen Verpflichtungen für die Zukunft eingegangen wurden. Mit der deutschen Einheit wurden diese Verpflichtungen, diese Ansprüche im Wesentlichen auch auf die neuen Bundesländer übertragen, wobei hier zu differenzieren ist. Was die Verbeamtungspraxis in den letzten Jahren betrifft, so gibt es in den neuen Bundesländern zumindest eine durchaus unterschiedliche Praxis. Mir ist aber ein anderer Punkt an dieser Stelle wichtig. Ich glaube, dass die Art und Weise des Aufbaus von zukünftigen Lasten auf dieser, wie ich finde, verheerenden Fehleinschätzung von Politik beruht hat und nach wie vor beruht, nämlich den immer steigenden Erwartungen an ein nachhaltiges Wachstum. Diese Erwartungen, meine Damen und Herren, haben sich bekanntlich nicht erfüllt und deshalb ist auch die Krise der öffentlichen Haushalte so stark. Eine Ursache waren sicherlich die katastrophalen Wirkungen der Steuerreform des Jahres 2000, wo im Wesentlichen nach neoliberalen Wachstumsüberlegungen Geschenke an die Großkonzerne und die besser Verdienenden verteilt wurden. Deshalb muss bei dem Thema Pensionslasten meines Erachtens klar herausgestellt werden - ich denke, auch in dem Sinne, wie Sie das ausgedrückt

haben, Frau Diezel -, dass die Sorge um die Entwicklung der Pensionslasten um sehr, sehr viel geringer wäre, wenn wir deutlich höhere Einnahmen in den öffentlichen Haushalten dieses Landes hätten.

Meine Fraktion, meine sehr verehrten Damen und Herren, macht genau an dieser Stelle immer sehr deutlich, dass es endlich an der Zeit ist, über die aus, wie wir finden, der falschen Wachstumsideologie heraus resultierenden Fehler nachzudenken und endlich Konsequenzen auch für politisches Handeln zu ziehen.

Meine Damen und Herren, im Bereich des Landespersonals wurde in den letzten Jahren relativ stark verbeamtet. Bewerten will ich das an dieser Stelle nicht. Ich will aber einräumen, dass es natürlich durchaus bei den Beschäftigten, die das betroffen hat - natürlich auch bei politischen Parteien -, eine Erwartungshaltung in diese Richtung gab. Demografische Warnungen wurden meines Erachtens in den letzten Jahren zu stark ignoriert. Nun - und deshalb kommt auch das Thema, denke ich, mit einer gewissen Last zum Tragen - kommt es in den nächsten Jahren zu folgender Situation: In den Jahren, in denen die Pensionslasten auch im Landeshaushalt signifikant steigen werden, in den Jahren kommt es genau zum spürbaren Abbau der Mittel aus dem Solidarpakt II. So wird die prognostizierte Pensionslast in Thüringen im Jahr 2017 - das war damals die Prognose in unseren Beratungen - deutlich über 200 Mio. € betragen. Allen hier im Raum dürfte klar sein, dass es dann eine weitere Ziel-1-Förderung der EU in dem Maße, wie wir es bisher kennen, nicht mehr geben wird, dass die Mittel aus dem Solidarpakt - ich sagte es bereits - gegen null gehen werden. Wir wissen, dass Thüringen mit jedem Einwohner auch Mittel über die Mechanismen des Länderfinanzausgleichs verliert. Die bedrückende Verschuldungslage und die daraus resultierende steigende Zinslast des Landes für die Zukunft - das wissen Sie auch - wiegt ebenso schwer. Mit Verpflichtungen aus Investitionen ist es ähnlich. Die Raten aus der alternativen Finanzierung betragen schon jetzt 60 Mio. € jährlich. Und als ob das alles in der Summe immer noch nicht genug ist, mit dem neuen Zauberwort, der neuen Zauberformel „ÖPP“ soll weiter versucht werden, Lasten weiter in die Zukunft zu verschieben, ohne dass - und das ist der neue Gesichtspunkt - für das Haus hier die notwendige Transparenz hergestellt werden kann. Das ist meine Kritik.

In der Summe aller dieser Fakten, Frau Ministerin, erkennt man, dass die Landesregierung viel zu wenig bereit war und auch bereit ist, über diese langfristigen Wirkungen ihrer Politik nachzudenken, diese auch öffentlich darzustellen und zu diskutieren. Ich will erinnern, dass meine Fraktion bereits mit Anträgen in der Vergangenheit auf diese Transparenz

aufmerksam gemacht hat. Ich will an unseren Kasenssturz antrag erinnern. Wir meinten schon damals, dass es an der Zeit ist, dass alle Verbindlichkeiten mal auf den Tisch müssen, nicht bloß die, die sich im Haushalt verbergen, sondern auch die so genannten Sondervermögen, Schattenhaushalte und die langfristigen Verpflichtungen. Diesem Antrag stimmte die Mehrheitsfraktion hier im Hause nicht zu.

Meine Damen und Herren, vor diesem Hintergrund bezeichne ich Ihren Alternativantrag als eine Moglepackung.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS, SPD)

Dieser Antrag, meine Damen und Herren, steht für das Verschleiern und Verschleppen notwendiger Reformen auch hier in Thüringen, und nicht zuletzt deshalb, weil man auch aus den Dingen, die ich benannt habe in der Summe, aber prononciert aus den steigenden Pensionslasten sich ein weiterer Druck auf eine umfassende Funktional-, Verwaltungs- und Gebietsreform in Thüringen ableiten lässt, eins der zentralen Zukunftsfelder dieses Landes, an dem die Landesregierung eklatant versagt und genau die finanzielle und politische Handlungsfähigkeit dieses Landes Thüringen weiter gefährdet.

Meine Damen und Herren, meine Fraktion unterstützt das Anliegen des Antrags der SPD-Fraktion. Mit der Annahme dieses Antrags könnte es ein kleines Stück gelingen, etwas mehr Transparenz für die Abgeordneten und die Öffentlichkeit zu gewährleisten. Es ist auch kein Nachteil im Vergleich mit dem Antrag der CDU-Fraktion, dass ein gesonderter Bericht, wenn er denn fundiert ist und vernünftig vorbereitet ist, alle zwei Jahre im Plenum diskutiert wird und - wie ich finde - dem Thema so die gebührende Aufmerksamkeit gewährt werden könnte.

Der CDU-Antrag hingegen klingt fein, würde ich hier aber als Täuschungsmanöver bezeichnen. Ich will es begründen. Mit der jährlichen Darstellung in der Mittelfristigen Finanzplanung und deren gewissermaßen Unverbindlichkeit wird dem Thema - wie ich finde - kein angemessener Stellenwert eingeräumt. Noch schwieriger ist dabei die Absicht der CDU-Fraktion, in dieser Mittelfristigen Finanzplanung auch nur die Projektion der künftigen Pensionslasten über genau den jeweiligen Finanzplanungszeitraum zu verlangen, das heißt netto, über die nächsten drei Jahre. Das heißt, meine Damen und Herren, mit klaren Worten, die CDU möchte nur wissen, wie sich die Lasten in den nächsten drei Jahren entwickeln. Wir wollen aber wissen, wir müssen eigentlich wissen, welche Lasten sich darüber hinaus mindestens bis zum Jahr 2020 entwickeln, meine ich, das wäre seriös, mit dem Ende des Solidarpaktes II. Aber ich meine, meine Damen und Herren, der Versorgungs-

bericht des Bundes projiziert weit größere Linien, ich meine aber deutlich gemacht zu haben, in welche Richtung die Reise gehen könnte. Das, was die CDU-Fraktion hier vorschlägt, die Kopplung an das unverbindliche Instrument der Mittelfristigen Finanzplanung und dann auch nur im Zeitraum derselben, halte ich absolut für nicht ausreichend. Sie setzen sich damit dem Verdacht aus, dass Sie auch in dieser Frage maximal nur in Wahlperioden denken und nicht länger. Das ist, meine Damen und Herren, viel zu wenig. Es wird Sie daher nicht verwundern, dass ich meiner Fraktion nur die Ablehnung Ihres Antrags empfehlen kann, während der SPD-Antrag die Unterstützung meiner Fraktion finden wird. Danke schön.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Vizepräsidentin Pelke:

Als Nächster hat das Wort Abgeordneter Dr. Pidde, SPD-Fraktion.

Abgeordneter Dr. Pidde, SPD:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, wenn wir über Pensionslasten reden wollen, dann müssen wir natürlich auch über die Verbeamtungspraxis in Thüringen sprechen. Frau Ministerin, wenn Sie hier von einer erfolgreichen Personalpolitik der Landesregierung sprechen, da lachen die Hühner, selbst bei Vogelgrippe.

(Beifall bei der SPD)

Über Jahre hat die Thüringer Landesregierung in diesem Fall nicht gehandelt. Sie haben die Entwicklung entweder verschlafen oder bewusst nicht angepackt. Sie haben nach den gleichen Grundsätzen gehandelt wie in anderen Politikbereichen, entweder nach dem Prinzip Hoffnung oder „nach uns die Sintflut“. Die Fehler der alten Bundesländer wurden wiederholt. Sie haben für kurzfristige geringe Einsparungen hohe Kosten in die Zukunft geschoben.

(Beifall bei der SPD)

Die dadurch gewonnenen finanziellen Spielräume sind schon aufgeessen, sie sind verkonsumiert und Sie haben die Gelder gebraucht, um von Ihren Defiziten bei Verwaltungs- und Behördenreform in den vergangenen Jahren abzulenken und diese zu verschleiern.

Meine Damen und Herren, in der zweiten Wahlperiode in der großen Koalition haben wir sehr viel über die Zahl der Verbeamtungen diskutiert. Die SPD sagte, nur für hoheitliche Aufgaben. Die Diskussion wurde geführt: Was sind denn hoheitliche Aufgaben? Sie haben heute, Frau Ministerin, über die Kernbe-

reiche gesprochen. Unstrittig sind Justiz, Polizei. Die CDU hat sich durchgesetzt und die Schuldirektoren und ihre Stellvertreter verbeamtet. Und ich sage, auch als Erfolg unserer Hartnäckigkeit kam es dann dazu, dass 1999 ein Thüringer Pensionsfonds eingerichtet worden ist.

(Zwischenruf Diezel, Finanzministerin:
Das ist Bundesgesetzgebung. Reden Sie
nicht solches Zeug.)

Da lassen Sie mich doch erst einmal erzählen. Dieses Gesetz ging insbesondere zurück auf den Versorgungsbericht der Bundesregierung aus dem Jahr 1996, in dem ein riesiger Handlungsbedarf im Bereich der Pensionslastenvorsorge konstatiert wurde. Gemeinsam beschlossen Bund und Länder deshalb die Ergänzung des Bundesbesoldungsgesetzes um den § 14 a, wonach das Besoldungsniveau und das Niveau der Beamtenversorgung bis zum 31. Dezember 2013 um insgesamt 3 Prozent gesenkt werden sollte. Diese Einsparung fließt in ein Sondervermögen und wird dort angespart und zinsgünstig angelegt. Mit der Verabschiedung des Pensionsfondsgesetzes in Thüringen wurde endlich eine Grundlage für eine nachhaltige Betrachtungsweise der auflaufenden Beamtenpensionen geschaffen, nicht mehr und auch nicht weniger. Bei der Verabschiedung des Gesetzes bestand seitens der SPD die Hoffnung, dass dies erst der Anfang der notwendigen Rücklagenbildung sei, denn schon damals war insbesondere den Finanzpolitikern klar, dass die geringen Zuführungen zum Sondervermögen in Zukunft nur die Spitze zukünftiger Belastungen abdecken können. Deshalb lässt das Gesetz ja auch zusätzliche Zuführungen aus dem Landeshaushalt zu. Leider hat sich die Hoffnung bis heute nicht bestätigt, dass es gelingt, zusätzliches Landesgeld für die Vorsorge für zukünftige Pensionslasten dem Fonds zuzuführen.

Meine Damen und Herren, bis 1999 war die Pensionslastenproblematik im Griff. Es war lösbar, das Problem. In der 3. Legislaturperiode dann, unter Alleinregierung der CDU, wurde die Verbeamtungspraxis in unverantwortlicher Weise ausgeweitet, exzessiv und unkritisch. Alle Lehrer wurden verbeamtet, die es wollten und bei denen es möglich war. Die Verbeamtung wurde in nie gekanntem Umfang als Einsparinstrument zulasten zukünftiger Generationen angewandt. Alle Warnungen wurden in den Wind geschlagen, Sie stellten sich an wie ein bockiges Kind.

Meine Damen und Herren, der mahnende Zeigefinger war da. Die Geschichte hat einen ganz langen Bart, länger noch als beim Rumpelstilzchen. Im Jahr 1995 beschäftigte sich der Thüringer Landtag wohl das erste Mal ernsthaft mit dieser Thematik, da bis dato kaum Pensionslasten angefallen waren. So

setzte die SPD-Fraktion in der großen Koalition im Rahmen des Entschließungsantrags zum Haushalt 1995 durch, dass die Landesregierung die Vor- und Nachteile der Einrichtung von Pensionsrückstellungen für Landesbeamte prüfen musste und dem Haushalts- und Finanzausschuss einen Bericht vorzulegen hatte. Dieser Bericht fiel schon damals recht ernüchternd aus. Darin heißt es - ich zitiere: „Angesichts der hohen jährlichen Neuverschuldung zur Deckung aller etatisierten Ausgaben erscheint eine Rücklagenbildung zur Finanzierung zukünftiger Pensionslasten derzeit wirtschaftlich nicht angezeigt. Wenn es in künftigen Haushaltsjahren gelingt, die sonstigen Haushaltsausgaben in erheblich größerem Maße den Einnahmen anzunähern, dass eine jährliche Neuverschuldung nicht mehr in einem erheblichen Umfang erforderlich ist, sollte eine Rücklagenbildung für künftige Pensionslasten erneut erwogen werden.“

Infolge dieses Berichts wurde in der Entschließung zum Haushaltssicherungsgesetz 1997 auf Verlangen der SPD von der Landesregierung ein Konzept gefordert, wie langfristig die Zahlung zukünftig anfallender Pensionslasten im Haushalt sichergestellt werden soll. Auf Antrag der SPD-Fraktion beschäftigte sich der Haushalts- und Finanzausschuss am 2. Oktober 1997 mit diesem Bericht. Schon damals wurde durch die SPD die mangelnde Aussagefähigkeit des in Zuständigkeit des Finanzministeriums erstellten Berichts kritisiert. Gleichzeitig wurde von uns darauf gedrungen, die Pensionslasten im Haushalt und in der Mittelfristigen Finanzplanung transparenter darzustellen. So geschehen in der 63. Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses am 19.02.1998. Man kann das in alten Protokollen nachlesen.

Leider hatten diese Bemühungen jedoch keinen nachhaltigen Erfolg, denn sucht man heute aussagefähige Passagen zu den zukünftigen Pensionslasten des Freistaats Thüringen in der Mittelfristigen Finanzplanung, dann sucht man vergebens. An Mahnungen hat es weiß Gott nicht gefehlt.

Meine Damen und Herren, die Pensionslasten stehen hinter uns wie ein Monster, wie ein schwarzes gefährliches Monster. Es ist zurzeit erst mannsgrößer - 1 Prozent der Personalkosten sagt die Finanzministerin. Im vorläufigen Jahresabschluss 2004 sind 27,7 Mio. € für Pensionen ausgewiesen. Das ist nicht so groß, da haben Sie vollkommen Recht, aber durch die kritische Finanzsituation, in die Sie Thüringen manövriert haben, steht die Sonne niedrig und dadurch wirft das kleine Monster lange Schatten.

(Beifall bei der SPD)

Die CDU hat es gut angefütert durch ihre Verbeamtungspraxis und jetzt wächst es rasant an und in

wenigen Jahren wird es riesengroß hinter uns stehen und würgt uns mit zunehmender Kraft.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, die SPD sieht in zweierlei Richtung Handlungsbedarf: Zum einen in Transparenz und zum anderen in Vorsorge. Für Transparenz hat Ihr heutiger Bericht nicht gesorgt. Sie haben hingewiesen auf die Schwierigkeiten, die Prognosen machen, und auf die Schwankungspreise, das wissen wir doch alles. Sie haben uns auch Beamten-schelte unterstellt. Das will ich strikt zurückweisen. Als SPD sind wir stolz auf die Thüringer Beamten, aber wir sind gegen eine fahrlässige Haushaltspolitik der Landesregierung.

(Beifall bei der SPD)

Bei Ihrer Sachdarstellung im vorgetragenen Bericht bleibt eine Reihe von Fragen offen: Wie sollen die prognostizierten Steigerungen bei den Pensionslasten vom Land in Zukunft geschultert werden? Welche Möglichkeiten werden gesehen, diese Entwicklung weiter abzumildern? Welche Konsequenzen werden für die Zukunft im Hinblick auf die Verbeamtungspraxis gezogen, damit nicht noch weitere Lasten in die Zukunft verschoben werden? Das alles sind Fragen, die heute nicht beantwortet wurden.

Meine Damen und Herren, die SPD-Fraktion möchte zur Transparenz, dass turnusmäßig ein Pensionslastenbericht vorgelegt wird. Der turnusmäßige Bericht soll eine wiederkehrende, kontinuierliche Auseinandersetzung des Thüringer Landtags mit dieser Form der indirekten Verschuldung sicherstellen. Wir halten dies für besonders wichtig. Der Alternativantrag, der von der CDU-Fraktion hier vorgelegt worden ist, ist aus zweierlei Gründen halbherzig und vollkommen unzureichend.

Zum einen fordern Sie, was die Thüringer Landesregierung eigentlich bereits vor Jahren versprochen hat, die Darstellung der Pensionslastenverpflichtung und deren Entwicklung in der Mittelfristigen Finanzplanung. Zweitens fordern Sie von der Landesregierung die Entwicklung dieser Lasten in zukünftigen Mittelfristigen Finanzplanungen im jeweiligen Finanzplanungszeitraum darzustellen. Allein diese Formulierung zeigt, dass Sie nach wie vor, so wie es der Kollege Huster hier gesagt hat, in Wahlperioden denken. Wenn man aber einen Baum pflanzt, dann darf man sich nicht damit zufrieden geben und daran erfreuen, dass er im ersten Frühling auch austreibt. Ein großer starker Baum ist wichtig für unsere Kinder und Enkel und nicht nur, dass Sie hier in Zeiträumen für die nächsten drei Jahre denken. Die Brisanz der Situation wird nämlich erst deutlich, wenn man den Blick auch mal 10, 20 und 30 Jahre in die Zukunft

lenkt. Dies und nichts anderes fordern wir in unserem Antrag.

Lassen Sie mich noch kurz zum zweiten Punkt kommen - zur Vorsorge: Auf der Basis des geforderten Berichts, nämlich dem Umgang mit den Pensionslasten, sollten wir die Diskussion führen über Sonderzuführungen zum Pensionslastenfonds, über Rückstellungen zum Beispiel für jede zukünftige Verbeamtung. Dazu brauchen wir aber nicht ein paar lapidare Darstellungen, sondern einen ordentlichen, umfangreichen Pensionslastenbericht, der Antwort auf die angesprochenen Fragen gibt. Deshalb bitte ich um Zustimmung zum Antrag der SPD-Fraktion. Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:

Das Wort hat der Abgeordnete Mohring, CDU-Fraktion.

Abgeordneter Mohring, CDU:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, ich bin zunächst Birgit Diezel als Finanzministerin dankbar für den Sofortbericht, der ausführlich die Situation der Pensionslasten geschildert hat. Aber ich bin auch dankbar, das will ich auch sagen, für Punkt 1 des Antrags der SPD, dass sie aufgefordert hat, hier im Landtag darüber zu berichten, wie der Sachstand ist. Ich will auch gar nicht großartig ausführen, weil auch die Position, die die Finanzministerin in ihrem Sofortbericht genannt hat, mit unserer Fraktionsmeinung übereinstimmt. Aber ich will zwei Dinge anmerken, warum wir uns zu dem Alternativantrag entschieden haben und nicht zum Punkt 2 des Antrags bei der SPD-Fraktion. Erstens wollen wir gerne in der jährlichen Fortschreibung in der Mittelfristigen Finanzplanung, die unsere ganzen Einnahme- und Ausgabeerwartungen und auch alle Belastungen schildert, auch den Bestandteil der Pensionslasten aufnehmen. Und da sie jährlich fortgeschrieben wird, für den jeweiligen Planungszeitraum der Mittelfristigen Finanzplanung auch immer jährlich sich verlängert und wir dadurch einen Gesamtüberblick bekommen, wie sich unsere finanzielle Belastung darstellt. Wir wollen es vor allem deshalb tun mit dem Alternativantrag in der Mittelfristigen Finanzplanung, weil es natürlich mit Blick auf 2020 oder möglicherweise auch weiter hinaus unterschiedliche Erwartungshaltungen gibt und auch Berechnungen, wie sich denn die Pensionslastenentwicklung darstellen wird. Die Finanzministerin hat zu Recht auf die Sitzung am 18. Januar 2002 im Haushalts- und Finanzausschuss verwiesen. Damals ist im Bericht davon ausgegangen worden, dass wir bis zum Jahr 2017 ca. 266 Mio. € an Pensionslasten zu leisten haben.

Eine Studie der Stiftung Marktwirtschaft vom Juni in diesem Jahr spricht dagegen schon von einer Pensionsbelastung bis zum Jahr 2020 von 470 Mio. €. Daran sieht man schon, wie groß die Spanne ist, und das liegt nicht zuletzt daran, dass sich natürlich die Frage „Rentenrecht“ und alles Weitere entwickelt, dass natürlich die Eintrittsstufen unterschiedlich sind, wie viel Leute verbeamtet werden, wie lange sie verbeamtet sind. Wenn ich an die aktuelle Entwicklung denke, dass das Renteneintrittsalter möglicherweise nach oben gesetzt wird, wird das natürlich auch mittel- und kurzfristig Auswirkungen haben auf Pensionierungsgrenzen und damit sich auch andere Entwicklungen darstellen. Das muss man natürlich mit berücksichtigen und wir meinen, man kann es sachgerechter, spezifischer und vor allen Dingen genauer in der Mittelfristigen Finanzplanung darstellen. Deshalb unser Alternativantrag in der Drucksache 4/1337.

Ich will noch auf ein Letztes hinweisen. Natürlich kommen wir nicht umhin, die Pensionslasten, die zu leisten sind, auch tatsächlich zu leisten. Das stellt ja niemand in Abrede. Wenn ich dann diesen Versprecher richtig deute, wir sind ja nicht nur den SPD-Beamten, sondern allen Beamten in Thüringen dankbar, aber das war nur ein Versprecher, deswegen will ich es für das Protokoll nur klarstellen. Deswegen haben die auch alle Anspruch auf ihre Pension, das will gar niemand bestreiten. Aber es macht schon einen Unterschied, wenn man das auch mal haushaltspolitisch betrachtet, ob ich jetzt unbedingt darauf dränge - wir sind nicht zufrieden damit, wie sich die Einnahmesituation darstellt, die Verschuldungssituation. Das muss man alles nicht wiederholen, dazu haben wir oft genug gesprochen, wir werden im Dezember dazu sprechen. Aber finanzpolitisch muss man schon beachten, verlange ich jetzt die Auffüllung eines Pensionsfonds möglicherweise über weitere Kredite, wo die Erträge aus dem Pensionsfonds viel geringer sind als die zusätzlichen Schulden, die ich aufnehmen muss. Da haben wir natürlich auch schon ein Stück Verantwortung, in die Zukunft zu schauen und das nicht außer Acht zu lassen. Das würde schon große Unterschiede ausmachen, diese Belastung bei den Krediten noch weiter aufzulegen. Deshalb, denke ich, Schritt für Schritt, und deswegen war es gut, den Sofortbericht zu verlangen, der auch gleich gegeben wurde. Künftig werden wir uns jährlich in der Mittelfristigen Finanzplanung mit den Pensionslasten beschäftigen. Deshalb der Bericht - Erledigung. Vielen Dank dafür. Wir bitten um Zustimmung zum Alternativantrag und der Beratung auch dann fortdauernd zur Mittelfristigen Finanzplanung. Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:

Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit beende ich die Aussprache. Ich gehe davon aus, dass das Berichtersuchen zu den Nummern 1 des Antrags und des Alternativantrags erfüllt ist, oder erhebt sich da Widerspruch? Es erhebt sich kein Widerspruch, also ist das Berichtersuchen erfüllt.

Wir kommen damit zur Abstimmung über Nummer 2 des Antrags der Fraktion der SPD in Drucksache 4/1318. Wird Ausschussüberweisung zu Nummer 2 des Antrags beantragt? Das ist nicht der Fall. Damit kommen wir direkt zur Abstimmung über Nummer 2 des Antrags der Fraktion der SPD in Drucksache 4/1318. Wer ist für diesen Antrag, den bitte ich um das Handzeichen? Wer ist gegen diesen Antrag, den bitte ich auch um das Handzeichen? Wer enthält sich der Stimme? Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Wir kommen damit zur Abstimmung über Nummer 2 des Alternativantrags der Fraktion der CDU, der Ihnen in Drucksache 4/1337 vorliegt. Wird hier Ausschussüberweisung beantragt? Das ist nicht der Fall. Damit stimmen wir direkt über den Antrag ab. Es erfolgt die Abstimmung über Nummer 2 des Alternativantrags der Fraktion der CDU in Drucksache 4/1337. Wer ist für diesen Alternativantrag, den bitte ich um das Handzeichen? Wer ist gegen diesen Antrag? Wer enthält sich der Stimme? Es ist keine Stimmhaltung. Damit ist dieser Alternativantrag angenommen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten, ich möchte noch folgenden Hinweis geben: Der Ausschuss für Naturschutz und Umwelt tagt fünf Minuten nach Ende des Plenums im Raum 302.

Ansonsten schließe ich jetzt diese Sitzung am heutigen Freitag. Ich wünsche Ihnen ein schönes und gutes Wochenende und möchte Sie darauf aufmerksam machen, dass die nächsten Plenarsitzungen am 8. und 9. Dezember dieses Jahres stattfinden. Auf Wiedersehen.

Ende der Sitzung: 15.08 Uhr

Anlage

Namentliche Abstimmung in der 27. Sitzung am 11.11.2005 zum neuen Tagesordnungspunkt

MfS/AfNS-Mitarbeit und die Folgen für die Ausübung öffentlicher Ämter

Antrag der Abgeordneten Mohring, Wetzel, Zitzmann, Kölbl, Lieberknecht, Holbe, Panse, Schwäblein, Seela, von der Krone, Stauche, Gumprecht, Primas, Jaschke, Bergemann, Dr. Krapp, Fiedler, Köckert, Prof. Dr. Goebel, Tasch, Grüner, Dr. Krause, Günther, Worm, Lehmann, Emde, Wehner, Rose, Schröter, Krauß, Heym, Diezel, Dr. Zeh, Reinholz, Groß, Kretschmer, Stauch

- Drucksache 4/1324 -

1.	Althaus, Dieter (CDU)		36.	Kalich, Ralf (Die Linkspartei.PDS)	nein
2.	Bärwolff, Matthias (Die Linkspartei.PDS)	nein	37.	Kaschuba, Dr. Karin (Die Linkspartei.PDS)	
3.	Bausewein, Andreas (SPD)	Enthaltung	38.	Klaubert, Dr. Birgit (Die Linkspartei.PDS)	nein
4.	Becker, Dagmar (SPD)	nein	39.	Köckert, Christian (CDU)	ja
5.	Bergemann, Gustav (CDU)	ja	40.	Kölbl, Eckehard (CDU)	ja
6.	Berninger, Sabine (Die Linkspartei.PDS)	nein	41.	Krapp, Dr. Michael (CDU)	ja
7.	Blehschmidt, André (Die Linkspartei.PDS)	nein	42.	Krause, Dr. Peter (CDU)	ja
8.	Buse, Werner (Die Linkspartei.PDS)	nein	43.	Krauß, Horst (CDU)	ja
9.	Carius, Christian (CDU)	ja	44.	Kretschmer, Thomas (CDU)	ja
10.	Diezel, Birgit (CDU)	ja	45.	Krone, Klaus, von der (CDU)	ja
11.	Doht, Sabine (SPD)	Enthaltung	46.	Kubitzki, Jörg (Die Linkspartei.PDS)	nein
12.	Döring, Hans-Jürgen (SPD)	ja	47.	Künast, Dagmar (SPD)	Enthaltung
13.	Ehrlich-Strathausen, Antje (SPD)	nein	48.	Kummer, Tilo (Die Linkspartei.PDS)	nein
14.	Emde, Volker (CDU)	ja	49.	Kuschel, Frank (Die Linkspartei.PDS)	nein
15.	Enders, Petra (Die Linkspartei.PDS)	nein	50.	Lehmann, Annette (CDU)	ja
16.	Fiedler, Wolfgang (CDU)		51.	Leukefeld, Ina (Die Linkspartei.PDS)	nein
17.	Fuchs, Dr. Ruth (Die Linkspartei.PDS)	nein	52.	Lieberknecht, Christine (CDU)	ja
18.	Gentzel, Heiko (SPD)	ja	53.	Matschie, Christoph (SPD)	Enthaltung
19.	Gerstenberger, Michael (Die Linkspartei.PDS)		54.	Mohring, Mike (CDU)	ja
20.	Goebel, Prof. Dr. Jens (CDU)	ja	55.	Nothnagel, Maik (Die Linkspartei.PDS)	nein
21.	Grob, Manfred (CDU)	ja	56.	Ohl, Eckhard (SPD)	
22.	Groß, Evelin (CDU)	ja	57.	Panse, Michael (CDU)	ja
23.	Grüner, Günter (CDU)	ja	58.	Pelke, Birgit (SPD)	ja
24.	Gumprecht, Christian (CDU)	ja	59.	Pidde, Dr. Werner (SPD)	Enthaltung
25.	Günther, Gerhard (CDU)	ja	60.	Pilger, Walter (SPD)	nein
26.	Hahnemann, Dr. Roland (Die Linkspartei.PDS)	nein	61.	Primas, Egon (CDU)	ja
27.	Hauboldt, Ralf (Die Linkspartei.PDS)	nein	62.	Reimann, Michael (Die Linkspartei.PDS)	nein
28.	Hausold, Dieter (Die Linkspartei.PDS)	nein	63.	Reinholz, Jürgen (CDU)	ja
29.	Hennig, Susanne (Die Linkspartei.PDS)	nein	64.	Rose, Wieland (CDU)	ja
30.	Heym, Michael (CDU)	ja	65.	Scheringer-Wright, Dr. Johanna (Die Linkspartei.PDS)	nein
31.	Höhn, Uwe (SPD)	Enthaltung	66.	Schipanski, Prof. Dr.-Ing. habil. Dagmar (CDU)	ja
32.	Holbe, Gudrun (CDU)	ja	67.	Schröter, Fritz (CDU)	ja
33.	Huster, Mike (Die Linkspartei.PDS)	nein	68.	Schubert, Dr. Hartmut (SPD)	ja
34.	Jaschke, Siegfried (CDU)	ja	69.	Schugens, Gottfried (CDU)	ja
35.	Jung, Margit (Die Linkspartei.PDS)	nein	70.		

71.	Schwäblein, Jörg (CDU)	ja
72.	Sedlacik, Heidrun (Die Linkspartei.PDS)	nein
73.	Seela, Reyk (CDU)	ja
74.	Skibbe, Diana (Die Linkspartei.PDS)	nein
75.	Sklenar, Dr. Volker (CDU)	ja
76.	Stauch, Harald (CDU)	ja
77.	Stauche, Carola (CDU)	ja
78.	Tasch, Christina (CDU)	ja
79.	Taubert, Heike (SPD)	
80.	Thierbach, Tamara (Die Linkspartei.PDS)	nein
81.	Trautvetter, Andreas (CDU)	ja
82.	Walsmann, Marion (CDU)	ja
83.	Wehner, Wolfgang (CDU)	ja
84.	Wetzel, Siegfried (CDU)	ja
85.	Wolf, Katja (Die Linkspartei.PDS)	nein
86.	Worm, Henry (CDU)	ja
87.	Zeh, Dr. Klaus (CDU)	ja
88.	Zitzmann, Christine (CDU)	ja